# Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Westfalen bis 1894

Von Arno Herzig

1963 schrieb K. A. Hellfaier in seinem Aufsatz > Probleme und Quellen zur Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen«: »In den 70er Jahren steckte die sozialistische Bewegung im Ruhrgebiet und in Westfalen überhaupt noch tief in ihren Anfängen«1, und er beruft sich dabei auf W. Brepohl, der 1948 in seiner Untersuchung >Vom Werden der industriellen Daseinsform« feststellte: »Die Akten zeigen deutlich, wie wenig echte sozialdemokratische Bewegung in den 70er Jahren in der Arbeiterschaft zu finden war«2. Zweifellos haben beide Autoren recht, wenn sie als Maßstab für die Entwicklung der Sozialdemokratie in den westfälischen Industriegebieten die Entwicklung in dem sächsischen bzw. rheinischen Industriegebiet heranziehen. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, die Entwicklung setze in Westfalen erst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes ein. Im Gegenteil, bereits in den 60er Jahren spielt die Arbeiterschaft des märkischen Industriegebiets um Iserlohn und Hagen unter C. W. Tölcke und W. Hasenclever eine bedeutende Rolle im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Westfalen wurde damals zum »Hort des Lassalleanismus« und hat von dieser ideologischen Position aus die Entwicklung der Sozialdemokratie nicht nur zu Zeiten des Gothaer Programms (1875), sondern auch nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes entscheidend beeinflußt. Es stellt sich daher die Frage: Wie kommt es zu dieser Entwicklung in Westfalen? Der Ansatzpunkt dieser Untersuchung geht deshalb vor die Anfänge des ADAV in Westfalen zurück, denn »sozialdemokratische Ideen«3 tauchen in Westfalen nicht erst mit der Gründung der ersten ADAV-Gemeinden in den 60er Jahren auf, sie finden sich bereits während der 48er Revolution in den Programmpunkten der demokratischen Vereine in Westfalen, die eine soziale Republik anstrebten und denen sich vielfach die Arbeiter angeschlossen hatten. Die Untersuchung fragt ferner nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität in der westfälischen Arbeiter-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Archiv für Sozialgeschichte 3 (1963) S. 157–221.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ebd. S. 164.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Gemeint sind hier die İdeen, die seit den 60er Jahren zu den Grundforderungen der Arbeiterbewegung gehörten: der demokratische Staat, das allgemeine Wahlrecht, Mitbestimmung des Arbeiters in der Politik, soziale Hilfe durch den Staat, z. B. in Form von Staatskrediten für Assoziationen, Schutz der Arbeiter gegen die Übermacht des Kapitals.

bewegung der 40er und 60er Jahre, nach dem Einfluß der westfälischen Sozialisten aus der Zeit vor 1848 auf die Arbeiterbewegung sowie nach der Rezeption des Marxismus<sup>4</sup>.

I

#### Die soziale Situation vor 1848

Noch bevor mit der Entwicklung des Ruhrgebiets Westfalen zu einem industriellen Zentrum Deutschlands wurde, war in dem märkischen Industriegebiet und in Ravensberg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die soziale Frage deutlich zutage getreten. Bedingt durch die wirtschaftlich schlechte Situation der Landwirtschaft in diesem Gebiet und die rasche Vergrößerung des industriellen Sektors war ein Proletariat entstanden, das vor allem die Krise im Pauperismus stark zu spüren bekam<sup>5</sup>. Das Einkommen der Arbeiter reichte nicht aus, so daß auch Frauen und Kinder mitarbeiten mußten, häufig 14¹/2 Stunden täglich. Die billige Arbeitskraft der Frauen und Kinder nutzten die Fabrikanten aus, um die Löhne der Arbeiter zu drücken. Hinzu kam, daß die Löhne häufig nicht in Bargeld, sondern in Zwei- bzw. Dreimonatswechseln bezahlt wurden, die von den Arbeitern vielfach nur unter Verlust abgesetzt werden konnten<sup>6</sup>. Der westfälische Landtag von 1837 bat deshalb um eine

<sup>5</sup> Zur sozialen Situation der Arbeiter in Iserlohn, der damals größten Industriestadt im südlichen Westfalen, vgl. Wilhelm Schulte, Iserlohn. Die Geschichte einer Stadt, Iserlohn 1937, S. 256–267 und Julius Köster, Die Iserlohner Revolution und die Unruhen in der Grafschaft Mark, Berlin 1899. Als zeitgenössische Darstellung siehe: Der Iserlohner Aufstand 1849, ein Tatsachenericht, niedergeschrieben im August 1850 von Franz Ludwig Nohl, in: Schriftenreihe Haus der Heimat, Bd. 1, Iserlohn 1949 und Albert Florschütz, Die politischen und socialen Zustände der Provinz Westphalen während der Jahre 1848–1858, Elberfeld 1861. Quellen: Sta. Ms. Landratsamt Iserlohn, Nr. 177, Nr. 179, Nr. 220, Nr. 221;

Regierung Arnsberg, Nr. 1225.

6 Köster S. 154.

Diese Untersuchung soll nur einen knappen Überblick geben. Auf die Probleme und Quellen zur Frühgeschichte der Sozialdemokratie in Westfalen hat Karl Alexander Hellfaier (s. Anm. 1) hingewiesen. In den Mittelpunkt seiner Abhandlung stellt er v. a. die Akten des Oberpräsidiums im Staatsarchiv Münster (weiterhin zitiert: Sta. Ms.), die einen recht guten Einblick geben. Um das Bild jedoch zu vervollständigen, wurden hier auch die Akten einzelner Landratsämter herangezogen, die manch wichtiges Einzelergebnis brachten. Nicht sehr ergiebig für diese Untersuchung waren die Archivbestände im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam und in einigen Stadtarchiven (Iserlohn, Dortmund und Hamm). Als wichtige Quellen erwiesen sich v. a. die Presse, in erster Linie der »Socialdemokrat« und die »Freie Westfälische Presse«, sowie die Protokolle der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (im Folgenden abgekürzt ADAV) und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (im Folgenden abgekürzt SDAP), ferner die Parteitagskontrolle der SPD. Eine weitere wichtige Quelle sind die Protokolle der »Reichs-Commission«, die in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878-1890) - natürlich aus der Sicht des Gegners manch wichtige Beobachtung zur Entwicklung der SPD in Deutschland enthalten. Das Material liegt in der Publikation von Leo Stern (s. Anm. 231) vor.

königliche Verordnung, »durch welche jede andere Lohnzahlung als in barem Gelde sowohl an Arbeiter in eigentlichen Fabriken als auch an solche, welche in ihren eigenen Wohnungen von einem Unternehmer fabrikmäßig beschäftigt werden, unter Androhung einer namhaften Strafe verboten wird«7. Die Wirtschaftskrisen der 40er Jahre hatten die Proportionen zwischen Löhnen und Lebensmittelpreisen völlig zuungunsten der Arbeiter verändert, da die Unternehmer die Arbeitslöhne ständig heruntersetzten, um sich gegenseitig noch besser Konkurrenz machen zu können. Da das Angebot an Arbeitskräften recht groß war, waren Entlassungen an der Tagesordnung. Die modernen Unternehmer, vor allem die Aktionäre hatten im Gegensatz zu den älteren Fabrikanten vom Typ Harkort kein Gespür für die soziale Frage. Auch recht konservative Beobachter der sozialen Situation verurteilten das Verhalten dieser Fabrikanten. So schreibt der Iserlohner Justizrat Nohl: »Die Folge dieser Teilnahmslosigkeit konnte keine andere sein, als daß das Verhältnis der Arbeiter zu ihren Herren und umgekehrt, nur ein auf gegenseitigen momentanen Vorteil berechnetes wurde, beide Teile aber im übrigen wenig aufeinander hielten, und die Arbeiter bei jeder sich ihnen als vorteilhaft darbietenden Gelegenheit ihre Herren verließen, und ebenso bei der geringsten Veranlassung, namentlich einer kleiner Stockung im Absatzverkehr, von den Fabrikherren entlassen wurden, weil es täglich leichter wurde, sofort wieder Arbeiter von anderen Fabriken zu engagieren«8. Ihm pflichtete der Iserlohner Pfarrer Albert Florschütz in seinem Buch Die politischen und socialen Zustände in der Provinz Westfalen 1848-1858« bei: »Der Arbeiter kannte da meistens seinen Herrn nur als den ihm fernstehenden, stolzen und dazu oft noch harten Brodherrn, der ihn abnutzte und sonst weiter kein Interesse an ihm nahm«9. Aber auch die Regierung versagte gegenüber der sozialen Frage. Ihre Ignoranz verhinderte soziale Maßnahmen. Die Erhebungen der Iserlohner Arbeiter, die diese 1816 und 1841 aufgrund ihrer sozialen Not unternahmen, um gegen die Regierung bestimmte Forderungen durchzusetzen, ähneln jedoch eher Verzweiflungsakten als wohlorganisierten Aktionen. Die Antwort der Regierung bestand in einer Eskadron Husaren, die die Ordnung wiederherstellte10.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Zitiert nach Wilhelm Schulte, Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Münster 1954, S. 135.

<sup>8</sup> Fbd S 7

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Ebd. S. 98. Anders sieht dagegen Karl Wilhelm Sudhaus, der spätere Direktor der Aplerbecker Hütte (1867–86), der 1842 in Iserlohn als Graveurlehrling tätig war, die Situation. In seinen Lebenserinnerungen, die er nach 1866 schrieb, heißt es: »Ein weiterer Grund, weshalb die Spannung zwischen Arbeitern und Fabrikherren nicht allzu groß wurde, war der, daß viele Fabrikherren aus dem Arbeiterstande entsprossen und infolgedessen auch in verwandtschaftlichen Beziehungen zu Arbeiterfamilien standen.« Eine Fotokopie der Handschrift in der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund. Auszüge daraus wurden ediert von Wilhelm Schulte, Zustände und Vorgänge in Iserlohn und Hagen 1841/49, Aufzeichnungen des Karl Wilhelm Sudhaus (1827–1915), in: Fritz Kühn zum Gedächtnis. Beiträge zur Geschichte Iserlohns, Iserlohn 1968, S. 106–122. Das Zitat S. 114.

<sup>10</sup> Schulte, Volk und Staat S. 139 und 141.

Nicht anders war es mit dem zweiten sozialen Notstandsgebiet Westfalens, dem Ravensberger Industriegebiet, bestellt. Im Gegensatz zum märkischen Industriegebiet gab es hier jedoch kein Industrieproletariat im eigentlichen Sinn, sondern die 10 000 Familien, die vom Spinnen und Weben lebten, betrieben ihre Arbeit als Heimarbeit<sup>11</sup>. Noch stärker jedoch als die Arbeiter in der märkischen Metallindustrie von den Konjunkturschwankungen der Industrie allgemein, wurden die Ravensberger Arbeiter von der Krise der Spinnereien und Webereien bedroht, die durch verstärkte Industrialisierung der Textilbranche hervorgerufen wurde. Soweit es unter diesen Arbeitern überhaupt zu Unruhen kam, richteten sich diese gegen die Einführung der Maschinen, nicht gegen die sozialen Zustände an sich oder gar das kapitalistische Gesellschaftssystem. Die Einführung der Maschinen machte 2/3 der Spinner brotlos, aber auch die Existenz des restlichen Drittels war bedroht. Eine geringfügige Verbesserung der Situation der Arbeiter trat ein, als mit dem Bau der Eisenbahnstrecke zwischen Herford und Bielefeld (Juni 1845) einige tausend ehemalige Spinner und Weber Arbeit fanden, von denen viele jedoch die Arbeit wieder aufgeben mußten, weil sie aufgrund der Unterernährung der körperlichen Anstrengung nicht gewachsen waren<sup>12</sup>. Hatte es im Ravensbergischen trotz der Not unter den Webern und Spinnern keine Revolte gegeben wie in Schlesien<sup>13</sup>, so kam es nun, da die Arbeiter alle zusammen an einer Arbeitsstelle sich gegen die Ausbeutung solidarisieren konnten, am 12. 6. 1845 zur Arbeitsniederlegung. Aber wie in Iserlohn 1843, so schlug auch hier die Armee den Streik nieder<sup>14</sup>. Die Not im Ravensberger Gebiet hatte die dortigen Demokraten für die soziale Frage empfänglich gemacht. So bildete sich in Rheda ein Kreis, dem von den Behörden bald kommunistische Bestrebungen nachgesagt wurden und zu dem u.a. der Redakteur des »Westfälischen Dampfboots«, Otto Lüning, sowie Rudolf Rempel, der Fabrikant Meier, Hermann Kriege, Friedrich Schnake und Karl Grün

<sup>11</sup> S. 126.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Kurt Koszyk, Das »Dampfboot« und der Rhedaer Kreis, in: Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung 2 (1958) S. 11.

Der Grund hierfür liegt in dem Einfluß, den die Kirche hier ausübte. S. dazu Rudolf Vierhaus, Wahlen und Wählerverhalten in Ostwestfalen und Lippe untersucht an den Reichstags- und Landtagswahlen 1867 bis 1912/13, in: Westfäl. Forschungen 21 (1968) S. 54–68.

<sup>14</sup> Bei dem Bau der Eisenbahnlinien kam es in Westfalen zum erstenmal zur Koalition größerer Arbeitergruppen und zu Streiks. Wie bei dem hier erwähnten Streik bei Schildesche ging es auch bei dem Arbeiterausstand in den Dortmunder Werkstätten der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft am 10. 10. 1848 um die Anmaßungen der Schichteiter sowie um höheren Lohn. Siehe Robert Umbreit, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, Dortmund 1932, S. 6. Bei den Arbeitsniederlegungen in Schildesche, Dortmund und Schwelm setzte die Regierung regelmäßig Militär ein. Sta. Ms. Reg. Arnsberg, Präs. Reg. Nr. 20/1916. Siehe auch Schulte, Volk und Staat S. 521 Anm. 39. – Die Arbeiter an den Eisenbahnstrecken bildeten das eigentlich »revolutionäre Element« in der Revolution von 1848, wie es das Beispiel des Arbeitervereins Hamm deutlich zeigt. Siehe Koszyk, Dampfboot S. 12.

gehörten oder zu ihm in Verbindung traten<sup>15</sup>. Was die einzelnen Mitglieder dieses Kreises unter Sozialismus verstanden, war recht unterschiedlich. Wenn auch nicht unter den einzelnen Mitgliedern in Westfalen selbst, so kam es doch zwischen Marx und Engels auf der einen Seite und einzelnen Mitgliedern des Rhedaer Kreises auf der anderen Seite zu ideologischen Differenzen. So machte sich Engels über den »philosophischen Sozialismus« Karl Grüns lustig, in dem er »nicht nur einen Konfusionarius und einen Philister, sondern einen literarischen Industrieritter« sah16. Auch von Kriege distanzierte sich Engels. Ihm warfen Marx und Engels bereits 1846 vor, daß seine »hohle Deklamation« den Kampfeswillen der Arbeiter lähme und es die kommunistische Partei in Europa und Amerika kompromittiere, wenn er die weltgeschichtliche revolutionäre Bewegung auf den Gegensatz von Liebe und Haß, Kommunismus und Egoismus reduziere und die christliche Selbstverleugnung »unter dem Wirtshausschilde des Kommunismus« von neuem an den Mann bringen wolle, kurz, daß er den Kommunismus »nicht als Zerstörung, sondern als Erfüllung der bestehenden schlechten Verhältnisse« und der von diesen erzeugten Illusionen darstelle<sup>17</sup>. Trotz des verbalen Radikalismus glaubte wohl kaum einer der Ravensberger Sozialisten, von Weydemeyer abgesehen, an eine Anderung der sozialen Not durch einen radikalen Umsturz. Selbst Otto Lüning, den Engels 1844 zu einem der bedeutendsten Vorkämpfer des Kommunismus in Deutschland rechnete und in dessen Zeitschrift, dem >Westphälischen Dampfboots, Marx und Engels eine Reihe wichtiger Aufsätze publizierten, glaubte letztlich, den Gegensatz von Bürgertum und Arbeitertum in dem höheren Begriff des Menschentums aussöhnen zu können<sup>18</sup>. Es ist nicht der » wissenschaftliche Sozialismus « von Marx und Engels, sondern ein primär philanthropisch-bürgerlicher Sozialismus, den sowohl Friedrich Schnake in seinem Gesellschaftsspiegel als auch Rudolf Rempel und selbst Otto Lüning vertraten und der die meisten Ravensberger Sozialisten in ihrer sozialen Aktivität bestimmte. Ihr Ziel war es nicht, ein klassenbewußtes Proletariat in die Revolution zu führen, sondern die Arbeiter »über die Verhältnisse der Industrie im Großen aufzuklären und ihnen andere Erwerbszweige zu eröffnen«, wie Lüning 1845 im Dampfboot« schrieb<sup>19</sup>. In diesem Sinne versuchte der Rhedaer Kreis, vor allem Rempel, eine Art Hilfsund Bildungsverein für Arbeiter zu gründen, an dessen erster Versammlung in Bielefeld am 12, 1, 1845 3000 Menschen teilnahmen, der aber schließlich im Mai 1845 von den Behörden verboten wurde. Zweck dieses Vereins sollte es sein, auf dem Wege der Selbsthilfe und durch eine höhere Bildung die

<sup>15</sup> Siehe Schulte, Volk und Staat S. 70 ff.

<sup>16</sup> Zitiert nach Schulte, Volk und Staat S. 62.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Ebd. S. 620.

<sup>18</sup> Ebd. S. 623.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Zitiert nach Koszyk, Dampboot S. 17. In einem Neujahrsaufruf aus dieser Zeit, den auch Lüning und Rempel unterzeichnet haben, heißt es u. a.: »Reicht dem Proletarier freundlich die Hand, damit er sie nicht einst mit der Hast der Verzweiflung erfasse und zerquetsche. Ist nicht die Erde für alle erschaffen? Und Ihr, die Ihr so viel Platz einnehmt ... rückt ein wenig zusammen, wenn Ihr nicht zusammengedrängt werden wollt!« Zitiert nach Schulte, Volk und Staat S. 625.

soziale Not zu überwinden<sup>20</sup>. (Fast scheint hier die Idee von Schulze-Delitzsch vorweggenommen, für die sich R. Rempel dann seit 1864 publizistisch einsetzte.) In dieser Absicht trafen sich die Ravensberger Sozialisten mit den Forderungen des bürgerlichen Sozialismus eines Friedrich Harkort, der »durch Bildung den Menschen zur Selbsthilfe, zu Kooperation in der bürgerlichen Gesellschaft und zu politischem Urteil« führen wollte, wobei die »Staatshilfe« und »Assoziationen« eine entscheidende Rolle spielten<sup>21</sup>. Harkort fand mit seinen sozialen Ideen und seinem Eintreten für ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Fabrikanten und Arbeitern durchaus Anklang bei den Arbeitern im Hagener Raum<sup>22</sup>, aber sie stießen auch auf Ablehnung, wie die Antwort des Altenaer Konstitutionellen Bürgervereins beweist<sup>23</sup>.

### Der Hammer Arbeiterverein

Zweifellos haben neben den Ideen Harkorts und Rempels die Ideen der radikalen Sozialisten Fritz Anneke, Christian Esselen und Joseph Weydemeyer, die ebenfalls vor 1848 in Westfalen wirkten, das westfälische Proletariat, zumindest in Hamm, während der 48er Revolution in seinem politischen und sozialen Bewußtsein beeinflußt²⁴. Die Arbeiter schlossen sich während der Revolution primär den demokratischen Vereinen in Westfalen an²⁵. Auch wenn die einzelnen demokratischen Vereine in ihren politischen Programmen divergierten, so weist doch das gemeinsame Flugblatt »An das Volk« vom 2. 4. 1848, das von einem »Provisorischen Comité« herausgegeben wurde, übereinstimmend die Kombination von sozialen und politischen Vor-

<sup>20</sup> Koszyk, Dampboot S. 17 und Schulte, Volk und Staat S. 237.

<sup>22</sup> Schulte, Volk und Staat S. 318. <sup>23</sup> Siehe S. 112.

Zu Joseph Weydemeyer s. Karl Obermann, Joseph Weydemeyer. Ein Lebensbild (1818–1866), Berlin 1968; zu Anneke Schulte, Volk und Staat S. 231 und 618 f.; zu Esselen ebd. S. 626 f.

<sup>25</sup> Hellfaier (\* S. 158) spricht zwar davon, daß in Westfalen 1848 »zahlreiche Arbeitervereine entstanden«, trifft damit aber nicht den richtigen Sachverhalt. Außer im westlichen Ruhrgebiet (in Essen, Steele und Werden), das zur Rheinprovinz gehörte, bildete sich nur in Hamm ein Arbeiterverein. Siehe Helmut Croon, Vom Werden des Ruhrgebiets, in: W. Först (Hrsg.), Rheinisch-Westfälische Rückblende, Köln 1967, S. 214. Der Arbeiterverein in Bielefeld entstand erst im Mai 1849. Siehe S. 123.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Gerhard Kratzsch, Friedrich Harkort, ein märkischer Liberaler, in: Westfäl. Forschungen 22 (1969/70) S. 73. Die »Assoziationen« waren in erster Linie gedacht als Kranken-, Invaliditäts-, Vorschußkassen auf Gegenseitigkeit, ferner als Konsumvereine. Der Begriff der Assoziation war seit den 30er Jahren von Frankreich übernommen worden und wurde in Deutschland unterschiedlich interpretiert, so im »korporativ-konservativen«, im »liberal-gesellschaftlichen« und im »sozialistisch-revolutionären« Sinne. Siehe Werner Conze, Vom Pöbel zum Proletariat. Zur Entstehung der frühindustriellen Armut, in: W. Fischer und G. Bajor (Hrsg.), Die soziale Frage, Stuttgart 1967, S. 40. Hierin liegt der Grund, warum später sowohl die Anhänger von Schulze-Delitzsch als auch die Lassalleaner von »Assoziationen« sprachen, darunter aber etwas Unterschiedliches verstanden. Gegen den Harkortschen Begriff der Assoziation, der von der Idee der Selbsthilfe ausging, wandten sich später auch die Lassalleaner in Westfalen (1864).

stellungen auf, wie sie auch in den Beschlüssen des Berliner Arbeiterkongresses (23. 8. – 3. 9. 1848) wiederkehren<sup>26</sup>. Motor der Demokratenbewegung in Westfalen waren Rudolf Rempel als Vertreter der Bielefelder Demokraten und der Hammer Arbeiterverein. Rempel aktivierte vor allem das notleidende Webervolk im Ravensbergischen, so daß der Abgesandte des Mindener Demokratischen Vereins, Friedrich Schnake, auf dem zweiten Berliner Demokratenkongreß erklären konnte, der eigentliche Boden für die Linke sei nur das notleidende Webervolk, das Proletariat sei überhaupt in Westfalen das einzige revolutionäre Element, das zum Siege verhelfen werde<sup>27</sup>. Aber Rudolf Rempel, der auf dem ersten Kongreß der Demokratischen Vereine in Westfalen (10./11. 9. 1848) sich in erster Linie für die Wohlfahrt des Volkes, insbesondere der arbeitenden Klasse, aussprach, dachte dabei aber eher an die Selbsthilfe der Weber in der Form einer gemeinsamen Assoziation als an eine Revolution des vierten Standes, wie sein Versuch einer Assoziation der Weber in Bielefeld deutlich zeigt<sup>28</sup>.

Am aktivsten entfaltete sich in der ersten Phase der Revolution von 1848 unter den demokratischen Vereinen Westfalens der Arbeiterverein in Hamm. Die Initiative zur Gründung dieses Vereins war offensichtlich von Joseph Weydemeyer ausgegangen, der hier seit dem Frühjahr 1847 als Geometer beim Bau der Köln-Mindener Eisenbahn tätig war<sup>29</sup>. Der Bau dieser Eisen-

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Zum »Provisorischen Comité« gehörten Otto Lüning-Rheda, R. Rempel-Bielefeld, J. Weydemeyer, Ch. Esselen und F. Kapp aus Hamm. Siehe Schulte, Volk und Staat S. 604, hier auch der Wortlaut des Flugblatts. Die Beschlüsse des Berliner Arbeiter-Kongresses siehe Max Qarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49, Leipzig 1924, Anhang.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Zitiert nach Schulte, Volk und Staat S. 228. Was Schnake hier unter Proletariat verstand, ob er die Eisenbahnarbeiter mit dazu rechnete, bleibt offen.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Im Gegensatz zum Rheinland, wo sich die Kommunisten entsprechend der Marxschen Devise: Kampf der Kommunisten zusammen mit der Bourgeoisie gegen den Feudalismus und die Kleinbürgerei, der Kölner Demokratischen Gesellschaft angeschlossen hatten und hier ihren Einfluß geltend machten, überwog in den westfälischen demokratischen Vereinen das bürgerliche, nicht das sozialistische Element. Der Vertreter des Demokratischen Vereins in Minden, Dr. Herzberg, der das »Prinzip der demokratisch-sozialen Republik« als das Ziel des Strebens der demokratischen Vereine forderte, mußte im September 1848 zugeben, daß es im Demokratischen Verein in Minden nicht gelungen sei, aufgrund »lokaler und persönlicher Verhältnisse« dieses Prinzip an die Spitze zu stellen. Dagegen sei die Idee angeregt worden, »einen Bildungsverein zu gründen, um das Volk mit der Politik durch Lektüre und Vorträge über soziale und politische Fragen vertraut zu machen«. Zitiert nach Wilhelm Hüttermann, Parteipolitisches Leben in Westfalen vom Beginn der Märzbewegung im Jahre 1848 bis zum Einsetzen der Reaktion im Jahre 1849, WZ 68 (1910) I S. 117.

Welche Bedeutung der Bau der Köln-Mindener Eisenbahn für die Arbeiterbewegung hatte, geht aus einem Schreiben hervor, das 3 Jahre später (1851) der Landrat von Hamm, Frhr. v. Vincke, an den Regierungspräsidenten richtete, als dieser nach kommunistisch verdächtigen Beamten bei der Bahn fahndete. Zur Rolle von Weydemeyer, Becker und Weuste, den Vorsitzenden des Hammer Arbeitervereins, die alle drei bei der Eisenbahn beschäftigt waren, schreibt er: »Nicht minder hat derselbe (gemeint ist der Bahn-Inspektor Heppner, der dem Landrat als »Demokrat« verdächtig ist) zu jener Zeit die verwegensten Demokraten, wiewohl ich ihn persönlich zu wiederholtem Male auf deren Streben aufmerk-

bahn hatte die Zahl der Arbeiter in Hamm erheblich vermehrt. Unterstützung fand Weydemeyer bei einem Kreis Hammer Intellektueller, zu denen Friedrich Kapp und Christian Esselen gehörten. Friedrich Kapp, dessen Vater Direktor am Hammer Gymnasium war, hatte ebenso wie Weydemeyer Verbindung zu den badischen »Social-Radikalen«³0. Dieser Hammer Kreis versuchte unter anderem, die ›Deutsche Brüsseler Zeitung« in Hamm zu verbreiten, um somit Marx' und Engels' Ideen unter den Arbeitern publik zu machen. Es muß offen bleiben, wann der Arbeiterverein gegründet wurde.

Am 17. 1. 1848 schrieb Weydemeyer an Marx: »Ich betreibe hier jetzt eifrig die Errichtung von Kassen für propagandistische und revolutionäre Zwecke und denke hierdurch wenigstens soviel Organisation in unsere Partei zu bringen, als es unter hiesigen Verhältnissen möglich ist. Mein Vorschlag hat auch bei Lüning Anklang gefunden, und so denke ich, werden wir bald über mehr Mittel verfügen als bisher. Die Verbreitung der Deutsch(en)-Brüsseler-Zeitung« geht hiermit trefflich Hand in Hand; sie ist sehr geeignet, um den Boden vorher zu beackern«31. Inwieweit sich diese Angaben nur auf den Zirkel der Hammer Sozialisten oder aber auf eine breitere Basis, nämlich den Hammer Arbeiterverein, beziehen, läßt sich nicht feststellen. In einem Artikel in der Deutsch-Brüsseler-Zeitung richtete Weydemeyer am 6. 2. 1848 unter der Überschrift »Aus Westfalen« einen Kampfaufruf an das Proletariat. Schon zu diesem Zeitpunkt weist er auf den Unterschied zwischen den Zielen der bürgerlichen Revolution und der Revolution der Arbeiter hin, dennoch verweist er auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses: »So weit gehen unsere Interessen Hand in Hand mit denen der Bourgeoisie; aber unser Tun braucht sich nicht darauf zu beschränken, jene in ihrem Streben zu unterstützen, wir haben ein weiteres Ziel zu verfolgen ... Unsere Mittel sind zu

sam gemacht habe, in seinem Büro beschäftigt. Als solche führe ich an den früheren Leutnant . . . und Redakteur der Trierschen Zeitung, Weidemeyer (sic). Als dieser gar zu extravagant wurde, ist er allerdings entlassen. Ferner den sog. rothen Becker (nicht mit dem Kölner gleichnamigen zu verwechseln) dieser war Präsident des hiesigen Handwerkervereins und habe ich einmal selbst Haussuchung bei ihm abgehalten . . . Endlich Bauschreiber Weuste, Nachfolger des Becker im Präsidium des Handwerkervereins, später in politische Untersuchung verwickelt, aber hier freigesprochen. Dieser ist auf meine spätere persönliche Verwendung bei der kgl. Eisenbahn-Direktion seinerzeit entlassen worden . . . « Sta. Ms. Kreis Hamm (Unna) AI, Nr. 452, Bl. 133 f. Im Gegensatz zu anderen westfälischen Städten schlossen sich in Hamm Handwerker und Arbeiter zusammen. Dominierend waren offensichtlich die Eisenbahnarbeiter.

<sup>30</sup> Am 30. 8. 1847 schrieb Bürgers an Marx: »Dann werde ich nach Westfalen schreiben, und zwar an den Neffen des Heidelberger Kapp. Der könnte uns eine Verbindung mit den badischen sog. Social-Radikalen vermitteln ... Derselbe Hammer Kapp muß dann die Westfalen, unter denen er Einfluß hat, zusammentrommeln.« Zitiert nach Obermann, Weydemeyer S. 113. Zu Kapp s. Schulte, Volk und Staat S. 543 Anm. 83 und S. 770. Kapps Verbindung mit den Demokraten in Baden war auch bei den Behörden bekannt. In einem Bericht des Mainzer Informationsbüros über die Aktivität der entschiedenen Revolutionäre vom 11. 6. 1847 werden Weydemeyer, Anneke und Lüning als Mitglieder des »kommunistischen noyau in preußisch Westfalen« genannt, mit dem die Demokraten in Baden »in wechselseitigem Verkehr« stehen (Obermann S. 102).

31 Ebd. S. 120 f.

schwach, um vereinzelt damit etwas zu leisten; darum tretet zusammen Proletarier, damit durch die Vereinigung auch das Kleine zu einer Macht erstarke!«32 Weg und Ziel einer kommenden Revolution, die für Weydemeyer kurz bevorzustehen schien, waren damit abgesteckt: Unterstützung der bürgerlichen Revolution, darüber hinaus aber die Verfolgung der eigenen Ziele des Proletariats. Der Schlußsatz läßt vermuten, daß die Gründung des Hammer Arbeitervereins gerade geschehen war<sup>33</sup>. Weydemeyer versuchte nun, auch in anderen Städten Westfalens eine ähnliche Organisation ins Leben zu rufen. Offensichtlich aber scheint erst der Ausbruch der Revolution unter den Arbeitern der übrigen Städte die Initialzündung ausgelöst zu haben. Mit Ausbruch der Februarrevolution in Paris gab Weydemeyer seine Stellung bei der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft auf, da ihm von seinen Vorgesetzten die Beteiligung an politischen Versammlungen verboten worden war, und ging nach Brüssel<sup>34</sup>. Trotz seines Fortgangs behielt er jedoch weiterhin Kontakt zum Hammer Arbeiterverein, der am 2. 4. 1848 einen Kongreß der westfälischen Demokraten initiierte, zu dessen »provisorischem Comité« neben Weydemeyer auch Esselen und Kapp gehörten. Aber auch Ch. Esselen verließ Anfang Mai Hamm und ging nach Frankfurt/Main, wo er zum »geistigen Leiter« des Frankfurter Arbeitervereins und der Frankfurter Arbeiterzeitung wurde<sup>35</sup>. Es war nicht gerade günstig für den Hammer Arbeiterverein, daß seine führenden Köpfe Hamm verließen, um führende Positionen in der Arbeiterbewegung einzunehmen. Nach Weydemeyer und Esselen ging auch Franz Schwenniger aus Hamm fort. Er vertrat den Hammer Handwerker- und Arbeiterverein am 23. 8. 1848 auf dem Berliner Arbeiterkongreß, wurde hier mit Born und Krick in das dreiköpfige Zentralkomitee gewählt und nahm in dieser Funktion am 1. 10. 1848 seine Tätigkeit in Leipzig auf<sup>36</sup>.

Trotz dieses ständigen Wechsels in der Spitze entfaltete der Hammer Arbeiterverein mit seinen mehr als 200 Mitgliedern jedoch eine rege Ak-

<sup>32</sup> Ebd. S. 121.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Frolinde Balser, Sozial-Demokratie 1848/49 – 1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, 2 Bde, Stuttgart 1962, I S. 116, Anm. 25 vermutet, daß die Gründung des Hammer Arbeitervereins im Mai/Juni 1848 stattfand.

Obermann S. 122.
 Esselens Wirken in Hamm charakterisiert der dortige Landrat, Frhr. v. Vincke,
 Jahre später: »Esselen, ein in hohem Maße extravaganter Mensch im Jahr 1848,
 der an den nur kurze Zeit hier abgehaltenen Volksversammlungen als ein Anhänger der roten Demokratie sich offenbarte, die hiesige Stadt jedoch, da er keinen Anklang fand, bald verließ und sich an den Rhein begab« (Sta. Ms. Kreis Hamm [Unna] AI, Nr. 452, Bl. 135). Demnach lag die Hauptagitation des Hammer Arbeitervereins in der ersten Hälfte des Jahres 1848.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Franz Schwenniger, der aus Essen stammte, war wie Weydemeyer Geometer und in dieser Funktion vermutlich in Hamm beim Bau der Eisenbahn tätig (Balser I S. 205. Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849, 2 Bde., Köln 1970, II S. 97 bezeichnet ihn als Deputierten des Handels- und Gewerbevereins Hannover auf dem Berliner Arbeiterkongreß, was offensichtlich ein Irrtum ist. Vgl. Namen-Verzeichnis der Deputierten zum Arbeiter-Kongreß in Berlin am 23. August 1848, in: Quarck, Arbeiterbewegung S. 366 f.

tivität, die über Westfalen hinaus bekannt wurde, als am 11. 6. 1848 221 Mitglieder des Vereins in einer Eingabe an den Präsidenten der Nationalversammlung in Frankfurt gegen die Ausweisung Esselens aus Frankfurt protestierten. Karl Marx veröffentlichte dieses Protestschreiben am 15. Juni 1848 in der Neuen Rheinischen Zeitung 37. Aus der Eingabe wird die Skepsis deutlich, die man im Hammer Arbeiterverein gegenüber dem bürgerlichen Parlament in Frankfurt hatte. Die Unterzeichner warfen ihm vor, daß die Bürgerrechte »von der Obrigkeit, welche kein Gefühl für uns, sondern Macht über uns hat, mit Füßen getreten werden« und daß »die Vertreter der Nation diesen Frevel an der Menschheit unter ihren Augen ungehindert ausüben lassen«. Der Hammer Arbeiterverein, dessen Vorsitzender zu dieser Zeit der Bauschreiber M. J. Becker war<sup>38</sup>, hatte durch Weydemeyer Kontakt mit dem Kölner Arbeiterverein unter Gottschalk und Anneke aufgenommen und bald auch deren radikale Forderungen übernommen. Als Anneke Anfang Juli 1848 in Köln verhaftet wurde, fand die Polizei unter seiner Korrespondenz auch einen Brief von Becker<sup>39</sup>. Die Polizei nahm daraufhin bei Becker am 11. 7. 1848 eine Hausdurchsuchung vor und fand die von Weydemeyer übersandten Materialien des Frankfurter Demokratenkongresses mit der Aufforderung, die Zusammenarbeit der Arbeitervereine mit den demokratischen Vereinen zu unterstützen. Im Verhör gestand Becker, daß die Schriften und Nachrichtenblätter des Kölner Arbeitervereins bei den Arbeitern in Hamm kursierten40. Für den Regierungspräsidenten von Arnsberg war es klar, daß es sich bei dem Hammer Arbeiterverein um einen Verein mit »republikanischkommunistischer Tendenz« handelte<sup>41</sup>, und schon im September 1848 mißhandelten Soldaten die Mitglieder des Vereins als »Communisten« auf der Straße42.

<sup>38</sup> Der vom Hammer Landrat, Frhr. v. Vincke, als der »rothe Becker« Bezeichnete (s. Anm. 28) war als Bauschreiber im Eisenbahn-Büro Hamm angestellt (Ober-

mann, Weydemeyer S. 128).

40 Neue Rheinische Zeitung vom 15. 7. 1848 (Nr. 46).

42 Schulte, Volk und Staat S. 603, Anm. 17.

<sup>37</sup> Nr. 15.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> In dem Brief hieß es: »Mein Erstaunen ist nicht gering..., von Ihnen aus Köln eine Partie sehr interessanter Flugschriften zugeschickt zu bekommen. Dieselben werden förmlich verschlungen; unsere Arbeiter machen sich ein besonderes Vergnügen daraus, unter den Bauern Propaganda zu machen, und zwar geschieht dies nicht ohne Erfolg.« Zitiert nach Obermann S. 128. Anneke hatte im Auftrag Weydemeyers dem Hammer Arbeiterverein eine Reihe Flugschriften zugesandt, die die Hammer offensichtlich auch für eine Landagitation einsetzten (ebd. S. 129). Die Haussuchung bei Becker zeigte ferner, daß der Hammer Arbeiterverein im Juni 1848 auch Kontakt zum Berliner Arbeiterverein aufgenommen hatte, dessen Präsident Stephan Born von Becker um Zusammenarbeit gebeten wurde (ebd.).

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Die Bezeichnung stammt aus einer Aufstellung aller politischen und Volksvereine im Reg. Bez. Arnsberg, die der Regierungspräsident im Auftrag des Innenministers Anfang November 1848 nach Berlin schickte. Er hatte zunächst über den Hammer Landrat Erkundigungen eingezogen, die dieser am 23. 10. 1848 nach Arnsberg übersandte. Hier teilte er u. a. das Ergebnis der Haussuchung bei Becker am 11. 7. 1848 mit (Obermann S. 128).

Die Furcht der Behörden vor dem Kommunismus, was immer man dafür hielt, war groß. Bereits 1847 glaubte der Amtmann von Buer, daß sich der dortige politische Klub zusammensetzt »aus den Elementen eines unverstandenen Demagogentums, eines alles hoffenden Proletariats und einiger selbstsüchtige Zwecke des Eigennutzes und Privathasses verfolgenden Menschen . . . Der große Haufen völlig unerfahrener Tagelöhner und Handwerker wurde von einigen Agenten zusammengetrommelt«43. Als 1848 die Revolution ausbrach, stellte der Oberpräsident von Flottwell in einem Schreiben an den Innenminister fest: »Unverkennbar zeigt sich auch der verbindliche Einfluß der Lehren des Kommunismus, welche dessen größtenteils selbst besitzlose Anhänger mit Erfolg verbreitet haben und noch zu verbreiten suchen und welchem der Arme leicht sein Ohr leiht.« Den Grund hierfür sieht er in der »Nahrungslosigkeit und gedrückte(n) Lage der ländlichen Bevölkerung ohne Grundbesitz, Heuerlinge, Spinner und Weber, Einstellung der Arbeiten in mehreren Fabriken und Beschwerden wegen Lohnsätze«44. Doch sei eine »kommunistische Tendenz« nur beim Hammer Arbeiterverein festzustellen, schreibt der Regierungspräsident von Arnsberg am 3. 11. 1848 an den preußischen Innenminister.

In der Tat machte der Hammer Arbeiterverein im Gegensatz zu zahlreichen anderen demokratischen Vereinen in Westfalen aus seiner republikanischen Gesinnung keinen Hehl, und dies galt für viele Beamte bereits als Kommunismus. Auf dem Demokratenkongreß in Bielefeld (11./12. 9, 1848) erklärte der Hammer Deputierte Weuste, der Verein erläutere durch Belehrung und Vorträge »das Wesen der Republik . . . als der einzigen Verfassungsform, in welcher ein Volk frei und glücklich sein könne«45. Am 13. 11. 1848 unterstützte der Arbeiterverein in einer Adresse an die Nationalversammlung in Berlin deren Widerstand gegen den König. Er forderte die Abgeordneten auf, »daß sie sich an das Beispiel Wiens erinnern und sich nicht stets passiv verhalten mögen, da sie doch nachher aktiv sein müssen und hierdurch unterliegen; wir ermahnen Sie, stets aktiv zu sein ... zählt auf das Volk von 16 Millionen, das Volk ist für euch«46. Hatte der Hammer Arbeiterverein im Juni durch seine Eingabe an den Präsidenten der Nationalversammlung das Frankfurter Parlament noch akzeptiert, so nahm er jetzt in seiner Adresse an die Berliner Nationalversammlung gegen die Paulskirche Stellung: »Beschließt ferner für die Versammlung in Frankfurt ein Mißtrauensvotum; sie besitzt das Vertrauen des Landes durchaus nicht und ist an den schweren Übergriffen der Fürsten allein Schuld, indem sie mit ihnen unterhandelte und nicht verstanden hat, sich auf den Boden der Revolution zu stellen; fordert sie auf, auseinander zu gehen, damit sie eine neue Versammlung, und zwar durch direkte Wahlen, konstituieren können.« Die Mitglieder des Vereins schlossen sich »gutwillig« dem Steuerverweigerungsbeschluß an, der am 15.11. 1848 von der Berliner Nationalversammlung beschlossen wurde. Nur recht

<sup>43</sup> Ebd. S. 602, Anm. 17.

<sup>44</sup> Zitiert nach Obermann S. 124.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Zitiert nach Hüttermann, Parteipolitisches Leben S. 116.

<sup>46</sup> Zitiert ebd. S. 126 ff.

knapp werden in dieser kurzen Adresse die sozial-politischen Vorstellungen umrissen. Der Hammer Arbeiterverein betont: »Durch die Beschlüsse in Betreff der Todesstrafe, die Abschaffung der Jagd, die Abschaffung des Adels, der Titel und Orden und endlich durch Abschaffung des erlogenen »von Gottes Gnaden« habt Ihr euch das Volk gewonnen und mit der Camarilla gebrochen. Fahret fort in euren Bestrebungen und laßt uns nächstens die Abschaffung sämtlicher Feudallasten und die Errichtung einer gerechten Steuer erfahren, beschließt eine Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk und laßt der Arbeit Schutz und Lohn angedeihen, so werden alle unsere Herzen so wie jetzt stets für euch schlagen, und die Ruhe und der Frieden werden im Lande wieder hergestellt sein.« Die Beamten schätzten die Tendenz des Hammer Arbeitervereins verkehrt ein, wenn sie dies als »Kommunismus« ansahen. Von einem Kommunismus im marxistischen Sinn ist im Hammer Arbeiterverein, soweit wir über seine ideologische Basis unterrichtet sind, trotz Weydemeyer nichts zu merken. Zur Rezeption des Marxismus scheint es nicht gekommen zu sein. Das sozialpolitische Konzept des Vereins entsprach eher dem der »Arbeiterverbrüderung«, zu der der Hammer Arbeiterverein durch Schwenniger in enge Beziehung trat.

Hatte der Regierungspräsident von Arnsberg in seinem Schreiben vom 3. 11. 1848 die Zahl der Mitglieder dieses Vereins noch auf 200 geschätzt, so standen unter der Adresse an die Berliner Nationalversammlung 355 Unterschriften. Das reaktionäre Vorgehen des Königs und seines Ministeriums hatte vermutlich auch in Hamm die Position der Demokraten und Arbeiter erheblich gestärkt. Aber es gelang dem Verein nicht, Ende 1848 und 1849 diese Position politisch zu nutzen. Zwar war der Hammer Arbeiterverein auf dem Westfälischen Kongreß vom 18./19. 11. 1848 in Münster vertreten, aber seine Abgeordneten traten nicht hervor<sup>47</sup>. Auch anläßlich der Ereignisse vom Mai 1849 vermißt man eine Aktivität im Hammer Arbeiterverein<sup>48</sup>.

# Die politische Haltung der Arbeiter in der Revolution von 1848

Hinter die anfängliche Aktivität des Hammer Arbeitervereins und der Bielefelder Demokraten tritt scheinbar das politische Engagement der Iserlohner und Altenaer Demokraten zurück. Sie nahmen weder am Frankfurter noch am Berliner Demokratenkongreß teil. Die Entwicklung der demokratischen Vereine in Iserlohn und Altena verläuft im Gegensatz zur Entwicklung des Hammer Arbeitervereins in einer umgekehrten Linie. Während der Hammer Arbeiterverein im Laufe des Jahres 1848, bedingt durch den Weggang seiner fähigsten Leute, immer mehr an Bedeutung verlor, stieg die Be-

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Karl Hüser, Der westfälische Kongreß für die Sache und Rechte der preußischen Nationalversammlung und des preußischen Volkes vom 18./19. November 1848 in Münster, in: WZ, 119 (1969) S. 137.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Die Gegnerschaft der Hammer Bevölkerung gegenüber dem Hammer Arbeiterverein hemmte vermutlich dessen Aktivität. Hinzukam, daß der Verein, bedingt durch die Mitglieder unter den Eisenbahnarbeitern, vermutlich einer ständigen Fluktuation seiner Mitglieder unterworfen war.

deutung der Iserlohner und Altenaer Demokraten während dieses Jahres, um schließlich ihren Höhepunkt in den revolutionären Ereignissen von 1849 zu finden.

Beeinflußt durch die Berliner Märzereignisse, wurden in Iserlohn besonders die Arbeiter aktiv. Die Erhebungen, die durch soziale Mißstände hervorgerufen wurden, waren bis dahin gerade in Iserlohn mit Gewalt niedergehalten worden. Als nun aus Berlin die Nachricht von den revolutionären Ereignissen kam, wurde von den Iserlohner Arbeitern dieses Ereignis im sozialpolitischen Sinne gedeutet. In dem Sieg auf den Barrikaden sah man einen Sieg des Volkes über »Soldateska«, »Bürokratie«, aber auch über die »Bourgeoisie«. Die Arbeiter zogen durch die Stadt und ließen der aufgestauten Wut freien Lauf<sup>49</sup>. Am 25. 3. 1848 erließ der Magistrat einen Aufruf, der sich an die »braven Fabrikarbeiter« wandte und sie zur »Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung« aufforderte. Der Schlußsatz des Aufrufs zeigt deutlich die Angst des Bürgertums, die politische Umwälzung könne auch eine soziale Umwälzung mit sich bringen. Dabei waren die Forderungen der Arbeiter, die diese in einem Zehn-Punkte-Programm dem Magistrat am 27. 3. 1848 vorbrachten, eher restaurativ, da sie »als brave und treue Bewohner« der Stadt lediglich das forderten, was ihnen »schon früher zuteil geworden war«50. In dem Zehn-Punkte-Programm forderten sie u. a. eine genauere Aufstellung des städtischen Etats, die Streichung unangebrachter Ausgaben, eine genauere Regulierung der Pachtverhältnisse, freie Pacht-, Fischerei- und Hudeberechtigung. Punkt 8 berührt den bildungspolitischen Sektor, der auch in dem Hammer Aufruf an das Volk eine Rolle spielt, allerdings sind die Forderungen der Iserlohner Arbeiter bescheidener als die im Aufruf der Demokraten in Hamm. Die Arbeiter forderten lediglich: »Es muß einem jeden unserer Bürger freistehen, seine Kinder von der untersten bis zur obersten Rektorat-Schule lernen zu lassen, ohne einen extra jährlichen Zuschuß zu entrichten«51. Wie wenig revolutionär die Forderungen waren, zeigt die vorsichtige Formulierung von Punkt 10, der die soziale Situation der Arbeiter in den Fabriken berührt: »Eine Vertretung der Arbeiter, die darin besteht, den Herren Prinzipalen gehorsamst zu bitten, soweit in ihren Kräften steht, dahin zu wirken, einem jeden Arbeiter doch täglich Arbeit gewähren suchen, damit auch ein jeder Arbeiter, der ein Alter von 24 Jahren erreicht hat, nicht unter 15 Sgr. täglich verdienen darf . . . «52. Erste Ansätze einer quasi-gewerkschaftlichen Organisation werden deutlich. Die Arbeiterschaft wählte eine Vertretung, die als Verhandlungspartner gegenüber den Fabrikanten auftreten sollte. Diese Vertretung hatte die Aufgabe, in einer Kommission, die aus Fabrikherren und Fabrikarbeitern bestehen sollte, die

<sup>49</sup> Köster, Iserlohner Revolution S. 12.

<sup>50</sup> Zitiert nach Köster S. 14.

Ebd. S. 15.
 Ebd. S. 16. Im Vergleich dazu verdiente ein Ruhrbergmann 1845 für eine acht Ebd. S. 16. Im Vergleich dazu verdiente ein Ruhrbergmann 1845 für eine acht Ebd. S. 16. Im Vergleich dazu verdiente ein Ruhrbergmann 1845 für eine achtstündige Schicht je nach Leistung 8½ – 11½ Sgr. Ein Zentner Kartoffeln kostete damals 20 Sgr., ein elfpfündiges Schwarzbrot 6½ Sgr. (Koszyk, Dampfboot S. 5). Zu Punkt 10 gehörte auch die Forderung: »Auch Kinder unter 12 Jahren dürfen durchaus keine Arbeit auf den Fabriken verrichten.«

Forderungen der Arbeiter zu vertreten, so zum Beispiel bei einer Schmälerung des Lohns und bei einer Kündigung, die nur in Übereinstimmung mit der »Vertretung« ausgesprochen werden konnte. Erst als vom Magistrat Punkt 10 abgelehnt worden war, wurden die Forderungen der Arbeiter radikaler. Am 29. 3. 1848 versammelten sie sich zu einer Demonstration auf einem Platz vor der Stadt. Landrat und Magistrat sahen sich gezwungen, eine Deputation von 8 Gesandten dahin zu schicken, »um sich mit den versammelten Fabrikarbeitern in Benehmen zu setzen und über deren nachträgliche Anträge zu referieren«53. Unter dem Druck der Arbeiterdemonstration traten nun Landrat, Magistrat und eine Reihe von Fabrikinhabern zu einer schleunigen Beratung zusammen und gestanden den Arbeitern in einer Neun-Punkte-Erklärung unter anderem folgendes zu: » Jeder qualifizierte Fabrikarbeiter über 24 Jahren soll wöchentlich einen Verdienst von wenigstens 3 Thalern haben. Eine aus den Fabrikarbeitern zu bildende Commission hat darüber zu entscheiden, ob der Arbeiter für einen qualifizierten zu erachten ist oder nicht«54.

Trotz dieser Übereinkunst blieb auch in den folgenden Monaten das Verhältnis zwischen Arbeitern und Bourgeoisie recht gespannt. Das äußerte sich unter anderem darin, daß die Arbeiter in der Aufstellung der »Bürgergarde« den Versuch sahen, ihren »billigen Wünschen... Gewalt entgegen zu stellen«55. Die beruhigenden Bekanntmachungen, die daraufhin der Magistrat erließ, überzeugten vermutlich nicht. Bürgertum und Proletariat gingen auch in ihren politischen Formationen einen getrennten Weg. Fast scheint hier der Kampf vorweggenommen, der 20 Jahre später in Iserlohn unter Tölckes Führung zwischen ADAV und dem Bürgertum ausbrach, als nach der Reaktion die Arbeiter erneut den Versuch unternahmen, sich politisch zu emanzipieren und hierbei vom liberalen Bürgertum gehindert wurden. Die Skepsis der Arbeiter sei berechtigt gewesen. Der besitzende Mittelstand sei gewissermaßen nur für den ersten Augenblick durch Überrumpelung zurückgedrängt worden und habe bald wieder seine alte Überlegenheit gefühlt und gebraucht, so beurteilt ein Zeitgenosse die Situation in Iserlohn<sup>56</sup>. Die Arbeiter schlossen sich deshalb im Demokratischen Verein zusammen, der bald eine große Anzahl von Mitgliedern verzeichnen konnte, während der Mittelstand im Konstitutionellen Verein seine politischen Vorstellungen artikulierte. Ziel des Demokratischen Vereins war es, »das Volk über seine Gleichberechtigung aufzuklären und eine konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer, das heißt im Grunde republikanischer Grundlage zu fördern«<sup>57</sup>. Während der Konstitutionelle Verein sich auflöste, als die oktrovierte Verfassung erlassen wurde, da er nun sein politisches Ziel erreicht zu haben glaubte, wurde

53 Köster S. 22.

Köster S. 24.
 So Karl Wilhelm Sudhaus, zitiert nach Schulte, Aufzeichnungen . . . S. 113.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Die 9-Punkte-Erklärung wurde als Flugblatt gedruckt. Ein Exemplar davon im Stadtarchiv (Stda.) Iserlohn, H 1/3-299.

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Angaben nach Nohl (s. Anm. 5) S. 8 f., der selbst führend im Konstitutionellen Verein war und deshalb vermutlich nicht ganz objektiv über den Demokratischen Verein berichtet.

der Demokratische Verein immer aktiver, je deutlicher im Verlauf des Jahres die reaktionäre Tendenz der preußischen Politik zutage trat. Die Aktivität richtete sich vor allem gegen die Vertretung des Bürgertums, die das Vorgehen des preußischen Königs verteidigte und den Steuerverweigerungsaufruf durch eine freiwillige Steuervorauszahlung bewußt boykottierte. Demonstrativ stellte sich der Demokratische Verein hinter die aufgelöste Nationalversammlung in Berlin und griff die an, die »das Recht der Krone zu der angeordneten Verlegung der Nationalversammlung anerkannten«. In einem Aufruf an die »Männer der Mark« versprachen die Mitglieder des Vereins: »Die widrigen Verhältnisse mit Ausdauer (zu) ertragen ... ohne jedoch in die Fallen zu gehen, welche die sogenannten ruhigen und loyalen Bürger ihnen stets legen«. Hinter den Aufruf stellten sich 800 Mitglieder des Vereins<sup>58</sup>.

Zum beliebtesten Redner im Demokratischen Verein und zu seinen Beisitzern gehörten Carl Wilhelm Tölcke, der »Vater der westfälischen SPD«, der damals noch in Altena wohnte und hier die treibende Kraft des Konstitutionellen Bürgervereins war<sup>59</sup>. Seit dem August 1848 gab er den ›Volksbote(n)‹ (Wochenblatt für den Kreis Altena) heraus, der recht deutlich sowohl die politischen und sozialpolitischen Ideen dieses Vereins wie auch Tölckes widerspiegelt<sup>60</sup>. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen des Altenaer Landrats trat Tölcke im Gegensatz zu vielen anderen Demokraten in Westfalen für eine konstitutionelle Monarchie ein<sup>61</sup>. Seine Überzeugung vom Volkskönigtum gab er auch später in der SPD nicht auf. Noch 1866 trat er im ›Socialdemocrat‹ für eine Einigung des Reiches unter dem hohenzollernschen Königshause ein<sup>62</sup>, ja in seinem Ratschlag, den er 1889 den drei Deputierten der streikenden Bergarbeiter gab, die Beschwerden vor den Kaiser zu bringen,

<sup>58</sup> Zitiert nach Köster S. 46 f.

<sup>59</sup> Über C. W. Tölcke (1817–1893) liegen folgende Kurzbiographien vor: Nachruf auf ihn in Beilage zum Wahren Jacob, Nr. 195 (27. 1. 1894); Carl Wilhelm Tölcke, in: Dortmunder Arbeiterführer für das Industriegebiet, 2. Jg., Dortmund 1913, S. 74–78; Ernst Mehlich, Carl Wilhelm Tölcke (zum 100. Geburtstag am 31. Mai), in: Die Glocke (Berlin), Jg. 1917/18, Bd. 1, Nr. 9, Juni, S. 355–359; Wilhelm Schulte, Karl Wilhelm Tölcke, in: Westfälische Köpfe, Münster 1967, S. 335 f.; Kurt Koszyk, Der märkische Arbeiterführer Karl Wilhelm Tölcke, in: Der Märker, 12. Jg., 4. Heft (April 1963), S. 94–97. – T. hatte in Altena vor 1848 eine Liedertafel und einen Turnverein gegründet, die zum Kern der demokratischen Bewegung in Altena wurden. Der Konstitutionelle Bürgerverein wurde am 5. Aug. 1848 als Alternative zu dem am 8. 7. 1848 von dem konservativen Landrat von Holzbrinck und anderen Beamten ins Leben gerufenen Konstitutionellen Verein gegründet.

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Von dieser Zeitung, die in einer wöchentlichen Auflage von 500 Exemplaren bei Wichelhoven in Iserlohn erschien, sind 3 Nummern (30. 8. – Probenummer –, 13. 9., 20. 9. 1848), die T. als Belegexemplare an die Behörde einsandte, noch erhalten. Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 96, Bd. I, Bl. 98 ff.

 <sup>81</sup> Siehe Artikel: Von der Republik, in: >Volks-Bote Nr. 2 (13. 9. 1848). Tölcke war zu dieser Zeit also kein Republikaner, wie Schulte, Volk und Staat S. 311 behanner.

<sup>62</sup> Siehe Artikelserie »Unser Standpunkt«, in: Nr. 166 (26. 10. 1866), Nr. 167 (28. 10. 1866), Nr. 168 (31. 10. 1866), Nr. 170 (7. 11. 1866) und Nr. 171 (9. 11. 1866).

mag noch etwas von dieser Überzeugung stecken. Diese Überzeugung veranlaßte ihn später vermutlich auch, Lassalles sozialistisches Ideengut zu vertreten, selbst noch auf dem Parteitag von Erfurt (1891), als die Rezeption des Marxismus in der SPD bereits voll eingesetzt hatte.

Im Konstitutionellen Bürgerverein von Altena waren trotz seines Namens vor allem die Arbeiter vertreten<sup>63</sup>. Ihre sozialpolitischen Vorstellungen finden wir in einem offenen Brief an Friedrich Harkort formuliert, den der Konstitutionelle Bürgerverein im >Volksboten vom 30, 8, 1848 abdrucken ließ. Der Brief war eine Antwort auf Harkorts >Briefe in die Provinzen« und drückt die Enttäuschung über den »ächten Sohn der Mark als würdigen Volksvertreter derselben in Berlin« aus. Die Mitglieder des Vereins kritisierten hier vor allem Harkorts soziale Vorstellungen. Zum Verhältnis von Kapital und Arbeit heißt es hier: »Auch wir lassen die Maschinen leben, denn - sie erleichtern den Menschen die Arbeit. - Wem kam aber der Nutzen dieser Erleichterung bis jetzt zu Gute? dem Arbeiter oder dem Herrn? -Wahrlich, wenn die Arbeiter nur einen kleinen Teil davon genossen hätten, ja, wenn sie nur schadlos dabei geblieben wären, dann würden nirgends Maschinen zerstört. - Wollen Sie nachhaltig wirken gegen solch Uebel, dann denken Sie über gerechte Gesetze nach, die den Arbeiter heben, wenigstens schützen. - Haben die Arbeiter Ursache zufrieden zu sein, dann gibt's keine Maschinen-Zerstörer mehr. - Bis zu dieser Zeit aber waren die Maschinen nur Folterbänke, auf welchen das Kapital die Arbeit ausbeutete . . . Wir leben Alle, arm wie reich, von der Erde Nahrung und die ist zumeist ein Zins jenes Kapitals der Armuth, welches man die Arbeit nennt. Der Arme ernährt den Reichen, nicht umgekehrt!« Als soziale Aufgabe der Revolution von 1848 betonen die Arbeiter im Brief folgendes: »Herr Harkort! Sie haben nicht erfüllt was wir uns von ihnen versprochen; wir finden uns in Vielem bitter getäuscht! - Sie kämpfen nur für Ruhe um jeden Preise, wir aber meinen: der wahre Friede ist allein des Rechtes Genüge, und ein Friede um jeden Preis ist nichts als die alte Jacke, die Zwangsjacke, welche wir ausgezogen haben und in die wir nachgerade nicht wieder 'neinwollen . . . Man sagt für allgemein, sie wollten wieder in >das alte Loch ! freilich ein harter Ausspruch, doch begründet in ihrem Schreiben. Sie schildern darin meisterhaft, in den grellsten Farben, unser jetziges Elend - warum das? es bessert nichts, tröstet aber schlecht - dabei gebn Sie nie der Hoffnung Raum, daß unsere gerechten Wünsche sich erfüllen könnten – ganz, als gäb's keine solche – und was thun Sie dagegen? Sie preisen immerfort die Zeit vor dieser als wär's eine goldene gewesen - das war's doch wahrlich nicht.« Der Brief enthält ferner eine Andeutung über die ideologische Basis des Vereins. Es heißt hier: »Nun kommen wir an Ihre Lösung der socialen Frage. - Kennen Sie die Systeme jener Socialisten, die Sie selbst für tolle Welt-Verbesserer halten? Wir kennen deren einige und halten davon, daß Ihr System beschränkter und beschränkender ist, als diese, dabei viel unvollständiger und doch nicht leichter ausführbar! -

<sup>63</sup> Mitteilung des Altenaer Landrats an das Oberpräsidium vom 27. 9. 1848: »Unter den untersten Klassen hat er sich großen Anhang verschafft« (Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 96, Bd. I, Bl. 97).

Die menschlichen Verhältnisse sind so mannichfaltig als die Systeme einseitig; das gewaltige Regen der großen freien Gesellschaft läßt sich in keine so engen Formen bannen – geschweige, daß es sich wohl darin fühlen könnte. Das sollten Sie wissen. – Daß wir das Lebensglück in der Familie am besten genießen, ist wahr; wir wissen aber auch: daß die ganze menschliche Gesellschaft eine große Familie ist, und solange nicht alle Glieder (Stände) derselben zufrieden zu sein Ursache haben, ist keines in Wahrheit glücklich – ja, keines sicher. « Aus all dem spricht kein revolutionärer Geist, sondern ein nüchterner Pragmatismus, der aber doch geeignet schien, die sozialen und politischen Mißstände zu ändern. Es ist derselbe Pragmatismus, der sich später auch in den Programmen und Vorstellungen des ADAV findet.

Auch in den anderen Städten des märkischen Industriegebiets hatten sich die Arbeiter vielfach den demokratischen Vereinen angeschlossen, die fast überall in bewußtem Gegensatz zu den bürgerlichen konstitutionellen Vereinen standen, so in Hagen, Hohenlimburg, Lüdenscheid, Unna, Schwerte, Bochum, Witten und Soest<sup>64</sup>. Freilich schlossen sich auch Arbeiter, so vor allem in Lüdenscheid, den konstitutionellen Vereinen an. Zu den demokratischen Vereinen zählten im Ruhrgebiet ferner der Dortmunder Volksverein<sup>65</sup>, der Politische Klub in Buer<sup>66</sup>, der Volksverein in Recklinghausen<sup>67</sup>, der Politische Verein in Waltrop<sup>68</sup>. Die Entwicklung der demokratischen Vereine in Westfalen zeigt Tendenzen, die auch im Hinblick auf die spätere Geschichte der SPD von Wichtigkeit sind. Mit Ausnahme der Arbeiter in Hamm waren die

Arbeiter in den Industriestädten noch nicht soweit, sich als Klasse zu begreifen und sich in einer eigenen Partei (Verein) zusammenzuschließen. Eine

<sup>64</sup> Über Entstehen und Wirksamkeit dieser Vereine siehe Köster S. 153-216.

<sup>65</sup> Hüttermann, Parteipolitisches Leben S. 39. Ähnlich wie Tölcke so hielt auch der Dortmunder Volksverein 1848 die Zeit noch nicht für reif für eine Republik. In die Statuten wurde deshalb folgender Satz aufgenommen: »Wir sind überzeugt, daß der Staat der Zukunft kein anderer sein kann als die absolute Volksherrschaft – ›Demokratie« – beruhend auf dem Prinzip der Volkssouveränität. Für die Gegenwart jedoch ist die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage für Deutschland zu erstreben.« So im Dortmunder Anzeiger, Nr. 61, hier zitiert nach Hüttermann, S. 39. Auch in Dortmund hatte sich die liberale Bourgeoisie im Konstitutionellen Klub zusammengeschlossen, während die Arbeiter Mitglieder des Volksvereins waren. Über die Vorgänge in Dortmund unterrichtet recht gut der Dortmunder Korrespondent der ›Neuen Rheinischen Zeitung«, die in Dortmund von 21 Abonnenten gehalten, aber »von mehr als 1000 Lesern verschlungen« wurde. Die Dortmunder Artikel der Neuen Rheinischen Zeitung sind fast alle bei Umbreit, Beiträge z. Gesch. d. Arbeiterbewegung S. 5 ff. zitiert.

<sup>66</sup> Der Politische Klub wurde erst Ende Oktober 1848 von »Freunden des Fortschritts«, wie es im Aufruf hieß, gebildet. Über die soziologische Zusammensetzung berichtet der konservative Amtmann Tosse am 29. 12. 1848 dem Landrat: »Der Klub ist leider zusammengesetzt aus den Elementen . . . eines hoffenden Proletariats und einiger selbstsüchtige Zwecke verfolgender Menschen. Derselbe zählt ca. 50 Mitglieder. Engelbert Pülke, Geschichte der politischen Parteien im Kreise Recklinghausen von ihrer Entstehung bis zum Ende des Kulturkampfes (1848–1889), in: Vestische Zeitschr. 41 (1934) S. 49.

<sup>67</sup> Èbd. S. 50. 68 Ebd. S. 52.

Entwicklung in diese Richtung wurde dadurch gehemmt, daß die Handwerker, außer denen in Hamm, sich bewußt von den Arbeitern separierten, ihre eigenen sozialpolitischen Vorstellungen entwickelten und die »Verbesserung der Lage des Handwerkers durch gegenseitige Unterstützung, Vereinigung und friedliche Besprechung, Bruderliebe«, jedoch nicht »durch Gewalt und Widersetzlichkeit« erstrebten<sup>69</sup>. Soweit das Industrieproletariat sozialpolitische Vorstellungen entwickelte, wie in Iserlohn, bezogen sich diese auf materielle und bildungspolitische Verbesserungen im Rahmen der bestehenden Sozialordnung. Da die Arbeiter nun jedoch in geschlossener Koalition auftraten, konnten sie auf diese Weise erste Zugeständnisse in bezug auf ihre soziale Lage von seiten der Bourgeoisie erringen. Soweit sich die Arbeiter politisch engagierten, schlossen sie sich primär den demokratischen Vereinen an, die in fast allen westfälischen Städten als Alternative zu den konstitutionellen Vereinen gegründet worden waren, in denen das Besitzbürgertum seine politischen Vorstellungen artikulierte. Die führenden Positionen in den demokratischen Klubs, auch im Hammer Arbeiterverein, nahmen jedoch nicht die Arbeiter ein, sondern Intellektuelle, Privatsekretäre und Schreiber. Als politisches Ziel sahen die Demokraten die Republik an, aber doch eher als ein Fernziel. Für viele von ihnen stellte die konstitutionelle Monarchie die für diese Zeit geeignetste Staatsform dar. Die sozialpolitischen Ziele der Demokraten, auch der Arbeiter unter ihnen, waren aufgrund der divergierenden Ansichten meistens recht vage formuliert. Gefordert wurde die »demokratischsoziale Republik«70. Was darunter zu verstehen war, wird nicht genau definiert. Zu den konkreten sozialpolitischen Forderungen, die von den Demokraten in Westfalen auf ihrem Kongreß in Hamm (2. 4. 1848) erhoben wurden, gehörten »Aufhebung aller Vorrechte«, »eine wirkliche Volkserziehung«, »die Errichtung eines Ministeriums für die Arbeiter, damit endlich einmal unter Zuziehung der Arbeiter selbst eine gründliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen vorgenommen werden kann«71. Von Anfang an mußten die Demokraten mit Schwierigkeiten von seiten der Behörden fertig werden, da diesen auch nach dem März 1848 genügend Mittel zur Verfügung standen, alle politischen Äußerungen der Demokraten zu unterdrücken. Bereits der erste Zusammenschluß auf dem Kongreß in Hamm blieb erfolglos, da die Versammlung wegen »wühlerischen Treibens« aufgelöst wurde<sup>72</sup>. Besonders hart gingen die Behörden mit Schikanen gegen die Vereine vor, bei denen sie »kommunistische Umtriebe« vermuteten, wie die Haussuchung beim Vorsitzenden des Hammer Arbeitervereins, Becker, deutlich zeigt. Neben den Schwierigkeiten, die die Behörden einem Zusammenschluß der Demokraten mit in den Weg legten, waren die Demokraten auch von sich aus trotz einiger Ansätze auf ihren Kongressen nicht in der Lage, sich fester zusammen-

<sup>72</sup> Ebd. S. 226.

<sup>69</sup> So die Neue Rheinische Zeitungs vom 8. 11. 1848 über den Handwerker-Verein in Dortmund, zitiert nach *Umbreit* S. 6 f.

Siehe Verhandlungen des ersten Kongresses der demokratischen Vereine von Westfalen am 10. 4. 1848 in Bielefeld, abgedruckt bei Hüttermann S. 115–126.
 Siehe das Flugblatt »An das Volk«, in: Schulte, Volk und Staat S. 604 f.

zuschließen<sup>73</sup>. Sie hatten zu unterschiedliche Anschauungen. Ihre Differenzen in politischer wie in sozialpolitischer Hinsicht versuchten sie mit möglichst vagen Formulierungen zu überbrücken. Ein Aktionsprogramm kam deshalb nicht zustande. Bald wurde deutlich, daß die Arbeiter, die der Vertreter des Hammer Arbeitervereins, Weuste, auf dem Bielefelder Demokratenkongreß (10./11. 9. 1848) für das »bildungsfähigste Element« der Demokratie hielt<sup>74</sup>, sich von der Demokratenbewegung zu trennen versuchten, um die sozialen Forderungen an die Spitze des Programms zu stellen<sup>75</sup>. Den Kompromiß, den sie mit der Formel, »daß die Lösung der sozialen Frage die erste und letzte Aufgabe der Demokratie sei«, erzielt hatten<sup>76</sup>, konnten sie nicht aufrechterhalten. In Bielefeld fiel der Demokratische Verein auseinander. An seine Stelle trat ein Arbeiterverein<sup>77</sup>. Negativ wirkte sich für die politische Agitation der Arbeiter in Westfalen die Tatsache aus, daß die führenden Köpfe der Arbeiterbewegung Westfalen verließen. Es bleibt offen, ob dies aufgrund des Mißerfolges geschah, den die Arbeiterbewegung wegen der großen Passivität der Arbeiter erlebte. Daß weder Weydemeyer noch Esselen noch Schwenniger zu einer Agitation nach Westfalen zurückkamen, läßt darauf schließen. Schwierigkeiten wurden den Arbeitern in der demokratischen Be-

Der erste deutsche Demokratenkongreß fand am 13./14. 6. 1848 in Frankfurt statt. Aus Westfalen sandten jedoch offiziell nur der Dortmunder Volksverein den Delegierten Koch und der Hammer Arbeiterverein den Delegierten Kapp nach Frankfurt. Aus Westfalen nahmen ferner teil: Dr. Herzberg (Minden), Dr. Lüning, R. Rempel, Meyer, Volmar (Wetter). Siehe Schulte, Volk und Staat S. 606. Der Kongreß schuf einen »Zentralausschuß der deutschen Demokraten«, dem die Lokalvereine, Kreisvereine und Kreisausschüßse unterstellt wurden. In den Zentralausschuß wurden Kapp-Hamm und Herzberg-Minden als Schriftführer gewählt. Siehe Quarck S. 129. Obwohl Rheinland und Westfalen zu einem Kreis verbunden wurden, was auf dem rheinisch-westfälischen Demokratenkongreß in Köln (13./14. 8. 1848) und der Kölner Generalversammlung der Demokraten (3. 9. 1848) bestätigt wurde, setzte Rudolf Rempel als Präsident auf dem ersten westfälischen Demokratenkongreß in Bielefeld (10./11. 9. 1848) durch, daß die Berichte der Lokalvereine nicht nach Köln, sondern unmittelbar an den Zentralausschuß nach Berlin geschickt wurden. Siehe Schulte, Volk und Staat S. 226. An den verschiedenen Kongressen nahmen immer nur einige demokratische Vereine teil.

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> Zitiert nach Hüttermann S. 116.

No kam es auf dem zweiten Demokratenkongreß, der am 26. 10. 1848 in Berlin stattfand, zu einer Kontroverse zwischen Friedrich Kriege und Stephan Born. Kriege hatte erklärt: »Auf das Proletariat ist kein Verlaß, an das ideale Proletariat ist gar nicht zu denken. Es könne sich nicht beraten und seine Interessen vertreten. Es habe seine Stellung nicht begriffen.« Born sah darin »ein Kokettieren mit der Bourgeoisie auf Kosten des Proletariats« (zitiert nach Quarck S. 181 und 183). Born hatte den ersten Arbeiterkongreß vom 23. 8. bis 3. 9. 1848 nach Berlin berufen, an dem aus Westfalen F. Schwenniger für den Arbeiterverein Hamm teilnahm. Auf ihn geht u. a. die Forderung nach Associationskassen für die Arbeiterverbrüderung zurück. »Im Grunde schwebte dem Kongreß die Gründung von Produktivgenossenschaften vor«, interpretiert Born diese Forderung. Schwenniger begründete seinen Vorschlag mit einem Experiment, das angeblich in einem Unternehmen in Westfalen versucht werde. Siehe Quarck S. 167 und Balser I S. 160 f.

<sup>76</sup> Balser I S. 125.

<sup>77</sup> Siehe S. 123.

wegung jedoch nicht nur von den Behörden, sondern vor allem von seiten des Besitzbürgertums bereitet. Trotzdem waren die Arbeiter in den demokratischen Vereinen bereit, mit den bürgerlichen Konstitutionellen zusammenzugehen.

Als die münsterschen Bürger im November 1848 noch einmal die Initiative ergriffen und zum westfälischen Kongreß für die Sache und Rechte der preußischen Nationalversammlung und des preußischen Volkes einluden, nahmen auch der Hammer Arbeiterverein und die anderen demokratischen Vereine daran teil. Aber die Forderungen dieses Kongresses machen deutlich, daß die radikalen Demokraten in Westfalen nicht die führende Rolle spielten. Weder Rempel noch Herzberg konnten sich mit der Forderung durchsetzen, gleichzeitig mit der Stellungnahme für das Berliner Parlament ein Mißtrauensvotum gegen »die in der letzteren Zeit völlig unfähige Frankfurter Nationalversammlung auszusprechen«78, wie das der Hammer Arbeiterverein fünf Tage vorher in seiner Adresse an die Berliner Nationalversammlung getan hatte.

Wenn sich auch die Demokraten auf diesem Kongreß mit ihren Vorstellungen nicht durchzusetzen vermochten, so bewies doch die Wahl vom 22. 1. 1849, daß ihr politisches Gewicht nicht im Rückgang begriffen war, sondern eindeutig gewonnen hatte. Es gelang ihnen, neun Kandidaten durchzubringen. Überraschend war, daß die demokratischen Kandidaten nicht im märkischen Industriegebiet, sondern primär in den katholischen Gebieten gewählt worden waren<sup>79</sup>. Hüttermann vermutet, »daß viele Kreise der Bevölkerung demokratisch wählten, nicht weil sie von der Richtigkeit des demokratischen Programms überzeugt gewesen wären, sondern weil sie eine Reaktion großen Stils fürchteten, und weil sie ihrer Wut auf die Regierung durch Abgabe ihrer Stimme für demokratische Kandidaten Ausdruck geben wollten«80. In der Tat scheint es sich bei den Wählern, die die Demokraten u. a. auch unter der Landbevölkerung gewonnen hatten, um Protestwähler zu handeln, die durch ihre Wahl weniger das demokratische Programm bestätigen, vielmehr ihren Unwillen über die politische Entwicklung und ihre Enttäuschung dokumentieren wollten<sup>81</sup>. Anders bei den Wählern im märkischen Industriegebiet. Hier hatte sich im Lauf des Jahres 1848 eine politischbewußte Wählerschaft herausgebildet, die mit der Wahl eines Kandidaten der beiden großen politischen Gruppen, der Konstitutionellen und der Demokraten, deren politisches Programm, speziell deren sozialpolitisches Programm unterstützten. Fluktuationen waren hier nicht so leicht möglich wie

<sup>78</sup> Siehe Hüser S. 139 f.

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> Siehe Hüttermann S. 79 ff. und Pülke S. 67. Daß die Demokraten aber auch im märkischen Industriegebiet Erfolge errangen, zeigt das Beispiel Iserlohn. Hier zählten von 44 Wahlmännern 36 zu den Demokraten. Allerdings siegte im gesamten Wahlkreis der Kandidat der Konstitutionellen. Siehe Nohl S. 10 und Schulte, Volk und Staat S. 290. Die gewählten Kandidaten ebd. S. 705 f. 80 Hüttermann S. 83.

<sup>81</sup> Die Demokraten hatten in diesen Wahlkreisen eine geschickte Wahlagitation betrieben und Wahlaufrufe herausgebracht, die sich direkt an die Bauern wandten: »Buer paß upp!« Siehe Schulte, Volk und Staat S. 289, das Flugblatt ebd. S. 307.

bei der politisch indifferenten Wählerschicht des Münsterlandes. Daß der Sieg der Demokraten jedoch als Sieg der unteren Schichten verstanden wurde, deutet ein Artikel des westfälischen Merkurs an, in dem es heißt: »Wir wissen ja, daß der Fehdehandschuh dem Bürgertum hingeworfen ist, allein dieses steht ungeschwächt da«<sup>82</sup>.

## Die Rolle der Arbeiter bei der Iserlohner Erhebung 1849

Die politische Entwicklung der Demokraten und die Verwirklichung ihrer sozialen Konzeption wurde nach der blutigen Erhebung im Mai 1849 durch den erneuten Sieg der preußischen Reaktion gewaltsam unterdrückt. Die Ereignisse vom Mai 1849 sind ein letzter Versuch, den immer deutlicher sich abzeichnenden Sieg der Reaktion aufzuhalten und die politische Entwicklung doch noch in Richtung auf einen demokratischen Staat hin zu beeinflussen. Diesen Versuch haben in Iserlohn vor allem die Arbeiter unterstützt. Ausgelöst wurde die Iserlohner Erhebung durch die Nachricht von der Einziehung der Landwehr. Die Demokraten, aber auch die anderen politischen Gruppen, die durch die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. tief enttäuscht waren, boykottierten die Einberufung mit dem Hinweis auf die Bestimmung, daß die Landwehr nur eingezogen werden dürfe, wenn ein Krieg ausgebrochen sei. Man vermutete allgemein, daß die Landwehr gegen die Aufständischen in Baden eingesetzt werden sollte. Noch bevor am 10. 5. 1849 die Landwehr im Iserlohner Zeughaus eingekleidet werden konnte, fand am 6.5.1849 eine Versammlung der Iserlohner Demokraten auf der Bellevue statt, in der die Vorstandsmitglieder des Demokratischen Vereins, der Schreiber Schomburg und der Uhrmacher Haarmann, erklärten, der König habe kein Recht, die Landwehr einzuberufen, denn es bedrohe kein äußerer Feind das Land. Die Wehrmänner sollten nur das verhaßte Ministerium stützen, deshalb dürfe keiner ihm, dem König, gehorchen<sup>88</sup>.

In Umrissen wird hier das politische Programm deutlich, das die Iserlohner Demokraten vertraten und das sie am 13. 5. 1849 in der Proklamation an die Bewohner Westfalens noch deutlicher artikulierten: die Entlassung des Ministeriums Brandenburg<sup>84</sup>. Inzwischen bemühte sich der Vorsitzende der Iserlohner Demokraten, Haarmann, um Kontakt mit den Demokraten in Elberfeld, der aber offensichtlich bis zur Niederschlagung des Aufstandes am 17. 5. 1849 nicht effektiv wurde<sup>85</sup>. Die Tage vor der Einberufung der Landwehr

<sup>82</sup> Zitiert nach Hüttermann S. 80.

<sup>83</sup> Siehe Köster S. 66.

<sup>84</sup> Ebd. S. 67.

<sup>85</sup> Ebd. Der Gedanke an ein Zusammengehen der Aufständischen im märkischen und bergischen Industriegebiet scheint den Iserlohner Sicherheitsausschuß während der gesamten Zeit seiner Tätigkeit beschäftigt zu haben. Er wurde vor allem durch die Hagener Demokraten genährt. Vom 13. Mai 1849 datiert ein Brief eines Hagener Arztes an Dr. Caspar Butz, der Mitglied des Iserlohner Sicherheitsausschusses war, in dem es heißt: »Wir können unsern großen Zweck nur erreichen, wenn wir die Insurrektion zunächst über ganz Rheinland und Westfalen zu ver-

verliefen in Iserlohn recht unruhig, vor allem die Arbeiter waren mobil. So zog am 9. 5. 1849 der Arbeiter Hermann Diedrich Halfmann mit einer roten Fahne, begleitet von einer Menge Menschen, in die Fabrik von Karl Eichelberg und forderte die Arbeiter auf, ihre Arbeit niederzulegen und mit ihm zu ziehen<sup>86</sup>. Wenn der Staatsanwalt Rudolf später die rote Fahne als »das allgemein bekannte Zeichen der roten Republik« interpretierte und auch der Landrat Schütte in seinem ersten Bericht an den Oberpräsidenten die rote Fahne auf einer Barrikade als politisches Programm deutete<sup>87</sup>, so lag den Arbeitern doch nichts ferner als die vom Staatsanwalt befürchtete »rote Republik«. Das Programm der Iserlohner Aufständischen, auch der Demokraten, war rein defensiv: durch den Widerstand der Landwehr wollten sie den König zwingen, das Ministerium Brandenburg zu entlassen und ein volkstümliches Kabinett einzusetzen, »dessen erste Handlung die unbedingte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung mit Einschluß des Wahlgesetzes

breiten suchen. Berg und Mark, wenn sie isoliert aufstehen, und sogar, wenn sie gemeinschaftlich handeln, werden leicht unterdrückt, da wir uns nicht verhehlen dürfen, daß es an einer einheitlichen Leitung fehlt.« Und im PS heißt es: »Soeben erhalten wir ein Schreiben des Sicherheitsausschusses in Elberfeld, wonach man dort ganz mit unseren Ideen sympathisiert und unzweifelhaft dieselben Bedingungen stellen wird, bis zu deren Erfüllung die Waffen nicht niedergelegt werden« (zitiert nach Köster S. 106 f.). Im selben Brief wird, trotz gemeinsamen Kampfes von Bourgeoisie und Arbeitern der Gegensatz zwischen beiden Klassen deutlich. Hier heißt es: »Die Iserlohner Bourgeois scheinen ihre Haut und ihre Häuser höher zu achten als ihre Ehre ... « Dieses Mißtrauen wurde während des Aufstands vereinzelt laut; aber der Gegensatz wurde nicht akut, weil »die unter Waffen stehenden Arbeiter« mit einer »Geldunterstützung« von seiten der wohlhabenden Bürger unterstützt wurden, die 2330 Taler betrug (ebd. S. 131). Vermutlich aufgrund des Briefes aus Hagen wandte sich der Iserlohner Sicherheitsausschuß an Anneke, den man in Elberfeld vermutete, mit der Bitte, die »Oberleitung der Operation« zu übernehmen. Da sich Anneke jedoch nicht in Elberfeld aufhielt, teilte der dortige Sicherheitsausschuß mit, Anneke sei nicht mehr in Elberfeld, die Iserlohner möchten sich um einen Kommandanten nach Köln wenden. Doch diese Verbindung kam nicht mehr zustande. Auch der Elberfelder Plan, die dortigen Freischaren mit den Iserlohnern zu vereinigen, diese dann in Eilmärschen nach Nassau zu werfen oder, wenn möglich, über den Rhein an die Grenzen der Rheinpfalz zur Vereinigung mit dem Pfälzer und Mainzer Revolutionsheer, konnte nicht mehr realisiert werden (s. Schulte, Volk und Staat S. 313). Direkte Verbindungen zu den Aufständischen in Baden haben vermutlich nicht bestanden. Sie konnten auch Tölcke nicht nachgewiesen werden, obwohl der Altenaer Landrat offensichtlich davon ausging (s. Köster S. 62). Auch der Brief des in Straßburg lebenden Friedrich Beesel an seinen Iserlohner Freund, den Uhrmacher Theodor Rombach, den Schulte, Iserlohn. Die Geschichte einer Stadt II, Iserlohn 1938, S. 689 zitiert und in dem es heißt: »Auch auf uns hier dürft ihr bauen, denn Baden, Württemberg, Baiern, Darmstadt und Nassau ist ganz gerüstet und steht wie ein Mann«, gibt nur die Meinung eines einzelnen wieder, die geäußert wurde, als in Iserlohn bereits alles vorbei war (18. 5. 1849). Der Brief erreichte deshalb seinen Adressaten nicht, sondern geriet in die Handakten des Staatanwalts Rudolf.

<sup>86</sup> Stda. Iserlohn, Akte E 11-647 (Akte des Staatsanwalts), Bl. 81 f. Der Bericht über seinen Prozeß in Wesel in: Wochenblatt für die Grafschaft Mark und Anzeigen-Blatt für den Kreis Iserlohn, Nr. 64 (31. 5. 1850).

<sup>87</sup> Sta. Ms. Landratsamt Iserlohn, Nr. 179, Bl. 37.

ist«88. Diesem Ziel diente auch der Zeughaussturm, den die Arbeiter am 10. 5. 1849 durchführten und der das eigentliche Fanal zum Aufstand war. Sie zwangen den Kommandanten, Major Barth, die Unteroffiziere und Landwehrmänner, die zur Einkleidung erschienen waren, zu entlassen. Gleichzeitig bemächtigten sie sich der Gewehre, »so daß die Zahl der Bewaffneten bis zu etwa 1500 anwuchs«. Der Zeughaussturm war quasi ein Überraschungsmanöver gewesen, man wußte selbst nicht, wie es danach weitergehen sollte, von einem geplanten Umsturzversuch oder gar einer gezielten Auseinandersetzung mit der Armee konnte keine Rede sein, auch wenn nach dem Zeughaussturm in Iserlohn die ersten Barrikaden errichtet wurden<sup>89</sup>. Auch von Anarchie war keineswegs etwas zu spüren, ja, der Demokratische Verein ging soweit, dem Bürgermeister Franz den Chef der Bürgerwehr, Alexander Löbbecke, für die Übernahme des Kommandos vorzuschlagen, um somit die Ordnung aufrechtzuerhalten, obgleich man von Löbbecke wußte, daß er alles andere als ein Demokrat war90. Magistrat und Stadtverordnete sandten noch am Nachmittage des 10. 5. 1849 eine Delegation nach Münster, »um nach dem Vorfall des Vormittags eine Amnestie für die Landwehr und alle, welche an den heutigen Ereignissen teilgenommen haben«, zu erwirken. Auch dabei machten die Demokraten mit, indem sie auf Vorschlag des Rechtsanwalts Schuchart das Mitglied des Demokratischen Vereins, den Fabrikarbeiter Clemens Vollmer, mitschickten91. Erst die Ablehnung dieses Gesuchs führte die Iserlohner zur offenen Revolte, nachdem auf einer Versammlung auf dem Marktplatz der Mendener Demokrat Dr. Bering erklärt hatte, »daß es sich nicht mehr um die Einkleidung der Landwehr, sondern um die deutsche Sache handele«. »Man dürfe deshalb die Waffen nicht eher niederlegen, als bis der

<sup>88</sup> Zitiert nach Köster S. 113. Daß es sich bei dieser Aktion um eine Spontanaktion der märkischen, vor allem der Iserlohner und Hagener Demokraten handelte, zeigt die Reaktion der übrigen Demokraten in Westfalen. Weder der Hammer noch der Bielefelder Arbeiterverein, der sich gerade erst gebildet hatte, schickten Hilfstruppen. In den Gestellungsorten Paderborn, Bielefeld, Soest und Warendorf blieb es bei bloßen Protestrufen wegen des Einsatzes gegen Deutsche. Siehe Schulte, Volk und Staat S. 310. »...im übrigen herrschte in Bielefeld süße Ruhe, und es ist kein weiterer Exzeß vorgekommen«, meldete ein Offizier (zitiert nach ebd. S. 726). Erst am 18. 5. 1849 meldete Rempels Zeitung Der Volksfreund«: »Der Augenblick (ist) nicht mehr fern..., wo auch hier das Volk sich gegen den Grafen Brandenburg erklärt« (ebd. S. 7).

Grafen Brandenburg erklärt« (ebd. S. 7).

89 Schulte, Volk und Staat S. 728 behauptet zwar, »daß bei den Aufständischen die Arbeiterschaft anfänglich nicht nennenswert vertreten war«. Beim Sturm auf das Zeug- und Rathaus wurde noch in den meisten Fabriken gearbeitet«, doch widersprechen dieser Feststellung die Tatsachen. Von den 18 Angeklagten, die sich wegen des Sturms auf das Zeughaus vor Gericht verantworten mußten, waren 14 Fabrikarbeiter, die übrigen 4 Handwerker. Stda. Iserlohn, Akte E 11–647 und Berichte über den Prozeß gegen die Iserlohner Mai-Angeklagten in Wesel, in: Wochenblatt für die Grafschaft Mark..., Nr. 61 (24. 5. 1850), Nr. 62 (26. 5. 1850), Nr. 63 (29. 5. 1850). Ablehnend gegenüber dem Aufstand verhielten sich allerdings die Iserlohner Bergarbeiter. Siehe Otto Hue, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, 2 Bde., Stuttgart 1913, II S. 23 f.

<sup>Siehe Köster S. 77.
Zu Schuchart siehe Schulte, Iserlohn I S. 275.</sup> 

König die von der Nationalversammlung in Frankfurt/Main beschlossene Reichsverfassung anerkannt und das Ministerium Brandenburg-Manteuffel entlassen habe«, ergänzte der Hagener Demokrat Caspar Butz<sup>92</sup>. Diese Meinung wurde zum politischen Programm des »Sicherheitsausschusses«, dem neben den Hagener Demokraten Butz, Riepe und Post und dem Mendener Arzt Dr. Bering, neben Schuchart, Florschütz und dem Fabrikanten Schmöle die Iserlohner Demokraten Clemens Vollmer, Sülberg und Welte angehörten. Am 13. 5. 1849 kamen noch der Lehrer Fromme, der Schreiber Schomburg dazu, die ebenfalls zum Demokratischen Verein gehörten<sup>93</sup>. Obgleich damit die Herrschaft über die Stadt in den Händen der Demokraten lag, weist nichts auf eine Radikalisierung hin, wie es die Gegner den Demokraten immer wieder nachsagten. Im Gegenteil, als die Position der Iserlohner gegenüber der Übermacht der preußischen Soldaten immer schlechter wurde, sprachen sich Welte und Vollmer für die Niederlegung der Waffen aus<sup>94</sup>. Sie wollten ein Blutvergießen verhindern, nachdem der Funke von Iserlohn nicht auf die anderen Städte übergesprungen war und die allgemeine Erhebung im märkisch-bergischen Industriegebiet ausgeblieben war. Ähnliches mochte auch C. W. Tölcke in Altena empfunden haben, der die Altenaer keineswegs zum Aufruhr anstachelte, sondern versuchte, sie aus der Sache herauszuhalten und deshalb von Gewalttätigkeiten abriet95.

<sup>92</sup> Siehe Köster S. 83 f.

<sup>&</sup>lt;sup>93</sup> Am 13. 5. 1840 wurde der sog. 2. Sicherheitsausschuß gebildet. Vollmer und Sülberg waren Fabrikarbeiter, Welte war Schuster, Fromme Lehrer an der höheren Stadtschule und Schomburg Privatsekretär.

<sup>94</sup> Stda. Iserlohn, Akte E 11-647, El. 45.

<sup>95</sup> Tölckes Verhalten während des Aufruhrs von 1849 ist alles andere als revolutionär. Am 9. 5. 1849 war er zum Vizepräsidenten und Protokollführer der Lüdenscheider Landwehrversammlung gewählt worden. Die Einberufung der Landwehr zu diesem Zeitpunkt hielt er für ungesetzlich. Am 10. 5. 1849 besuchte er auf das Gerücht von der Erstürmung des Zeughauses hin Iserlohn, wo er zweimal das Angebot erhielt, die Volksversammlung zu führen. In der Volksversammlung sprach er sich für Ruhe und Ordnung aus (Angaben der Zeugen von Heede und Droische). Seine Bemerkung, »nicht vom gesetzlichen Wege abzugehen«, verrät das Rechtsgefühlt des Justizbeamten, der seine politischen Forderungen auf dem rechtlichen, nicht aber auf dem revolutionären Wege durchzusetzen versucht. Mit taktischer Raffinesse, die er auch später als Generalsekretär des ADAV immer wieder zeigte, hielt er in den folgenden Tagen die Altenaer aus der Iserlohner Erhebung heraus. Am 13. 5. 1849 rückte ein Trupp bewaffneter Iserlohner (40 Mann) nach Altena und forderte den Bürgermeister Trompetter auf, »der Erhebung und Bewaffnung der dortigen Bürger für die deutsche Sache, für die wir zu siegen oder zu sterben entschlossen sind, (nicht) Hindernisse in den Weg« zu legen. Um die Iserlohner hinzuhalten, setzten Tölcke und »der erwählte Ausschuß abends um 8.30 Uhr ein Schreiben an das Iserlohner Komitee auf, in dem sie mitteilten, daß der Bürgermeister die vorhandenen Gewehre an Personen verteilt habe, »die nichts weniger als gesonnen sind, sich an dem Kampfe für Freiheit und Recht zu beteiligen. Wir schließen daraus, daß unser Magistrat hier eine Konter-Revolution organisieren will.« Der Ausschuß forderte, »sofort ein Commando von womöglich 60 Mann unter einem sachkundigen Führer hierher abzuordnen«. Caspar Butz antwortete daraufhin am 14. 5. 1849 aus Iserlohn: »Mit Estafette senden wir Ihnen die Nachricht, daß in Folge Ihres Briefes heute noch (bis 2 Uhr) ein Commando von 60 Mann hier nach dort abgeht, um die

Unterdrückung der politischen Aktivität der Arbeiter in der reaktionären Phase nach 1850

Die Besetzung der Stadt durch die Armee am blutigen Himmelfahrtstage von 1849 schränkte nicht nur die Agitationsmöglichkeiten der demokratischen Bewegung in Iserlohn, sondern in ganz Westfalen ein<sup>96</sup>. Eine der ersten Verordnungen des Kommandierenden Generals bestand darin, alle politischen Vereine zu verbieten<sup>97</sup>. Engels Urteil über die Rolle der Arbeiterklasse in der Erhebung von 1849 trifft für die Iserlohner Arbeiter nicht unbedingt zu. Das Ziel einer »politischen Herrschaft« und »sozialen Revolution« lag für sie noch zu fern, als daß man die Erhebung als einen Meilenstein auf dem Weg dahin aufgefaßt hätte<sup>98</sup>. Doch glaubte auch ein im Grunde konservativer Beobachter der Situation, nämlich Albert Florschütz, daß hinter der Erhebung der Arbeiter auch soziale Motive zu suchen seien<sup>99</sup>. Friedrich Schwenniger, der noch am 22. 5. 1849 in der »Verbrüderung« schrieb: »Ganz Rheinland und sogar die treue Mark Westphalen ist im offenen Aufstande gegen die Kompagnie Manteuffel, das Volk erklärt, nur der Nationalversammlung in Frankfurt gehorchen zu wollen«, wird dem Phänomen noch am ehesten gerecht<sup>100</sup>. In letzter Minute versuchten die Arbeiter in Iserlohn, sich gegen die neue Reaktion zu wehren.

Trotz des Scheiterns sind die Ereignisse der Jahre 1848/9 von größter Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Westfalen. Manches aus der Entwicklung der SPD in Westfalen scheint hier vorweggenommen.

Gewehre und den Zuzug zu requiriren. Handeln Sie damit im Interesse unserer Sache und senden Sie uns bedeutenden bewaffneten Zuzug.« Tölcke antwortete daraufhin Butz am selben Tag, »...daß aber 60 Mann zur Ausführung des angedeuteten Planes keineswegs hinreichen, zumal wir gar nicht wissen, ob überhaupt und ein wie starker Zuzug von Lüdenscheid stattfinden wird. Die weiteren Maßregeln müssen wir daher dem Ausschusse anheimstellen und haben den Boten beauftragt, das Commando vorläufig wieder dorthin zurückzuführen.« Tölcke hatte recht, wenn er später dem Staatsanwalt erklärte: »Er habe den Iserlohnern von Gewalttätigkeiten (in Altena) abgeraten; da sie aber nicht zu beschwichtigen gewesen seien, und darauf mehr Succurs von Iserlohn zu befürchten gestanden, sei der demokratisch-konstitutionelle Verein zu dem Beschlusse zusammengetreten, durch den Schein der Mitinsurrection jene 40 Mann zu beruhigen. ... Hätte er ... sein Schreiben ad 1 (gemeint ist das Schreiben vom 13. 5. an die Iserlohner) nicht so entschieden gefaßt, so würden jene 40 Mann sich nicht beruhigt haben.« In der Volksversammlung vom 15. 5. 1849 in Altena schlug Tölcke deshalb vor, »daß man sich anscheinend den Iserlohnern anschließen möge«. Dabei blieb es. Trotzdem wurde Tölcke seit dem 21. 5. 1849 wegen »Teilnahme an dem Aufruhre« steckbrieflich verfolgt. Er stellte sich am 14. 8. 1849 der richterlichen Behörde. Tölcke war also keineswegs ein radikaler Demokrat. Zitate nach Köster S. 183 f. und Stda. Iserlohn. Akte E 11–647, Bl. 96–101 (Anklageschrift).

<sup>&</sup>lt;sup>96</sup> Über die Ereignisse am Himmelfahrtstag 1849 in Iserlohn siehe Nohl S. 18 f.; Schulte, Iserlohn I S. 287 ff.; derselbe, Volk und Staat S. 315 f.

<sup>97</sup> Siehe Köster S. 146.

<sup>98</sup> Friedrich Engels, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Iring Fetscher (Hrsg.): Karl Marx / Friedrich Engels: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1969, S. 163.

 <sup>99</sup> Ebd. S. 98.
 100 Zitiert nach Quarck S. 284.

Die Lovalität zum Staat, die später von den westfälischen Lassalleanern vertreten wird, hat hier ihre Wurzeln. Trotz der Erhebung von 1849 wünschten sich die Arbeiter, auch die im Hammer Arbeiterverein, keineswegs den radikalen Umsturz, sondern eine allmähliche Entwicklung zur Demokratie in den Bahnen des Gesetzes. Der Einfluß von Marx und Engels ist in Westfalen unbedeutend, dort wo über Weydemeyer und Anneke ein Kontakt zu westfälischen Arbeitern bestand - in Hamm -, kommt es weder zur Rezeption des Marxismus noch zu einer revolutionären Erhebung im Mai 1849. Entscheidend für die Anfänge der SPD in Westfalen ist die Tradition der Arbeiterbewegung im märkischen und Bielefelder Industriegebiet. Sie knüpft an an die gemäßigte Richtung der Iserlohner und Altenaer Demokraten unter Tölcke und die »sozialistische« Tradition des Bielefelder »Volksfreundes« unter Rempel. Zum erstenmal hatte ein Teil der Arbeiter in den demokratischen Vereinen seine politische Bedeutung erkannt und seine politischen und sozialen Vorstellungen, wenn auch in vager Form, artikuliert. Zum erstenmal hatte sich dieser Teil der Arbeiter gegen den reaktionären Staat, aber auch gegen die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Bourgeoisie durchzusetzen versucht. Der Prozeß, der den Aufständischen von Iserlohn in Wesel gemacht wurde, ließ unter den Arbeitern das Gefühl aufkommen, daß sie allein die Zeche für die Erhebung zahlen müßten, wie Tölcke 25 Jahre später in einem Artikel des »Volksstaat« bestätigte101. Aber gerade dieser Prozeß und die Verurteilung der Arbeiter stärkten das Solidaritätsgefühl erheblich. Von den 80 Beschuldigten, gegen die zunächst ermittelt wurde, waren 61 aus Iserlohn. Von diesen waren 39 Fabrikarbeiter und 13 Handwerker. Nur die wenigsten Angeklagten gehörten dem gehobenen Bürgertum (4 Kaufleute bzw. Fabrikanten) und den intellektuellen Berufen (1 Auskultator, 1 Rechtsanwalt, 1 Lehrer) an. Gegen 67 Personen wurde Anklage wegen »Aufruhrs« erhoben, 11 wurden für schuldig befunden und mit einer Zuchthausstrafe bis zu 2 Jahren belegt. Die übrigen 56 wurden freigesprochen. In seinem Bericht hebt Tölcke hervor: »Die elf Verurtheilten, meist ›Zeughausstürmer« - waren sämtlich Arbeiter.« Schon damals mag der Arbeiterschaft die Erkenntnis gekommen sein, daß die eigene Emanzipation nicht mit dem Bürgertum, sondern gegen das Bürgertum zu erreichen war. All diese Momente werden 15 Jahre später unter den westfälischen Lassalleanern wieder lebendig. Dazwischen liegen 15 Jahre einer reaktionären Politik, die vor allem versuchte, die demokratische Bewegung des Proletariats zu unterdrücken. Es stellt sich deshalb die Frage, inwieweit dennoch eine Kontinuität zwischen den demokratischen Vereinen von 1848/9 und den ersten Gemeinden des ADAV in Westfalen besteht. Trotz aller Unterdrückung nach 1849 blieb ein Teil der Arbeiterschaft der demokratischen Bewegung treu<sup>102</sup>. Ihre Solidarität

<sup>101</sup> Nr. 98 (23. 8. 1876).

Die Regierung, der das Zusammengehen von Demokraten und Sozialisten bekannt war, vermutete dasselbe auch in den westlichen Provinzen. In einem Schreiben des Regierungspräsidenten von Arnsberg vom 24. 6. 1850 heißt es: »Es ist in Frage gekommen, ob nicht auch in dem diesseitigen Bezirke Verbindungen sozialistischer-politischer Tendenz unter den arbeitenden Klassen bestehen, ähn-

bewiesen die Arbeiter in den Geldsammlungen für die politischen Flüchtlinge in der Schweiz, vor allem aber für die Familie von Tölcke, der noch in Wesel gefangengehalten wurde. Die »Groschensammlungen für Volksmänner«, die wegen ihrer demokratischen Gesinnung von der Reaktionspartei im Lande verfolgt wurden, fanden vor allem im Kreis Altena, aber auch in Münster statt. Im Kreis Iserlohn führten der Fabrikmeister Gösser und der Graveur Türk<sup>103</sup> sogenannte »Fabrikengeldsammlungen« durch »unter dem Vorgeben . . ., mit dem Gelde die dortigen politischen Gefangenen zu unterstützen«. In dem Bericht des Oberpräsidenten an den Innenminister von Manteuffel vom 17. 4. 1850 heißt es: »Dem Gerücht nach haben die neuen Sammlungen insbesondere den Zweck, dadurch die Verteidigung zweier Gefangenen zu bewirken«104. Der Oberpräsident vermutete, daß die »Partei (gemeint sind die Demokraten) laufend Beiträge leistet«. Auch in Hohenlimburg fanden 1850 solche Sammlungen für die Iserlohner und Elberfelder Aufständischen statt, desgleichen in den Kreisen Bielefeld und Wiedenbrück und auch in Paderborn<sup>105</sup>. Die Behörden waren 1850 davon überzeugt, daß die Demokraten unter den Fabrikarbeitern noch immer Anhang besaßen, obgleich »die unmittelbare Agitation der Demokraten aufgehört hatte, die Führer teils flüchtig oder verhaftet, teils entmutigt, die demokratischen Clubs eingegangen waren, auch bei dem guten Zustand der Fabriken die arbeitende Klasse weniger geneigt war, den Einflüsterungen der Verführer Gehör zu geben«106. Vor allem glaubte man, daß »besonders durch die radikale Presse versucht worden (sei), auf die Stimmung der Massen für etwaige spätere Gelegenheiten einzuwirken«. Eine große Anzahl schlechter Blätter werde unter den Arbeitern verbreitet und begierig gelesen<sup>107</sup>. Hierbei dachte der Oberpräsident vor allem an den in Lüdenscheid redigierten und bei Butz in Hagen gedruckten >Volksfreund, den der Landrat von Altena, von Holtzbrinck, in seiner Tendenz für »geradezu verbrecherisch« hielt108. Dieselbe demokratische Tendenz vertrat der 1849 und 1850 von Rempel herausgegebene ›Volks-

In Bielefeld hatte sich als Reaktion auf die Ereignisse in Berlin Anfang Mai 1849 der Demokratische Verein aufgelöst und nach »Ausschluß aller der demokratischen, sozialen Richtung nicht entschieden angehörenden Elemente«

lich den Arbeiter-Vereinen, welche unter diesem Namen oder unter speziellen Bezeichnungen wie Guttenbergbund... in verschiedenen Orten der östlichen Provinzen... bisher registriert und auf die monarchisch-politische Stimmung der arbeitenden Bevölkerung den nachteiligsten Einfluß geübt hatten...« Sta. Ms. Kreis Hamm (Unna) AI, Nr. 452, Bl. 90.

103 H. Türk stand am 22. 5. 1850 selbst in Wesel unter Anklage, »gleich nach Er-

<sup>103</sup> H. Türk stand am 22. 5. 1850 selbst in Wesel unter Anklage, »gleich nach Erstürmung des Zeughauses als Führer einer Abteilung Iserlohner Schützen Streifzüge in die Umgebung gemacht zu haben«. Wochenblatt für die Grafschaft Mark ... Nr. 64 (31. 5. 1850).

Mark . . . Nr. 64 (31. 5. 1850).

104 Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2692, Bl. 13.
105 Siehe *Schulte*, Volk und Staat S. 741 f.

<sup>106</sup> So der Oberpräsident von Münster an den Innenminister von Manteuffel. Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2692, Bl. 13.

<sup>107</sup> Ebd. 108 Siehe Schulte, Volk und Staat S. 741.

als »Arbeiterverein« neu konstituiert. Das »erwählte Comitee« forderte am 3. 5. 1849 im »Offentlichen Anzeiger der Grafschaft Ravensberg« alle »Sozialdemokraten« auf, sich zur Bildung des Arbeitervereins am 4. 5. 1849 zu versammeln. Das Programm dieser ersten »Sozialdemokraten«, die es in Westfalen gab, war recht vage, aber es dokumentierte den Willen, als Ziel der politischen Veränderung die Lösung der sozialen Fragen anzusehen. Damit ging man weit über das Ziel der meisten Demokraten hinaus, die nur eine politische Veränderung anstrebten<sup>109</sup>. Rudolf Rempel hat diese Entwicklung vermutlich nicht beeinflußt, da er zu dieser Zeit im Exil in Paris lebte. Aber auch er betonte nach seiner Rückkehr aus Paris unter den Bielefelder Demokraten die »sozialistische« Richtung. Seinem »Volksfreund« bestätigte man, daß es »das einzige Blatt in der Provinz (sei), welches mit äußerster Entschiedenheit und Konsequenz die sozialen Demokraten vertritt«110. Der >Volksfreund« rückte sogar so weit nach links, daß er am 24. 5. 1850 die westfälischen Demokraten Waldeck, Temme und Grün angriff und sie nicht mehr als »Parteigenossen«, sondern als Gegner bezeichnete<sup>111</sup>.

Erst die neue Fassung des Pressegesetztes vom 12. 5. 1851, die die Pressezensur wieder einführte, machte die demokratische und sozialistische Tendenz des Blattes unmöglich. Das ebenfalls neu eingeführte Vereinsgesetz vom 11. 3. 1850 entzog der demokratischen Bewegung ihre organisatorische Basis und unterdrückte die politische Tätigkeit der Demokraten, vermutlich auch die des Bielefelder Arbeitervereins, der noch bis 1850 Kontakt mit dem Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung in Leipzig hatte<sup>112</sup>. Bereits vor der Einführung des neuen Vereinsgesetzes tarnten sich die demokratischen Vereinigungen und traten »in Form kleiner Gesellschaften« auf<sup>113</sup>. Gegen die politische Entwicklung in Preußen, vor allem gegen die Einführung des Dreiklassenwahlrechts (30. 5. 1849), protestierten sie durch Wahlboykott, zu dem sie sich auf einer Tagung in Recklinghausen am 17. 6. 1849 entschlossen hatten. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die »schlechte Stellung«, die der Arbeiter durch dieses Gesetz erhielt114. Der >Volksfreund betonte am 29. 6. 1849: »Nach dem uns aufgedrungenen Wahlgesetze wählt nicht der Mensch, sondern nur der Geldbeutel, und zwar nicht der Geldbeutel des Arbeiters, sondern nur der gespickte Geldbeutel der Bourgeoisie und der großen Grundbesitzer«115. Und noch eine weitere Entwicklung befürchtete der Volksfreund, die später, vor allem während der Gründerzeit, dann tatsächlich eintrat: den Wahlterror, den die Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern ausüben konnte. Die Demokraten hatten mit ihrem Boykott Erfolg. Die Wahlbeteiligung war äußerst gering, aber damit hatte die Reaktion auch

110 Siehe Schulte, Volk und Staat S. 326.

<sup>100</sup> Das Programm bei Schulte, Volk und Staat S. 626. Gefordert wurden »Erstrebung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger und damit eines menschlichen Zustandes für die arbeitende Klasse«.

<sup>111</sup> Ebd. S. 748.

<sup>112</sup> Siehe Balser I S. 206 f.

<sup>Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2692, Bl. 14.
Siehe Schulte, Volk und Staat S. 325.</sup> 

<sup>&</sup>lt;sup>115</sup> Zitiert nach Schulte, Volk und Staat S. 746.

im Abgeordnetenhaus gesiegt. Durch das Gesetz von 1850 wurde eine politische Agitation der Demokraten, vor allem der Arbeiter, fast unmöglich gemacht. Der Arbeiterverein in Hamm hatte offensichtlich die Unterdrückung durch die preußischen Behörden nach dem 17. 5. 1849 überstanden, mußte sich aber nach Inkrafttreten des Vereinsgesetzes als Arbeitergesangverein tarnen<sup>116</sup>. Seine demokratische Tradition erhielt er aufrecht. Das wurde deutlich, als er dem Demokraten Waldeck, als dieser sich wegen seines Prozesses in Hamm aufhalten mußte, am 11. 8. 1850 abends ein Ständchen brachte<sup>117</sup>.

Aber auch diese Tarnorganisationen standen unter ständiger Kontrolle der Staatsbehörden, die vor allem darauf achteten, daß sich nicht mehrere Arbeitervereine gleichen Typs zu einer Assoziation zusammenschlossen oder aber über die Grenzen Westfalens hinaus sich einer größeren Organisation anschlossen<sup>118</sup>. Das galt vor allem für die Zigarrenarbeiter, die einen der

<sup>117</sup> Wochenblatt für die Stadt und den Kreis Hamm, Nr. 24 (23. 3. 1850).

Auf Schwennigers Verhaftung hin schrieb der Hammer Arbeiterverein am 1. 7. 1849 einen Brief an das Zentralkomitee der Arbeiterverbrüderung, in dem er Sch. als »braven Vertreter des Arbeiterstandes«, als »Verteidiger der allgemeinen Menschenrechte« und als »Kämpen« lobte und gleichzeitig bedauerte, daß sich der Arbeiterverein nur kurz des persönlichen Umgangs mit Sch. zu erfreuen gehabt habe. Siehe Balser I S. 161.

<sup>118</sup> Den Behörden, die äußerst kritisch alle demokratischen Regungen registrierten und, was »die Gefahr der Demokratie« betraf, fast hysterisch reagierten, war generell das Täuschungsmanöver nicht verborgen geblieben. In einem Schreiben des Innenministers an den Oberpräsidenten von Münster vom 16. 2. 1851 heißt es: »Es ist zur Anzeige gekommen, daß der rechtlich aufgelöste, faktisch bestehende hiesige (in Berlin) Handwerkerverein, der hiesige Lokal-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen und der hiesige Gesundheits- und Pflegeverein, deren Leiter fast sämtlich der entschieden demokratischen Richtung angehören, nicht nur hier in Berlin die Mitglieder im Stillen für die demokratischen Ideen bearbeiten, sondern auch nach außen hin zu wirken suchen, und namentlich in Trier, Köln, Düsseldorf, Münster, Elberfeld, Magdeburg, Liegnitz, Stettin, Elbing und Königsberg Zweigfractionen errichtet haben sollen . . . « Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2691, Bl. 12. Auch der Regierungsvizepräsident von Münster betonte am 20. 3. 1851 in einem Schreiben an alle Landräte: "Nach einer mir zugegangenen Eröffnung liegt es ... im Plan der Umsturzpartei, ihren Ideen und Plänen dadurch Eingang zu verschaffen, daß sie Vereine für einen gesetzlich erlaubten Zweck, wie Wohltätigkeits-, Unterhaltungs-, Musikvereine usw. gründen, deren Leitung Personen ihrer Partei in die Hände zu spielen und auf die Mitglieder solcher Vereine in destructivem Sinne einzuwirken suchen" (ebd. Bl. 30 f.). Doch war weder dem Bürgermeister von Münster (ebd. Bl. 38), noch dem Regierungspräsidenten von Arnsberg und Minden von Tarnverbänden dieser Art etwas bekannt (ebd. Bl. 48). Auch der Hammer Arbeitergesangverein war ihnen politisch nicht verdächtig. Zu den Vereinen, die in seinem Regierungsbezirk »socialistische Tendenzen« verfolgten, zählte der Regierungspräsident von Arnsberg den in Lippstadt der Association der Cigarrenmacher in Deutschland angehörenden Cigarrenmacher-Verein, der sich aber seit Auflösung der Bronschen Tabakfabrik in Lippstadt fast gänzlich aufgelöst hatte und dessen Mitgliederzahl von 45 auf 7 gesunken war. Ferner rechnete er dazu den seit 1849 in Rüthen bestehenden sog. Handwerker-Verein, der »durch Teilnahme von Nicht-Handwerkern der republikanischen und communistischen Partei auf Verfolgung von politischen Bestrebungen schließen« ließ (ebd. Bl. 91 f.). Zur Aufdeckung demokratischer »Umtriebe« wurde auch die Geistlichkeit herangezogen (ebd. Bl. 44).

bestorganisierten Verbände bildeten, der sich im Frühjahr 1850 der Arbeiterverbrüderung anschloß<sup>119</sup>. Der Regierungspräsident von Minden vermutete deshalb in einem Schreiben vom 4. 10. 1851 an den Oberpräsidenten in bezug auf die Zigarrenarbeitervereine in seinem Regierungsbezirk, »daß diese Unterstützungsvereine der Arbeiter, wo sie Teil einer so umfassenden Organisation sind, vorzugsweise den Zwecke haben, für die Zukunft den Mittelpunkt revolutionärer Verbindungen zu bilden«. Er schlug deshalb die Trennung der westfälischen Zigarrenarbeiter von der »Central-Association« in Düsseldorf vor<sup>120</sup>. Die Zigarrenarbeiter Westfalens waren offensichtlich nicht der einzige Arbeiterverein Westfalens, der Kontakt zur Arbeiterverbrüderung hatte, in der nach wie vor Franz Schwenniger aus Hamm als Herausgeber des Vereinsorgans »einer der bedeutendsten Arbeiterführer« war. 1850 bestand noch ein Kontakt des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung in Leipzig mit den Arbeitervereinen in Bielefeld und Hamm, obgleich der Arbeiterverein Hamm keinen Beitragsanteil leistete wegen der verbreiteten Arbeitslosigkeit und der »Arbeitsentziehung von der reactionären Parthei und dieß ist hier fast die ganze arbeitende Classe«, wie der Hammer Arbeiterverein am 3. 4. 1849 dem Zentralkomitee in Leipzig mitteilte<sup>121</sup>. Offensichtlich waren in Hamm die Repressalien von seiten der Bourgeoisie auf die Arbeiter sehr stark, so daß eine Tarnung als Arbeitergesangverein gar nicht so sehr wegen der Behörden als vielmehr wegen der Hammer Unternehmer nötig wurde. In einem Schreiben vom 3. 7. 1850 teilte der Landrat von Hamm, Freiherr von Vincke, dem Regierungspräsidenten in Arnsberg mit, daß der Hammer Arbeiterverein, der eine »sozialistischepolitische Tendenz« verfolgt habe, »schon seit langer Zeit aufgehört« habe122. Die westfälischen Arbeitervereine hatten demnach noch vor Auflösung der Arbeiterverbrüderung im Jahre 1854 aufgehört zu existieren.

So stellt sich die Kontinuität zwischen der demokratischen und sozialen Tradition der Revolutionsjahre 1848/9 und dem ADAV in Westfalen nicht durch eine feste Organisation her, sondern durch einzelne Persönlichkeiten bzw. Gruppen. Dabei überrascht, daß die Demokraten, die in Westfalen bereits vor 1848 sich für den Sozialismus engagiert hatten, so der Rhedaer Kreis, soweit sie nicht aus Westfalen geflohen oder weggezogen waren, Anfang der 60er Jahre der Arbeiterbewegung den Rücken kehrten und sich den Liberalen anschlossen<sup>123</sup>. Rempel, der noch zu Beginn der 50er Jahre als

120 Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2692, Bl. 159 f.

<sup>119</sup> Siehe Balser I S. 174.

<sup>&</sup>lt;sup>121</sup> Zitiert nach Balser I S. 206 f. Der Arbeiterverein Hamm zählte im April 1849 noch 300 Mitglieder.

<sup>122</sup> Sta. Ms. Kreis Hamm (Unna) AI, Nr. 452, Bl. 90.

Außer für Rempel gilt das auch für Lüning, der sich den Nationalliberalen anschloß und für Friedrich Kapp, der nationalliberaler Reichstagsabgeordneter wurde. Besonders extrem ist die Entwicklung des ehemaligen Dortmunder Demokraten Hermann Becker (»der rote Becker«), der 1848 mit Marx in Köln an der Spitze der demokratischen Bewegung gestanden hatte und nach einem politischen Prozeß zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt worden war, die er auch bis 1857 in Weichselmünde absaß, schließlich jedoch 1870 Oberbürgermeister von Dortmund

Herausgeber des >Volksfreund die soziale Demokratie propagiert hatte, schloß sich den genossenschaftlichen Bestrebungen von Schulze-Delitzsch an und bekämpste schließlich Lassalle<sup>124</sup>. Es gelang ihm dabei, auch die Arbeiter für die Fortschrittspartei zu gewinnen und sie im liberalen Bildungsverein zu sammeln<sup>125</sup>. Aber dennoch ging die Idee der Sozialdemokratie auch in Bielefeld nicht unter. Sie lebte wieder auf, als am 14, 5, 1863 Arbeiter der Fabrik Calow sich von Rempels Arbeiterbildungsverein lossagten und den Lassalleanern anschlossen. Der gleiche Vorgang vollzog sich noch einmal 1869, als sich eine Gruppe Bielefelder Arbeiter, wiederum nach einer Auseinandersetzung mit den Liberalen, den Eisenachern anschloß<sup>126</sup>. So stellten C. W. Tölcke und die Arbeiter in Bielefeld gleichsam als einzige in Westfalen die Kontinuität zwischen den Demokraten von 1848/9 und der SPD dar. Nach seinem Freispruch in Wesel war Tölcke nach Iserlohn gezogen und hatte hier durch »Schriftstellerei« und als »Winkeladvokat« (vor allem für Arbeiter) sich durchgeschlagen. Dieser Kontakt machte ihn noch stärker als in seiner Altenaer Zeit mit der sozialen Frage vertraut. Rückblickend erkannte er die Fehler der Revolution von 1848/9. »Das ›Volk‹, besonders das deutsche Spießbürgertum vergeudete und verpaßte die rechte Zeit durch politische Kannegießereien in Bierkneipen und Clubs und durch Krähwinkler Landsturmmanöver in der unschuldigen Bürgerwehr. Als die deutsche Nationalversammlung nach fast einjährigem Reden und Beraten endlich die Reichsverfassung fertig hatte – da war es zu spät. Überall war die Reaction inzwischen erstarkt und überall wurden die einzelnen, zugunsten der Reichsverfassung und des Parlaments ohne Plan und Gesamtorganisation unternommenen Aufstände mit Blut und Eisen unterdrückt«. Trotz dieser Erfahrung bildeten sich wieder neue Parteien, die auch den Arbeiter für sich zu gewinnen suchten. Den einzigen Ausweg aus der Misere aber brachte nach Tölcke nicht die Fortschrittspartei, sondern Lassalle<sup>127</sup>. Tölcke hat Lassalle offensichtlich nicht persönlich, sondern dessen Sozialismus durch die Lektüre seiner Schriften kennengelernt, die er ausgiebig studiert hatte, wie seine ersten Reden im ADAV (1864) beweisen. Mit der Gründung der ersten ADAV-Gemeinden erhielten die Arbeiter erneut eine politische Organisationsform, nachdem der erste Versuch eines Zusammenschlusses durch die Reaktion

und 1875 Oberbürgermeister von Köln wurde. Tölcke schrieb über ihn im ›Volks-staat‹ Nr. 98 (23. 8. 1876): »Liberale oder fortschrittliche Gesinnungstüchtigkeit versorgt immer ihren Mann. Ist doch sogar der ›rothe Communist‹ Becker jetzt Oberbürgermeister in Köln! Erst blutroth, dann politisch-roth, dann blau, dann violett und schließlich sogar aschgrau, – ein prächtiges Exemplar von Chamäleon für den zoologischen Garten in Köln.«

<sup>124</sup> Siehe Schulte, Volk und Staat S. 626.

<sup>&</sup>lt;sup>125</sup> Siehe Wolfgang Hofmann, Die Bielefelder Stadtverordneten, Lübeck und Hamburg 1964, S. 57.

<sup>&</sup>lt;sup>126</sup> Ebd. S. 69. Die Mitglieder der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) wurden allgemein als Eisenacher bezeichnet.

<sup>127</sup> So im Socialdemokrat, Nr. 166 (20. 10. 1866). Tölcke hat seine Entwicklung zum Sozialisten in einer Schrift dargestellt: Riesenschwung eines alten Demokraten aus dem preußischen Beamtentum ins deutsche Proletariat. 1864.

zerschlagen worden war. Der ADAV konnte in Bielefeld, Hagen und Iserlohn an diese Tradition anknüpfen.

II

Die Gründung der ersten ADAV-Gemeinden in Westfalen

Kurz vor seinem Tode (31. 8. 1864) unternahm Lassalle eine Agitationsreise durch das bergische Industriegebiet (12.-23. 5. 1864) und gewann eine große Gruppe Arbeiter für den ADAV. So entstanden im Rheinland noch zu Lassalles Lebzeiten aktive ADAV-Gemeinden, vor allem im Wuppertaler Raum<sup>128</sup>. In den westfälischen Industriegebieten verlief die Entwicklung langsamer. Zwar zählte Lassalle die Gemeinde Altena als existente ADAV-Gemeinde, aber der dortige Bevollmächtigte, der Maschinenfakrikant Gustav Furthmann, der am 26. 5. 1863 mit dem Vorsitz beauftragt worden war, entfaltete keine Aktivität für den ADAV und teilte Lassalle mit, »daß in Altena keine Aussicht für Gewinnung von Mitgliedern bestehe«129. Offensichtlich bestand schon zu Lassalles Lebzeiten der Plan, die Arbeiter in dem sich langsam entwickelnden Ruhrgebiet für den ADAV zu gewinnen. Am 17. 10. 1863 übernahm der Musiker Eduard Ranfft die Stelle eines Bevollmächtigten für Dortmund, nachdem bereits zwei andere Kandidaten abgelehnt hatten. Obgleich auch der Barmer Bevollmächtigte Mann in Dortmund agitierte, kam es zunächst nicht zur Gründung einer Gemeinde, und so wurde Dortmund beim Sekretariatswechsel (9. 2. 1864) als »Ort mit Bevollmächtigten ohne Gemeinde« geführt<sup>130</sup>. Während in Altena und Dortmund gleichsam auf Befehl von oben ADAV-Gemeinden gegründet werden sollten und nicht Vertreter des Proletariats als Bevollmächtigte bestellt wurden, ging in Bielefeld die Initiative zur Gründung einer selbständigen politischen Arbeitergruppe von den Arbeitern selbst aus. Offensichtlich wurden sie zu diesem Schritt veranlaßt, weil der alte Bielefelder Demokrat und Sozialist Rudolf Rempel, der aufgrund seiner bisherigen sozialpolitischen Einstellung

<sup>128</sup> Siehe Friedrich Jenaczek (Hrsg.), Ferdinand Lassalle, Reden und Schriften mit einer Lassalle-Chronik, München 1970, S. 515.

Siehe Bernhard Becker, Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles, Braunschweig 1875, S. 265. Auf der ersten Generalversammlung in Düsseldorf (Dezember 1864) vertrat Hugo Hillmann aus Elberfeld u. a. auch die Gemeinde

Altena (Socialdemokrat v. 30. 12. 1864).

Siehe Becker S. 274 f. und Umbreit S. 17 f. Am 26. 8. 1863, also 1 Jahr vor Lassalles Tod, schrieb der Dortmunder Advokatsgehilfe L. Kraemer an diesen einen Brief, in dem er Lassalle nach Dortmund einlud. Der Brief trug 52 Unterschriften. Am 14. 3. 1864 hatte Kraemer Lassalle »die Erfolglosigkeit seiner Agitation" mit folgender Begründung eingestanden: »Hier ist das Volk durch die Regierungs- und Fortschrittspresse total versumpft... Hier bekennen sich bloß 5 Mann entschieden zu Ihren Grundsätzen... die Handwerker haben alle ihre Zöpfchen, und möchten so gern, wie früher, etwas vorab haben, z. B. die Zunft« (zitiert nach Umbreit S. 18). Noch bevor im Oktober 1868 der Schneider Joseph Bönsch aus Schlesien in Dortmund die erste Lassalle-Gemeinde gründete, gab es hier einige Lassalle-Anhänger, die z. B. an Lassalles Trauerfeier in Düsseldorf (1864) und an der Lassallefeier in Hagen (10. 9. 1865) teilnahmen.

noch am ehesten geeignet gewesen wäre, dem Lassalleanismus im Bielefelder Raum zum Durchbruch zu verhelfen, nun die genossenschaftlichen Bestrebungen von Schulze-Delitzsch aktiv unterstützte und seit 1864 für Minden-Ravensburg das Wochenblatt ›Der Wächter‹ herausgab, das diese Bestrebungen propagandistisch unterstützte. Von Lasalle entfernte er sich immer mehr, ja, er bekämpste ihn schließlich<sup>181</sup>. Die Gründung des Bielefelder Arbeitervereins am 14. 5. 1863 durch Arbeiter der Firma Calow geschah im Hinblick auf die Gründungsversammlung des ADAV, die am 23. 5. 1863 in Leipzig stattfand und zu der auch der Bielefelder Arbeiterverein Delegierte schickte<sup>132</sup>. Obgleich somit Bielefeld die erste Lassalle-Gruppe in Westfalen hatte, wurde dieser Ort doch nicht zum Ausgangskunkt der Lassallebewegung in Westfalen. Der Mißerfolg in Dortmund hatte offensichtlich zu der Erkenntnis geführt, daß der Ausgangspunkt für eine Agitation in Westfalen nicht im Ruhrgebiet, sondern im märkischen Industriegebiet um Hagen und Iserlohn zu suchen sei, das in seiner Struktur dem bergischen Industriegebiet recht ähnlich und von hier aus auch gut zu erreichen war<sup>133</sup>. Als erster Agitator kam daher auch Hugo Hillmann aus Elberfeld nach Iserlohn und sprach hier auf einer Veranstaltung, die von dem Mitglied der Kölner Gemeinde, Düchtig, einem gebürtigen Iserlohner, am 8. 1. 1865 im Lokal des Wirtes Koch auf der Bellevue einberufen worden war. Das Interesse der Arbeiter an dieser Veranstaltung war groß, und die Schwierigkeiten, die deshalb von seiten des Bürgermeisters Hülsmann den künftigen Veranstaltungen entgegengesetzt wurden, waren immens<sup>134</sup>. Die Gründungsschwierigkeiten, mit denen der ADAV in Iserlohn zu kämpfen hatte, sind typisch für die Situation überhaupt, die sich den Arbeitern in Westfalen bei ihrer politischen Emanzipation bot. Als Gegenkräfte treten das liberale Bürgertum und die reationären Behörden auf. Durch die Gründung einer ADAV-Gemeinde, so befürchteten die Iserlohner Fabrikanten, könne »das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitern und Fabrikanten« gestört werden<sup>135</sup>. Aus diesem Grunde hatte der Landrat Overweg bereits Schulze-Delitzsch, der Ende 1863 in Iserlohn für seinen Verband werben wollte, davon abgeraten, nach Iserlohn zu kommen. Vertreter der Fortschrittspartei versuchten, nach Hillmanns Rede am 8. 1. 1864 in der Diskussion die Arbeiter für die Fortschrittspartei zu gewinnen, indem sie ihnen die Berliner Arbeiter als Vorbild hinstellten. Die Arbeiter aber lehnten in der Versammlung diese Aufforderung »mit Gelächter« ab. Hillmanns Auftreten in Iserlohn war ein Erfolg für den ADAV. Nach seiner Versammlung bildete sich ein Arbeitskomitee, das am 22. 1. 1864 »eine Versammlung zum Zwecke des

<sup>131</sup> Siehe Schulte, Volk und Staat S. 626.

<sup>132</sup> Siehe Hofmann, Bielefelder Stadtverordnete S. 69.

<sup>&</sup>lt;sup>133</sup> Auf dem rheinisch-westfälischen Arbeitertag, der zu Pfingsten 1864 in Hagen stattfand, betonte der Vereinspräsident B. Becker: »Hagen und Iserlohn bilden den Ausgangspunkt für die Agitation in Westfalen. Von hier gehen die Strahlen der Sonne aus.«

<sup>&</sup>lt;sup>134</sup> Über diese Versammlung berichtete ausführlich der Socialdemokrat, Nr. 10 (18. 1. 1865).

<sup>135</sup> Socialdemokrat, Nr. 15 (29. 1. 1865).

Beitritts von Mitgliedern und behufs der Wahl eines Bevollmächtigten« berief<sup>136</sup>. Die Versammlung wählte Karl Brändgen als Kandidaten für den Posten des Bevollmächtigten. Interessant ist dabei die Tatsache, daß Brändgen, der »einzige Fabrikmeister« unter den 214 Mitgliedern war, die der Verein bereits Ende Januar zählte<sup>137</sup>. Dieser Erfolg war von seiten der Fabrikanten und der Behörden offensichtlich nicht erwartet worden. Mit allen Mitteln versuchte man, diese Bewegung nun zu stoppen. Als Hillmann am 30. 1. 1864 wieder in Iserlohn sprechen wollte, wurde von dem erst kurz vorher ernannten Bürgermeister Hülsmann die Versammlung unter einem fadenscheinigen juristischen Vorwand aufgelöst, Hillmann verhaftet und am Tage darauf abgeschoben. Der Widerstand gegen den ADAV ging vor allem von der »Bürgergesellschaft« und dem Offizierskorps des »Bürgerschützenvereins« aus. Es kam zur Entlassung von einzelnen Arbeitern, die Mitglieder des ADAV waren. Vor allem wurde auf den Bevollmächtigten Brändgen von seiten seines Fabrikherrn und des Bürgermeisters Hülsmann Druck ausgeübt, so daß dieser »seiner bedrohten Existenz wegen«, wie er dem Präsidenten des Vereins, Bernhard Becker, mitteilte, sein Amt niederlegte<sup>138</sup>. Sein Nachfolger wurde C. W. Tölcke, der vermutlich schon bei der ersten Zusammenkunft am 8. 1. 1865 dabei gewesen war und nach der Verhaftung Hillmanns die widerrechtlichen Übergriffe des Bürgermeisters Hülsmann in fünf Anklagepunkten zusammengefaßt hatte. Mit C. W. Tölcke hatte die Iserlohner Gruppe - und bald der gesamte Verein - einen juristisch und taktisch geschickten und agitatorisch hoch begabten Politiker gewonnen, der bis zu seinem Tod (1893) die Entwicklung des ADAV und später der SPD in ganz Westfalen entscheidend mitbestimmen sollte139.

<sup>137</sup> Zur Mitgliedschaft wurden aufgerufen: »Arbeiter in Fabriken und im Handwerker-Fache, Meister und Gehilfen!«

Die Versammlungen wurden verboten. Der Widerstand von seiten der Behörden und der Fabrikanten hatte zur Folge, daß innerhalb von 4 Wochen »mehr als 1000 Mitglieder« der Iserlohner ADAV-Gemeinde beitraten. Über die Widerstände in Iserlohn berichtet ausführlich der Socialdemokrat in Nr. 17 (3. 2. 1865), Nr. 22 (15. 2. 1865), Nr. 24 (19. 2. 1865), Nr. 25 (22. 2. 1865), Nr. 41 (31. 3. 1865), Nr. 42 (2. 4. 1865). Siehe auch Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozial-

demokratie, 3. Bd., Stuttgart 1919, S. 206.

139 Ein Beispiel für sein taktisches Geschick bietet die Episode um das Telegramm an den König. Der Iserlohner Bürgermeister Hülsmann hatte angeordnet, jede

<sup>136</sup> In dem Aufruf hieß es u. a.: "Arbeiter Iserlohns und der Umgebung!... Ihr wißt, daß es sich einzig und allein um unsere gemeinsamen Interessen handelt. Folgt deshalb unserer Einladung massenweise! Laßt Euch nicht betören von denen, die Euch aus Irrtum oder wohlüberlegter Absicht der Täuschung von der Teilnahme am Vereine abmahnen. Sie sind unsere Gegner!... Beweist denn durch massenhaften Beitritt den Hunderttausenden unserer Kollegen in der ganzen zivilisierten Welt, daß auch dem Iserlohner Arbeiterstande sein eigenes Schicksal am Herzen liegt, und daß ihm die Zukunft seiner Kinder und Kindeskinder nicht gleichgültig; – beweist durch massenhaften Beitritt, daß auch der Iserlohner Arbeiterstand verständig genug ist, um zu begreifen, daß Schulze-Delitzschs Schönheitspflästerchen die tiefen sozialen Wunden nicht heilen kann, an welchen die Menschheit leidet.« Der Aufruf erschien im Socialdemokrat, Nr. 15 (29. 1. 1865).

Inzwischen war auch in Hagen eine ADAV-Gemeinde gegründet worden¹⁴⁰; auch hier trat gleich zu Beginn eine bedeutende Persönlichkeit in den Vordergrund, Wilhelm Hasenclever, der wie Tölcke zu den führenden Politikern der SPD in ihrer Frühzeit gehörte¹⁴¹. Im Gegensatz zu Tölcke, dessen politische Entwicklung noch primär durch die Revolution von 1848/9 geprägt worden war, gehörte Hasenclever einer anderen Generation an, deren politische Erfahrungen durch die Reaktion nach 1850 und deren soziales Engagement durch die Auseinandersetzung mit dem Liberalismus geprägt worden war. Der Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus, der spätestens seit Lassalles Agitation gegen Schulze-Delitzsch unüberbrückbar schien, wurde auch Hasenclever bewußt, als er als Mitarbeiter der Hagener demokratischen →Westfälischen Wochenzeitung« nicht in seinem Sinne über die soziale Not berichten durfte. Er brach deshalb mit dem Liberalismus, schloß sich Lassalle an und plädierte für die Emanzipation der Arbeiter aus eigenen Kräften.

## Die ideologische Basis der westfälischen ADAV-Gemeinden

Die ideologische Basis der westfälischen Sozialdemokraten war von Hillmann in seiner ersten Iserlohner Rede im Sinne von Lassalle in folgenden Punkten zusammengefaßt worden:

- a) Eine auf Gleichberechtigung aller beruhende Gesetzgebung;
- b) Gründung von Produktivassoziationen für Arbeiter;
- c) Ablehnung der »dem englischen Freihändlertum entlehnten Experimente von Schulze-Delitzsch«, die dem Arbeiter nur sein eigenes »Klassenbewußtsein« rauben wollten.
- d) ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, »denn nur die Gleichberechtigung im Staate sei die Grundlage der wahren Staatshilfe des Volkes«<sup>142</sup>. Die Lassallesche Idee von der Emanzipation der Arbeiter auf friedlichem und gesetzlichem Wege sprach die Iserlohner Arbeiter an. In ihrem Plakataufruf vom 18. 1. 1865 betonten sie deshalb: »Laßt uns durch

Mitteilung im Socialdemokrat, Nr. 55 (3. 5. 1865). Zur Entwicklung der SPD in Hagen: Konrad *Ludwig*, Der Freiheit eine Gasse. Sie Sozialdemokratie in Hagen-Schwelm, Hagen 1914.

<sup>141</sup> Zu W. Hasenclever siehe folgende Kurzbiographien: Adolph Lepp, Wilhelm Hasenclever, in: Gedichte von W. Hasenclever, K. E. Fromme und Adolph Lepp, Stuttgart 1893, S. 3-6; Schulte, Wilhelm Hasenclever, in: Westfälische Köpfe, S. 104-106.

142 Siehe Socialdemokrat, Nr. 10 (18. 1. 1865).

Versammlung in Iserlohn aufzulösen, in der von »Arbeitern« oder »Arbeitervereinen« gesprochen wurde. Tölcke schickte deshalb am Geburtstag des Königs (22. 3. 1865) im Namen des Arbeitervereins in Iserlohn ein Telegramm an diesen. Wie erwartet, war das Antwortschreiben an den Arbeiterverein adressiert. Der Bürgermeister, der zunächst nicht erlauben wollte, daß dieses Telegramm verlesen wurde, mußte schließlich jedoch auf Anweisung des Landrats die Erlaubnis erteilen. Die Episode wurde ausführlich im Socialdemokrat, Nr. 43 (5. 4. 1865) dargestellt. Siehe Mehring S. 206.

massenhaften Beitritt beweisen, daß auch wir den Mut und die Kraft besitzen, auf Lassalleschem, nämlich auf friedlichem und gesetzlichem Wege dazu mitzuwirken, die europäische weiße Sklaverei zu brechen«<sup>143</sup>.

Tölcke vertiefte diese Idee in seiner Rede auf dem Hagener Arbeitertag (Pfingsten 1865), dem Stiftungsfest der Iserlohner und Hagener ADAV-Gemeinden und ersten offiziellen westfälischen Treffen der Sozialdemokraten, zu dem in Anwesenheit des Präsidenten Becker insgesamt 1800 Besucher aus dem bergischen und märkischen Industriegebiet gekommen waren<sup>144</sup>. Tölcke und Hasenclever waren es, die Lassalles Gedankengut unter den westfälischen Arbeitern so intensiv verbreiteten, daß das marxistische Ideengut bis zur Jahrhundertwende in Westfalen kaum Fuß fassen konnte. Schon aus seiner Hagener Rede geht hervor, daß Tölcke der marxistischen Lehre völlig fremd gegenüber stand<sup>145</sup>. Wie Lassalle, so steht auch Tölcke nicht auf dem Boden der marxistischen Geschichtsphilosophie. Zwar besteht auch für ihn das Menschengeschlecht aus zwei Klassen, einer herrschenden und beherrschten, aber der antagonistische Widerspruch zwischen beiden entsteht nicht aufgrund der ökonomischen Verhältnisse, sondern ist von vornherein gegeben. Auch ist die Klasse der Herrschenden nicht eine einheitliche Klasse, sondern spaltet sich in eine Herrschaftsgruppe auf religiösem Gebiet (die Priesterkaste), eine auf politischem Gebiet (Junker und Beamte) und eine auf sozialem Gebiet (Bourgeoisie). Diesen Herrschaftsgruppen steht die Klasse der Unterdrückten gegenüber, die 96 % der Bevölkerung ausmacht<sup>146</sup>. Im Gegensatz zu Lassalle, der die Klassenkampfproblematik in marxistischer Auffassung, wenn auch in gemilderter Form propagierte<sup>147</sup>, sind für Tölcke alle Kriege, die es in der Geschichte gab, nur Kämpfe der einzelnen Machtgruppen gegen die anderen um die Macht, wobei nicht der Sieg der Bourgeoisie, wie es Marx versteht, den Untergang des Feudalismus nach sich zieht, sondern beide nebeneinander in den ihnen zustehenden Bereichen des Politischen und Sozialen herrschen. Aufgrund dieser Einschätzung stand Tölcke dem Revolutionsgedanken negativ gegenüber, da es seiner Meinung nach auch nie eine Revolution in dem Sinne gegeben hatte, daß sich eine emanzipierende Klasse gegen die herrschende Klasse mit Gewalt durchgesetzt hätte; vielmehr sei es immer nur um den Vorrang, nie aber um den absoluten Herrschaftsanspruch gegangen. Doch schien Tölcke für die neuere Zeit eine soziale Revolution nicht auszuschließen — ein erstes Anzeichen dafür war für ihn der Aufstand der Pariser Arbeiter 1852 -, und so erhob er in Übereinstimmung mit Lassalle die Forderung: «daß die herrschenden Klassen freiwillig auf friedlichem Wege dem Proletariat das ewige Menschenrecht der Gleichberechtigung zurückgewähren«, um somit eine Revolution zu vermeiden. Als einziges Mittel, um einer Revolution aus dem

<sup>143</sup> Ebd. Nr. 15 (29. 1. 1865).

Ausführlicher Bericht ebd. Nr. 70 (11. 6. 1865).
 Der Wortlaut der Rede ebd. Nr. 73 (18. 6. 1865).

<sup>146</sup> Mit dem Marxschen Klassenbegriff hat diese Definition nichts mehr gemeinsam.

Wege zu gehen und das eherne Lohngesetz außer Kraft zu setzen, bot sich nur die Errichtung der Produktivassoziationen auf Staatskredit an. Gleichberechtigung aber erfordere auch das gleiche Wahlrecht, betonte Tölcke. Als Gegner der lassalleschen Idee und damit der Emanzipation der Arbeiter sah Tölcke nicht nur die Liberalen, die Schulze-Delitzsch's Thesen propagierten, sondern auch Harkort und die Konservativen, wie Friedrich von Bodelschwingh, der ebenfalls in seinem Hausfreund gegen Schulze-Delitzsch polemisierte, aber auch Lassalles Forderung nach Staatshilfe als »Wahnsinn« ablehnte und zur Abhilfe »Fleiß, Sparsamkeit und Frömmigkeit« aufforderte. Um gegen sie zu kämpfen, gelte es, so erklärte Tölcke, alle Arbeiter im ADAV zusammenzuschließen. Tölcke stellte sich in seiner Rede auch gegen die Unterstellung von seiten der Fortschrittspartei, der ADAV stehe in Diensten der feudalen Partei. Dabei räumte er allerdings ein, daß der ADAV sich nicht gegen Bismarck stellen würde, wenn es ihm gelänge, Deutschland, auch mit Hilfe von Kanonen, zu einigen. In der Abgrenzung zu den anderen Parteien stellte er den ADAV als »Partei der neuen Demokratie auf sozialer Grundlage« dar, deren Anhänger sich aus den 96 % der Beherrschten rekrutieren sollten<sup>148</sup>. Der ADAV wandte sich also nicht nur an die »Arbeiter und Handwerker«, sondern an alle Schichten, vor allem aber an die Intellektuellen, die Tölcke auf dem Hagener Arbeitertag direkt aufforderte, in den ADAV einzutreten. Trotzdem war die Agitation in erster Linie auf den Arbeiter ausgerichtet. Von einer Landagitation, die sogar 1848 beim Hammer Arbeiterverein bereits eine Rolle spielte, ist in dieser Zeit im westfälischen ADAV noch nicht die Rede. Als Ziel galt nach wie vor die Gewinnung der Arbeiter in den Industriestädten.

Tölcke war in seinem gesamten Habitus nüchtern und pragmatisch eingestellt; trotzdem war er es, der zusammen mit Hasenclever die Lassalleverehrung in der SPD zu einem wahren Kult erhob. Noch 1873 stellte sich für Tölcke der Tod Lassalles im Duell als Martyrium dar, das »planmäßig angelegt und durchgeführt wurde, in der Absicht, Lassalle zu beseitigen<sup>149</sup>. Tölcke hatte durchaus Sinn und Zweck eines pseudoreligiösen Lassallekults erkannt, und er verstand es, ihn geschickt als »Bindemittel« für die Partei einzusetzen. Auf der Lassalle-Gedächtnisfeier am 3. 9. 1865 erklärte er in Hagen zwar, daß es im ADAV grundsätzlich keinen Personenkult geben dürfe, dennoch seien die Gedenktage an Lassalle ein wichtiges Bindemittel für den Verein. Die große Masse sei von Jugend auf in diesem Denken erzogen und sowohl in ihrem religiösen wie bürgerlichen Leben an Symbole gewöhnt. Auch die SPD brauche in der Lassalle-Verehrung ein solches Bindemittel. Es garantiere das Festhalten an seiner Lehre, und außerdem biete der Erinnerungstag ein gutes Agitationsmittel<sup>150</sup>. Ähnlich pries Hasenclever bei dieser Erinnerungsfeier Lassalles Wirken in einem Gedicht, das mit den Versen endete:

<sup>148</sup> Die Angabe der 96 % stamt von Lassalle.

<sup>&</sup>lt;sup>149</sup> In: Ziel, Mittel und Organisation des ADAV, S. 24.

<sup>150</sup> Socialdemokrat, Nr. 140 (10. 9. 1865).

»So lehrt Lassall', so klingt auch unser Wort, Sein Weg ist nur der wahre ganz allein! Und mächtig schallt es durch des Volkes Reih'n: Lassall' war unser Held und unser Hort, Er ist es noch, uns schwebt sein Geist voran, er leitet uns auf hoher Siegesbahn!<sup>151</sup>

Der Lassalle-Kult blieb in den SPD-Gemeinden Westfalens und des Rheinlands bis in die 90er Jahre hinein bestimmend und erschwerte letztlich die Rezeption des Marxismus<sup>152</sup>.

# Die Agitation des ADAV in Westfalen

Trotz der spektakulären Aktivität, die die westfälischen Gemeinden des ADAV im ersten Jahr ihres Bestehens entfaltet hatten, geriet die Bewegung in Westfalen bald ins Stocken. Im September 1866 stellte Dr. Reincke aus Hagen im Socialdemokrat« fest: »Ich kann nur konstatieren, daß jene Agitation in hiesiger Gegend fast keinen Erfolg gehabt hat und augenblicklich ganz eingeschlummert zu sein scheint«153. Dieselben Vorwürfe hatte er bereits auf dem Arbeitertag in Barmen (2. 9. 1866) erhoben. Auch wenn die Redaktion des Socialdemokraten das für eine Übertreibung hielt, so gab ihm Tölcke doch recht, der über die »Indolenz der westfälischen Arbeiter« sehr verärgert war. Freilich sah er die Gründe dafür nicht in einer verfehlten Agitation - wie es Reincke tat - sondern in der »Gleichgültigkeit der großen Masse« und in den Hindernissen, die die Polizei und Fabrikanten dem ADAV in den Weg legten, von den wenigen geistigen und materiellen Hilfsmitteln, die ihm zur Verfügung standen, ganz abgesehen. Tölcke hatte offensichtlich die Erfahrung machen müssen, daß mit ihm und Hasenclever die Aktivität des ADAV im märkischen Industriegebiet stand und fiel. Da aber beide 1866, bedingt durch ihre Funktionen als Präsident und Sekretär, nicht nur in Westfalen agitieren konnten, fiel die Bewegung fast ganz in sich zusammen, zumal nach wie vor die Iserlohner Gemeinde

<sup>151</sup> Ebd. und Lepp S. 26 f.

<sup>152</sup> Auch der Zusammenschluß mit den Eisenachern änderte daran nichts. In einer Kontroverse mit einem Wittener Lehrer, der behauptet hatte, daß die SPD kommunistisch sei, schrieb die Westfälische Freie Presse (Dortmund), Nr. 20 am 9. 3. 1878 in ihrem Leitartikel: "Zunächst Herr Lehrer erlauben wir uns hier die Bemerkung, daß die Lehren Lassalles und der heutigen Socialisten keine kommunistischen sind, und wenn sie sich die Mühe geben wollen, die Lassalleschen Werke zu lesen und das jetzige Programm der Socialisten mit diesen Werken vergleichen, dann werden sie uns schon Recht geben müssen: Diese Anhänger Lassalles, die heutigen Socialdemokraten, wollen aber auch nur die sociale Frage in ihrer Reinheit vertreten, und den bisherigen Bestand der Gesellschaft in Frage stellen.« Noch während der Zeit des Sozialistengesetzes brachten an Lassalles Geburtstag am 11. 4. 1883 Arbeiter in Hagen an Türmen und Fabrikschloten Sympathiebeweise an. Siehe: Die Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung (1878-94), S. 171. Auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes hielt man in Bielefeld und im Ruhrgebiet Lassalle-Feiern. 153 Nr. 150 (19. 6. 1866).

sich nicht versammeln durfte. Tölcke hatte darauf verzichtet, einen Prozeß herbeizuführen, um nicht bei einem für den ADAV ungünstigen Ausgang des Prozesses das Versammlungsrecht der übrigen ADAV-Gemeinden in Preußen zu gefährden. Er schlug deshalb im November 1866 dem Präsidenten Perl vor, den Hauptsitz des Vereins von Leipzig nach Berlin zu verlegen, um das Argument der preußischen Behörden, es handle sich beim ADAV um einen »ausländischen Verein« gegenstandslos zu machen. Zudem erwartete er nach dem Sieg über Österreich und der Gründung des Norddeutschen Bundes von Bismarck eine größere Toleranz gegenüber dem ADAV<sup>154</sup>. Einen größeren Spielraum für seine Agitation aber brauchte der ADAV jetzt, da die bevorstehenden allgemeinen und gleichen Wahlen zum Norddeutschen Bund, für die der ADAV auf seinen Arbeitertagen agitatorisch eingetreten war, der Sozialdemokratie den ersten großen Erfolg bringen sollten. Zum ersten Mal bot sich hier die Möglichkeit, der Bourgeoisie ebenbürtig gegenüberzutreten. Die Wahl vom 12. 2. 1867 zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes brachte zwar Erfolge, aber nicht den gewünschten großen Durchbruch. Immerhin hatte die Sozialdemokratie im bergisch-märkischen Industriegebiet »den verhältnismäßig größten Erfolg«155. Trotz der schlechten Agitation im Jahr davor gewann der Kandidat des ADAV, Hasenclever, im Wahlkreis Iserlohn-Altena 1124 Stimmen, im Wahlkreis Hagen der Kandidat des ADAV, Dr. Reincke, 1589 Stimmen<sup>156</sup>.

Die Agitation des ADAV in Westfalen, die seit 1867 wieder kräftig betrieben wurde, richtete sich in den folgenden Jahren in erster Linie gegen das liberale Bürgertum. Vor allem Tölcke sah in ihm den »natürlichen Erzfeind der Arbeiterwohlfahrt«<sup>157</sup>. Wie Rempel in Bielefeld, so versuchten die Liberalen auch im märkischen Industriegebiet, die Arbeiter durch ihre Arbeiterbildungsvereine, vor allem aber durch die Bewegung von Schulze-Delitzsch, zu gewinnen. Tölcke hatte gegen die Bewegung von Schulze-Delitzsch schon auf dem Arbeitertag in Hagen (1865) heftig polemisiert. Nicht viel anders machte er es jetzt in seiner Agitation gegen die Versuche der Arbeiterbildungsvereine. 1868 sprengte er in Iserlohn mit jugendlichen Arbeitern eine Versammlung, in der die Liberalen, u. a. auch der Dichter Emil Rittershaus, versuchten, einen allgemeinen Fortbildungsverein zu gründen. In der Diskussion stellte Tölcke den Unterschied zwischen der Funktion der liberalen Arbeiterbildungsvereine und den Bildungsbemühungen des

<sup>&</sup>lt;sup>154</sup> Nr. 173 (14. 11. 1866).

<sup>155</sup> Siehe Mehring S. 271.
156 Bemerkenswert ist das Ergebnis in der Stadt Iserlohn: Von den insgesamt abgegebenen 2185 Stimmen entfielen 806 (36,89 %) auf Hasenclever. Bei der Wahl zum ordentlichen Reichstag (31. 8. 1867) entfielen auf den Kandidaten des ADAV, Dr. Reincke, jedoch nur noch 104 (= 9,6 %) der insgesamt 1080 Stimmen (Sta. Ms. Kreis Iserlohn, Nr. 65, Bl. 127). In Bielefeld stellten die Lassalleaner zum ersten Mal zur Reichstagswahl am 14. 9. 1869 einen eigenen Kadidaten, Wode, auf, der 476 Stimmen (24,5 %) aller in Bielefeld abgegebenen Stimmen) gewann. Siehe Hofmann S. 70.

ADAV folgendermaßen heraus: »Die Bourgeoisie wolle durch solche Vereine die Arbeiter mit einer Scheinbildung abspeisen, während sie für sich das Monopol der Bildung in Anspruch nähme, den Arbeiter aber davon ausschlösse. In diesen Vereinen wäre eher von Sonne und Mond die Rede, als von dem, was der Arbeiter zunächst brauche. Man wolle durch solche Brocken des Wissens den Arbeiter von der Verfolgung seiner Hauptaufgabe ablenken«158. Hier wird ein Problem angesprochen, das bereits in den Arbeitervereinen von 1848 und in der Arbeiterverbrüderung, aber auch in der Agitation des westfälischen ADAV zu dieser Zeit häufig eine Rolle spielte: die Frage der Bildungschancen, die der Arbeiter hat. Im April 1866 hatte auf einer Veranstaltung in Hagen Hasenclever dazu Stellung genommen und unter anderem die geistige Bildung des Arbeiters von der materiellen Verbesserung seiner Situation abhängig gemacht<sup>159</sup>. Der Arbeiter solle seine Situation erkennen und sich mit Hilfe des Staates emanzipieren. Auch nach seinen Ausführungen richtete sich die Emanzipation des Arbeiters primär gegen das liberale Bürgertum. Es komme deshalb darauf an, dem Arbeiter ein eigenes Selbstbewußtsein zu geben. Dasselbe Emanzipationsverständnis findet sich auch im Gründungsaufruf des Bielefelder sozialdemokratischen Arbeitervereins, dessen Ziel es war, »die Würde und das materielle Interesse seiner Mitglieder, wie der gesamten Arbeiterklasse zu wahren und zu fördern«160. Allerdings verzichtete diese Gruppe, die zu den Eisenachern gehörte, auf die Mithilfe des Staates und erklärte deshalb, daß »die Emanzipation der arbeitenden Klassen ... durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden (muß)«. Im Sinne dieses Selbstverständnisses trennten sich zum Beispiel die Arbeiter in Iserlohn von dem Bürgerschützenverein, in dessen Offizierskorps fast nur Fabrikanten waren, und feierten im August 1868 ihr eigenes »Volksfest mit sozialistischen Vorträgen«, wie die bürgerliche Presse hervorhob161. Dieses »Volksfest und Arbeiter-Verbrüderungsfest« behielten die Arbeiter auch in den kommenden Jahren bei. Ohne unbedingt für den Klassenkampf Propaganda zu machen, versuchte Tölcke, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß ihre Interessen keineswegs vom liberalen Bürgertum vertreten würden, ja, daß ihre Interessen andere seien als die der Industriellen, auch in einer Frage wie der der Schutzzollpolitik. Auf Schweitzers Hinweis versuchte Tölcke 1868 auf dem rheinisch-westfälischen Arbeitertag in Hagen mit den Vertretern der Eisenindustrie über die Zollpolitik zu diskutieren, aber diese erschienen nicht, und so beschloß der Arbeitertag, »daß die Herabsetzung der Eisenzölle die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse in keiner Weise gefährde . . . «162 Tölcke wurde immer mehr zum Gegner der liberalen Politiker in Westfalen. Er scheute sich nicht, sie polemisch in der Zeitung zu attackieren<sup>163</sup>. In der Agitation gegen das

160 Siehe Hofmann S. 70.

 <sup>&</sup>lt;sup>158</sup> Iserlohner Kreisanzeiger, Nr. 135 (11. 11. 1868).
 <sup>159</sup> Socialdemokrat, Nr. 86 (25. 4. 1866).

<sup>&</sup>lt;sup>161</sup> Iserlohner Kreisanzeiger, Nr. 82 (13. 8. 1868).

Siehe Mehring S. 312.
 So gegen den Abgeordneten von Iserlohn-Altena, Heinrich Kreutz (Fortschritts-

liberale Bürgertum war sich der ADAV in Westfalen jedoch nicht einig. Anders als Tölcke verhielt sich hier Dr. Reincke, der Hagener ADAV-Kandidat, der in Lennep-Mettmann in den Reichstag gewählt worden war. Er besaß bei den Arbeitern aufgrund seiner sozialen Einstellung als Arzt große Sympathien, die er im Sommer 1867 noch dadurch vertieft hatte, daß er in westfälischen Zeitungen mit Friedrich Harkort eine lange Fehde über die Berechtigung des Sozialismus ausgefochten hatte<sup>164</sup>. Im Reichstag erklärte er, daß es nicht die Aufgabe des Sozialismus sei, »Bourgeoisie und Proletariat auseinanderzuhetzen, sondern zu versöhnen«. Die Generalversammlung des ADAV in Berlin (1868) unterstützte jedoch Tölckes Haltung und trennte sich von Reincke, der im Juli 1868 sein Mandat niederlegte, das dann jedoch der Vertreter des ADAV, Fritzsche, gegenüber dem konservativen Kandidaten behaupten konnte<sup>165</sup>. Trotz dieser entschiedenen Geste konnte der ADAV damit nicht vertuschen, daß es ihm - da er sich offensichtlich scheute, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen - in Westfalen an geeigneten Persönlichkeiten fehlte, die eventuell auch ein Mandat hätten übernehmen können, und so kamen außer Telöcke, der seit 1874 in Iserlohn kandidierte, die Kandidaten meistens aus dem Rheinland, nachdem auch Hasenclever 1869 im Wahlkreis Duisburg in den Reichstag gewählt worden war166.

# Die Entwicklung der westfälischen ADAV-Gemeinden

Die Entwicklung des ADAV ging in Westfalen nur langsam voran. Dies läßt sich deutlich an der Anzahl der westfälischen Delegierten, die an den Generalversammlungen des ADAV teilnahmen, ablesen<sup>167</sup>.

partei), in: Iserlohner Kreisanzeiger, Nr. 88 (2. 11. 1867). Die Liberalen dagegen schreckten wiederum vor Aktionen gegen Tölcke nicht zurück. So wurde er am 28. 6. 1872 auf einer Versammlung in Hörde von einigen »liberalen Herren« überwältigt und mißhandelt. Siehe *Hue* S. 313.

Siehe Mehring S. 283.
 Ebd. S. 286 und 316.

<sup>1666</sup> Auf der Generalversammlung von 1873 (Protokoll S. 68) erklärte Tölcke dazu: »Es gäbe so viele geeignete Kandidaten, als Mitglieder im Verein seien. Es sei nicht nöthig, daß jeder Arbeiter-Abgeordnete auch ein guter Redner sei. Es genüge, wenn er gesunden Menschenverstand habe. Wie jede andere Fraktion werde auch die Arbeiterpartei im Reichstag ihre Sprecher wählen."

<sup>167</sup> Soweit die einzelnen Gemeinden im Protokoll aufgeführt sind. Soweit Mitgliederzahlen genannt werden, ergeben sich folgende Relationen: Auf der Generalversammlung 1873 waren 16 010 zahlende Mitglieder durch Delegierte vertreten, von ihnen stammten nur 410 (= 2,6 %) aus Westfalen. Auf der Generalversammlung von 1874 war das Verhältnis ca. 970 (= 5,5 %) zu 17 523. Die Mitgliederzahl für Westfalen kann nicht genau angegeben werden, da einige Delegierte mehrere Gemeinden vertraten, darunter auch westfälische, die Mitgliederzahl in diesem Fall aber nicht aufgeschlüsselt, sondern nur insgesamt mitgeteilt wird. Die Mitgliederzahl richtete sich nach den zahlenden Mitgliedern. Daher die Schwankungen, da die Fluktuation offensichtlich sehr groß war. Abgestimmt wurde nicht nach der Zahl der Delegierten, sondern nach der Zahl der Mitglieder, die der einzelne Delegierte vertrat.

# Teilnahme westfälischer Gemeinden an den Generalversammlungen des ADAV und den Kongressen der SDAP bis 1878 🕁

Ort und Jahr der General- versammlung	Teilnehn	nende Gemeind	Gemeinden, die nur einmal auf einer Generalversammlung oder einem Kongreß vertreten waren						
Frankfurt/M (30. 11. bis 1. 12. 1865)	Iserlohn C. W. Tölcke (Iserlohn) 371 Mitgl.	Hagen* W. Hasenclever (Hagen)				-	in Düsseldorf (27. 12 Altena* H. Hillmann		
Berlin (5. 1. 1870)		Hagen* W. Hasenclever (Halver)	Bielefeld* J. Zwiener (Bielefeld)				o = Delegierter vo	ertritt mehrere	
Berlin (22.—25. 5. 1872)	Iserlohn C. W. Tölcke (Iserlohn) delegiert Knöllner 147 Mitgl.		Bielefeld J. Zwiener (Bielefeld) 35 Mitgl.	Dortmund Seelig <sup>o</sup> (Essen) 60 Mitgl.	Minden Richter (Minden) 80 Mitgl.		* = ohne Angabe der Mitgliederzahl E = Eisenacher L = Lassalleaner		
Berlin (18.—24. 5. 1873)	Iserlohn C. W. Tölcke (Iserlohn) 43 Mitgl.		Bielefeld J. Zwiener (Bielefeld) 211 Mitgl.	Dortmund H. Winner <sup>o</sup> (Dortmund) 63 Mitgl.		Hörde H. Winner <sup>o</sup> (Dortmund) 33 Mitgl.	Oeynhausen Domeier <sup>o</sup> (Minden) siehe Minden	Hamm Luchterberg <sup>o</sup> (Solingen)	
Hannover (26. 5.—5. 6. 1874)	Iserlohn* C. W. Tölcke (Iserlohn)	Hagen Reitze (Hagen) 221 Mitgl.	Bielefeld Bohle (Bielefeld) 117 Mitgl.	Dortmund Seelig <sup>o</sup> (Essen) mit Hörde, Gelsenkirchen, Bochum 381 Mitgl.	Minden Domeier <sup>o</sup> (Minden) mit Oeynhausen 85 Mitgl.	Hörde Seelig <sup>o</sup> (Essen) siehe Dortmund	Bochum Seelig <sup>o</sup> (Essen) siehe Dortmund	Gelsenkirchen Seelig (Essen) siehe Dortmund	
Einigungs- parteitag Gotha (20.—22. 5. 1875)		Hagen (L) Harm (Elberfeld) 90 Mitgl.	Bielefeld (E) Heitbrinck (Bielefeld) 15 Mitgl.				Hohenlimburg C. W. Tölcke (Iserlohn)	Wattenscheid H. Winner <sup>o</sup> (Ueckendorf)	
Berlin (19.—23. 8. 1876)	Iserlohn* A. Geib (Hamburg)	Hagen* W. Frick° (Bremen)	Bielefeld* L. Kuhlmann° (Bielefeld)	Dortmund* L. Kuhlmann <sup>o</sup> (Bielefeld)	Minden* W. Hasenclever° (Hamburg)		Eickel H. Winner <sup>o</sup> (Ueckendorf)		
Gotha (27.—29. 5. 1877)	Iserlohn* C. W. Tölcke <sup>o</sup> (Iserlohn)		Bielefeld* L. Kuhlmann (Bielefeld)	Dortmund* C. W. Tölcke° (Iserlohn)	Minden* Frick <sup>o</sup> (Bremen)				

Aktive Gruppen des ADAV hatten sich bis 1875 also in folgenden Gebieten Westfalens entwickelt:

a) im märkischen Industriegebiet Iserlohn, Hagen, Hohenlimburg;

b) im Ruhrgebiet: Dortmund, Hörde, Hamm, Gelsenkirchen und Bochum;

c) in Minden-Ravensberg: Bielefeld, Oeynhausen, Minden.

Die Entwicklung in den einzelnen Gemeinden verlief unterschiedlich. In Iserlohn hatte nach Ansicht von Tölcke auf der Generalversammlung von 1872 der Streik der Berg- und Zinkhüttenarbeiter (1869) die Mitgliedschaft im ADAV von 800 auf 18 Mitglieder zurückgeworfen 168. Die Schuld hieran gab er den Gewerkschaften. Als Vertreter der Iserlohner Gemeinde brachte er deshalb auf der Generalversammlung in Hannover (1874) einen Antrag ein: die Generalversammlung solle die Überzeugung aussprechen, »daß der durch die Korporativ-Vereine gegen die Capitalmacht geführte ungleiche Kampf, der lediglich die unmögliche Selbsthülfe« der Arbeiter zur Basis hat, nicht nur die Widerstandskraft der Arbeiter, sondern auch die radicalen social-politischen Bestrebungen des ADAV im höchsten Maße gefährdet«169. Der Iserlohner Delegierte hatte damit auf der Generalversammlung jedoch keinen Erfolg. Wichtiger als dieser Antrag zur Gewerkschaftsfrage war der Iserlohner Antrag zur Neuorganisation des ADAV, der in modifizierter Form auch von den Vertretern der Hagener und Bielefelder Gemeinden vertreten wurde. Die Gemeinde Iserlohn stellte den Antrag »der Präsident wird angewiesen, in ganz Deutschland für geeignete Districte, in welchen der Verein noch keine Wurzel gefaßt hat, jedoch unzweifelhaft zahlreiche Mitglieder zu gewinnen sind, Bevollmächtigte anzustellen, welche aus der Vereinskasse vollständig und ohne directe Beisteuer der betreffenden Mitglieder besoldet werden«170. In der Diskussion führte Tölcke dazu aus, die Iserlohner Mitglieder verträten den Standpunkt, daß bei der früheren Agitationsweise »neue Orte« sehr leicht wieder verloren gegangen seien. Die Idee des Antrages gehe also dahin, »daß in Gegenden, wo noch nichts ist, ein solcher Bevollmächtigter eingesetzt werde, der, wenn er seinen Kreis genügend besorgt, in eine andere Gegend versetzt werden kann«171. Offensichtlich sah nun auch Tölcke den Grund für den bisherigen mangelhaften Erfolg des ADAV in Westfalen in der nicht intensiv genug betriebenen Agitation. Immer mehr gab man deshalb jetzt dem System mit einem »stabilen« und einem »mobilen« Agitator den Vorzug. Zusätzlich zu der früheren Einrichtung des »mobilen« Redners, der auf seiner Reise in verschiedenen Orten agitierte, setzte man nun den »stabilen« Agitator ein. der sich an einem festen Ort für die Entwicklung des Vereins einsetzen sollte. Augenscheinlich hoffte man, auf diese Art und Weise in den größeren

<sup>&</sup>lt;sup>168</sup> Siehe Protokoll der Generalversammlung von 1872, S. 74. Zum Streit der Iserlohner Galmeibergleute, der am 9. 2. 1869 wegen Schichtzeit- und Lohndifferenzen ausbrach, siehe Hue S. 273.

<sup>169</sup> Protokoll 1872, S. 4.

<sup>&</sup>lt;sup>170</sup> Protokoll 1874, S. 8. Außerdem brachten die Iserlohner noch einen Antrag bezüglich der Parteipresse ein (ebd. S. 12).

<sup>171</sup> Ebd. S. 110.

Städten Westfalens erfolgreicher agitieren zu können. Letztlich war dies ein Eingeständnis des bisherigen Mißerfolgs, dessen Ursache allerdings nicht nur in der mangelhaften Agitation zu suchen ist. Vielmehr spielte hier mit, daß die erhoffte Solidarisierung innerhalb der Arbeiterklasse ausgeblieben war und viele Arbeiter nach wie vor ihre politische Heimat bei den Liberalen bzw. beim Zentrum hatten. Da der ADAV sich bewußt akirchlich gab, hatte er in Westfalen von vornherein mit der Gegnerschaft der noch religiös stark gebundenen Arbeiter im Siegener und Ravensberger Industriegebiet, aber auch im Ruhrgebiet zu rechnen. Tölcke dachte bei dieser Verbesserung der Agitationsweise deshalb in erster Linie an den Kampf gegen die Christlich-Sozialen<sup>172</sup>. Bei der Diskussion zeigte sich bald, daß die meisten Gemeinden darauf aus waren, den aus der Gesamtkasse finanzierten »stabilen« Agitator für ihre Gemeinde zu bekommen, um somit von der finanziellen Belastung frei zu sein. Während die Iserlohner der Ansicht waren, daß, sobald eine feste Gemeinde etabliert sei, aus der Vereinskasse für diese kein Geld mehr bezahlt werden dürfe, sprach sich der Delegierte für Hagen. Reitze, dafür aus, daß »die günstig gelegenen Städte, wo sich schon ansehnliche Mitgliedschaften befinden, wöchentlich Zuschüsse von 3 Talern aus der Hauptkasse erhalten und Hagen als einer dieser Orte genommen werde«173. Reitze empfahl vor allem für Westfalen einen »stabilen« Agitator, der nach Tölckes Meinung sich im Kreis Iserlohn-Altena niederlassen sollte, da dieser Kreis vorwiegend protestantisch sei und in der Nähe 10 industrielle Städte. darunter Dortmund, Hagen und Bochum lägen. Noch 1874 dachte man also im ADAV nicht daran, das Agitationszentrum vom märkischen Industriegebiet ins Ruhrgebiet zu verlegen. Nach wie vor sollte, vor allem nach Meinung Tölckes, Iserlohn das Zentrum sein. So kam es, daß die Entwicklung des ADAV im Ruhrgebiet zu diesem Zeitpunkt noch nicht so forciert wurde, wie es die industrielle Entwicklung dieses Gebietes hätte eigentlich vermuten lassen. Hinzu kam, daß der ADAV in Dortmund mit Wirth einen schlechten Agitator einsetzte, der nach dem Urteil des Dortmunder Delegierten Seelig Lassalles Prinzipien nicht kannte und nur unklare Reden führte. Wirth hatte zunächst den ADAV in Hörde zugrunde gerichtet und

<sup>Es ist schwierig, aufgrund des vorliegenden Materials genauere Angaben zur sozialen Schichtung der ADAV-Mitglieder oder gar der ADAV-Wähler zu machen. Aufgrund der Angaben bei Umbreit S. 19 und 26 lassen sich für Dortmund folgende Feststellungen treffen: Von den 435 Personen, die zwischen 1870 und 1874 als Mitglieder des ADAV genannt werden, waren 82 Arbeiter, 48 Maurer, 41 Metallarbeiter, 80 Bekleidungsarbeiter, 26 Holzarbeiter, 23 Schuhmacher, 24 Bergleute, 4 Küfer, 3 Brauer, je 2 Tabakarbeiter, Gärtner, Künstler, 9 Diverse. Der Anteil der Handwerker war demnach relativ niedrig. Verhältnismäßig gering war für Dortmund zu dieser Zeit der Anteil der Bergleute. Auffällig auch, daß sich dem Verein keine Intellektuellen angeschlossen hatten. Nach 1875 trat eine soziale Umstrukturierung der Mitglieder ein. Ungelernte Arbeiter und Bergleute bildeten nun die Mehrheit der Mitglieder. Dennoch waren von den 19 mobilen und festen Agitatoren, die zwischen 1875 und 1878 in Dortmund tätig waren, die meisten Handwerker: 2 Schneider, 2 Schlosser, 3 Tischler, 3 Maurer, 4 Schuhmacher, 2 Zimmerer, 1 Maschinenbauer, 1 Bergmann und 1 Redakteur.
173 Protokoll 1874, S. 11.</sup> 

schließlich auch dessen Entwicklung in Dortmund beeinträchtigt<sup>174</sup>, da er dort Parteigelder veruntreut hatte<sup>175</sup>. Die Dortmunder Gemeinde war jedoch trotz Wirths Veruntreuung recht aktiv, doch hatte der Wahlkampf viel gekostet. Seelig wies darauf hin, »daß die Dortmunder ihre Mittel gänzlich erschöpft und noch Schulden hätten, so daß sie ohne Hilfe von außen den Kampf nicht durchführen können. Das beste seien freiwillige Beiträge von anderen Gemeinden«. Die Generalversammlung von 1874 nahm diesen Antrag auf freiwillige Beiträge an und sprach einstimmig den Wunsch aus, daß Tölcke weiterhin die Kandidatur für Dortmund übernehmen möge<sup>176</sup>. Auch wenn Tölcke nach wie vor das Zentrum der Agitation in Iserlohn haben wollte, und er betonte ausdrücklich, daß er in Zukunft die Agitation nur auf seinen Wohnort beschränken werde, so bahnte sich mit diesem Auftrag an Tölcke eine Entwicklung an, die für die weitere Geschichte der SPD in Westfalen von Bedeutung sein sollte, nämlich die allmähliche Eroberung des Ruhrgebiets durch die SPD. Bis dahin hatte der ADAV vor allem unter den Bergarbeitern kaum Erfolg gehabt. Der Grund hierfür lag in erster Linie in dem patriarchalischen Verhältnis, das allgemein im Ruhrgebiet zwischen Bergleuten und Zechenleitung bestand. Trotz aller Klagen, die die Bergarbeiter gegen die Regierung und gegen die Zechenleitungen vorbrachten, fühlten sie sich als Glieder einer Familie, nicht als Exponenten einer Klasse. Dem ADAV - und später auch der SPD - traten sie deshalb mit Skepsis gegenüber. Das bestehende patriarchalische Verhältnis wurde von den Bergwerksdirektoren für ihre eigenen parteipolitischen Zwecke ausgenutzt; dabei schreckten diese sogar vor massiver Wahlbeeinflussung nicht zurück<sup>177</sup>. Sehr stark war der Druck auf die Bergleute vor allem während

175 Ebd. S. 31. Wirth wurde deshalb auf der Generalversammlung 1874 in Hannover

<sup>&</sup>lt;sup>174</sup> Die Gemeinde in Hörde war nach einer Versammlung am 17. 9. 1872 entstanden. Die Versammlung war durch einen Schlosser einberufen worden (s. Umbreit S. 22).

wegen schädigen Verhaltens aus dem ADAV ausgeschlossen.

<sup>&</sup>lt;sup>176</sup> Protokoll 1874, S. 16 f. Zur Aktivität des Dortmunder ADAV im Wahlkampf für die Reichstagswahl am 10. 1. 1874 bemerkte der Dortmunder Oberbürgermeister, Hermann Becker, am 1. 2. 1874 in einem Schreiben an den Landrat: »Was sodann nun die Tätigkeit der Social-Demokraten bei den jüngsten Wahlen zum Reichstage betrifft, so habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß dieselbe auf guter Organisation beruhte und sich mit großer Rührigkeit vollzogen hat« (zitiert nach Umbreit S. 20). In Dortmund fand am 15. 10. 1874 eine Nachwahl statt. Da das Kreisgericht Dortmund jedoch am 23. 7. 1874 den Zweigverein des ADAV aufgelöst hatte, sank der Stimmenanteil im Wahlkreis Dortmund von 1227 im Januar 1874 auf 812 im Herbst 1874. Siehe Umbreit S. 25.

<sup>177</sup> Hue S. 247 schildert einen Wahlvorgang in Hörde, bei dem Wahlterror offen zutage trat: »Wie die Kinder oder Sklaven wurden die Arbeiterwähler von den Werksbeamten zu den Wahllokalen geführt. Vorher gab es zur Erhöhung der Begeisterung« Freischnaps oder Freibier. Dann bekam jeder Arbeiter den >richtigen« Stimmzettel, der sich wie Pappendeckel anfühlte und allein schon die »geheime Wahle verhöhnte! - in die Hand gedrückt. Damit nun auf alle Fälle ein fixer Umtausch verhindert würde, bildeten Werksbeamte vor dem Wahllokal bis fast an den Wahltisch ein Spalier, durch das die >freien« Arbeiterwähler mit dem sichtbar in der Hand zu haltenden Stimmzettel schreiten mußten. So erfochten die nationalliberalen Werksterroristen im Ruhrgebiet ihre Wahlsiege trotz des geheimen Wahlrechts.« Die Situation im Ruhrgebiet allgemein schätzt Hue S. 243

der Gründerjahre. Das Zentrum war aufgrund seines Einflusses die einzige Partei, die die Arbeiter vor diesen Manipulationen schützen konnte. Aber selbst diese Partei wagte es bisweilen nicht, bei den Kommunalwahlen die Arbeiter Zentrum wählen zu lassen, um »zahllose Arbeiter und Handwerker« nicht »in die Gefahr... zu bringen, durch tyrannische nationalliberale Großindustrielle brotlos zu werden«178. Entscheidend für die starke Anhängerschaft des Zentrums unter den Bergarbeitern war die Tatsache, daß die Zentrumsabgeordneten, die im Ruhrgebiet gewählt wurden, eine sozial engagierte Politik betrieben und dabei - im Gegensatz zur SPD - durchaus das »patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern befürworteten« und damit die konfessionell noch sehr stark gebundene Bergarbeiterschaft für sich gewinnen konnten<sup>179</sup>. Typisch hierfür ist die Haltung des Zentrumsabgeordneten v. Schorlemer-Alst (Recklinghausen), der als Führer der westfälischen Bauern sonst den konservativen Standpunkt vertrat. Anläßlich der Interpellation Hertling erklärte er am 10, 1, 1882 im Reichstag: »Man habe von erfolgten Lohnerhöhungen auch in der Bergindustrie« gesprochen, aber die Beamtengehälter und die Überschichten seien in den Lohnbuchungen mit enthalten. Wo im Lohnbuch 24 Schichten stehen, sind 28 und 30 gemacht. Wer keine Überschichten machen wolle, würde mit Entlassung bedroht oder müßte die Fahrten klettern. Die Bergarbeiter seien überarbeitet, die Militärtauglichkeit falle, die Knappschaftskassen seien überlastet... Es finde eine Bereicherung der Zechen statt >auf Kosten der Arbeiter, des Schweißes und des Hungers !! Geschehe dagegen nichts, >dann wird der Herr Reichskanzler und auch diese Seite des Hauses (nach rechts) von dem schrecklichen Wort getroffen werden: zu spät«!«180 Die Wähler des Zentrums im Ruhrgebiet bildeten eine sozialpolitisch bewußte Schicht, auf deren Vorstellungen auch konservative Zentrumsabgeordnete Rücksicht nehmen mußten. Der Einfluß dieser sozialpolitisch engagierten Wähler ging soweit, daß in Essen die Arbeiter einen eigenen Kandidaten aufstellten, da ihnen der »offizielle Kandidat« des Zentrums zu konservativ war<sup>181</sup>. Daß es für die SPD sehr schwer war, in diese Wählerschicht, die ihre sozialpolitischen Vorstellungen durchaus in der Zentrumspolitik verwirklicht sah, einzudringen,

<sup>179</sup> Ebd. S. 250. <sup>180</sup> Zitiert nach ebd. S. 251.

folgendermaßen ein: »Sehr schlimm hausten die Werksterroristen auch in Dortmund (Union Hösch), Dorstfeld, Bochum (Bochumer Verein), Schalke-Gelsenkirchen und Oberhausen (Gute-Hoffnung-Hütte).«

<sup>178</sup> Ebd. S. 249.

Siehe Rudolf Morsey, Die Zentrumspartei in Rheinland und Westfalen, in: W. Först (Hrsg.), Politik und Landschaft, Köln 1969, S. 15. Die Rivalität zwischen Zentrum und ADAV charakterisierte der Delegierte Seelig aus Essen folgendermaßen (auf der Generalversammlung von 1873): »Die Pfaffen sind die gefährlichsten Feinde unserer Sache. Sie treten im entscheidenden Augenblick selbst mit unserem Programm auf und der Devise: »Wir wollen dasselbe, was die Sozialdemokraten wollen, wollen aber die Religion gewahrt wissen. Man dürfe von Essen sagen, daß noch gute Sympathie für unsere Partei vorhanden seie (Protokoll 1873, S. 63). Siehe auch Max Jürgen Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1899–1914), Düsseldorf 1954, S. 26 f.

ist verständlich. Ganz treffend drückt die >Wattenscheider Zeitung« die Konkurrenz zwischen SPD und Zentrum um den Bergmann mit folgendem Bild aus: In Stehle sei, so berichtet sie am 18. 9. 1876, an Stelle »von Tölckes Knüppel... der Krummstab aufgepflanzt« worden<sup>182</sup>. Während der größte Teil der katholischen Bergleute das Zentrum wählte, gaben die meisten evangelischen Bergleute ihre Stimme den Liberalen<sup>183</sup>.

Tölcke war zwar auf der Generalversammlung von 1874 der Meinung, daß durch eine agilere Agitation des ADAV die Sozialisten die Anhänger der Christlich-Sozialen hätten gewinnen können<sup>184</sup>, übersah aber dabei, daß er selbst durch seinen Streit um die Gewerkschaften seit 1872 die Agitation unter den Bergarbeitern erschwerte. Für Tölcke und Seelig stand fest, daß in den Gewerkschaften nur die »Rekruten« für den ADAV gesammelt werden sollten. Tölcke ging soweit, die Alternative zu stellen: »Zwei Punkte sind zu betrachten: entweder man legt das Gewicht auf die Gewerkschaften, oder auf den ADAV, und da könne die Wahl nicht schwer sein«185. Aus diesem Grund brachte Tölcke auch den bereits erwähnten Antrag der Iserlohner Gemeinde von 1874 vor die Generalversammlung, der die Gewerkschaftsbewegung gänzlich vernichten sollte. Für Tölcke war klar, daß durch die Gewerkschaften und die Streikbewegung die Arbeiter dem ADAV verloren gingen, da die Konservativen durch die Förderung der Gewerkschaften nur die sozialpolitische Bewegung beseitigen wollten. Wie Seelig, so befürchtete auch er, daß die Arbeiter nur um der materiellen Vorteile willen in die Gewerkschaften gingen und daß dadurch die politische Bewegung der Sozialisten an Stoßkraft verlöre, denn »die politische Bewegung müsse die vorwiegende sein« (Seelig)<sup>186</sup>. Es mag für Tölcke bei der Einschätzung dieser Entwicklung der Gedanke eine Rolle gespielt haben, daß durch die Einzelgewerkschaften die Schlagkraft des ADAV geschwächt werden könne. Vielleicht war es aber auch die Überlegung des überzeugten Lassalleaners, daß das »eherne Lohngesetz«, das die Lassalleaner, darunter auch Tölcke, zum Ärger von Marx 1875 noch in das Gothaer Programm einbrachten, keine nennenswerte Verbesserung für die Arbeiter im bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem bringen könnte. Tölcke konnte sich mit seiner Meinung bezüglich der Gewerkschaften auf der Generalversammlung von 1874 nicht durchsetzen<sup>187</sup>. Letztlich lief die Kontroverse auf eine Auseinandersetzung zwischen Tölcke und Hasselmann hinaus, der zu dieser Zeit unter den Bergarbeitern im Ruhrgebiet agitierte und dem Tölcke vorwarf, daß er die Trade Unions in Deutschland einführen wolle, was Tölcke mit den Ideen Lassalles für unvereinbar hielt<sup>188</sup>. Hasselmann dagegen glaubte, gerade

<sup>182</sup> Zitiert nach Hue S. 316 Anm. 11. Seit sich Tölcke auf einer Versammlung in Berlin Ruhe verschafft hatte, indem er mit seinem Spazierstock auf den Tisch schlug, hieß er allgemein: "Tölcke mit dem Knüppel."

<sup>183</sup> Siehe *Croon*, Vom Werden des Ruhrgebiets (Anm. 25) S. 216 f. Protokoll S. 110.

<sup>&</sup>lt;sup>185</sup> Protokoll 1872, S. 5. <sup>186</sup> Protokoll 1874, S. 41.

<sup>&</sup>lt;sup>187</sup> Protokoll 1872, S. 7.

<sup>188</sup> Ebd. S. 17.

durch die Unterstützung der »Gewerke« die Arbeiter für den ADAV zu gewinnen<sup>189</sup>. Diese Auseinandersetzung um die Gewerkschaften, die sich von 1872 bis 1874 hinzog und die die Aktivität des ADAV erheblich lähmte, hat die Agitation unter den Bergarbeitern nicht gerade erleichtert. Nach dem Vereinigungskongreß in Gotha (1875) hat Tölcke seine Meinung in bezug auf die Gewerkschaften total geändert<sup>190</sup>. Im Juli 1889 entwarf er sogar mit das sogenannte »Dortmunder Statut für den allgemeinen Bergarbeiterverband«, das die konfessionelle und politische Neutralität für die Bergarbeitergewerkschaft vorsah<sup>191</sup>.

Ein weitere Grund für die schwache Resonanz der SPD im Ruhrgebiet vor 1890 mag darin liegen, daß die SPD in Westfalen erst nach 1875 ihr Hauptagitationszentrum aus dem märkischen Industriegebiet in das sich immer stärker entwickelnde Ruhrgebiet verlegte. Noch ehe sich die Agitation, die in Dortmund bereits erste Erfolge verzeichnete, entfalten konnte, verbot das Sozialistengesetz jede weitere Parteiarbeit<sup>192</sup>. Das Sozialistengesetz verhinderte auch, daß die SPD-Anhänger in den Gewerkschaften offen als Sozialdemokraten auftreten konnten, wollten sie die Gewerkschaften nicht in den Geruch einer sozialistischen Agitationsgruppe bringen und ihr Verbot provozieren. So schrieb selbst Tölcke in dem Gewerkschaftsstatut von 1889 der Gewerkschaftsorganisation strenge Neutralität »unter Ausschließung aller politischen und religiösen Erörterungen« vor<sup>193</sup>.

Erstmals auf der Generalversammlung von 1874 rückte auch das Siegener Industriegebiet, das bisher vom ADAV in seiner Agitation völlig vernachlässigt worden war, in den Rahmen des Interesses. Seelig wies auf die Entwicklungsmöglichkeiten hin, die dieses Industriegebiet für den ADAV biete<sup>194</sup>. Doch schätzte er die reale Situation nicht richtig ein. Die eigenartige patriarchalische Sozial- und archaische Wirtschaftsstruktur dieses Gebietes

<sup>189</sup> Ebd. S. 29.

<sup>&</sup>lt;sup>190</sup> Siehe August Bebel, Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien, in: H. Hirsch (Hrsg.), August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften, Köln 1968, S. 350.

<sup>191</sup> Siehe Hue S. 382.

<sup>&</sup>lt;sup>192</sup> Bereits am 23. 7. 1874 war der Dortmunder Zweigverein des ADAV durch das dortige Kreisgericht aufgelöst worden (s. *Umbreit* S. 20). Nach 1875 traten der SDAP in Dortmund aufgrund der guten Agitation, die der Bergmann Ludwig Schröder von der Zeche Hansa betrieb, vor allem Bergleute bei (ebd. S. 26).

<sup>193</sup> Koch S. 51 vertritt die These, daß es bewußte Taktik der Sozialdemokratie gewesen sei, 1889 »ihre wenigen Anhänger in die Streikführung zu bringen«. Es bleibt offen, wer hier mit »Sozialdemokratie« gemeint ist. Einen Kontakt zwischen illegalen Parteigremien oder Abgeordneten und den Bergarbeitern, von Tölcke abgesehen, gab es zu diesem Zeitpunkt nicht. Siehe den Bericht von August Siegel, in: Wolfgang Köllmann, Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des »Alten Verbandes« in ausgewählten Dokumenten der Zeit, Bochum 1969, S. 101 ff. Hätte die SPD nicht bereits zur Zeit des großen Streiks von 1889 eine erhebliche Anzahl Anhänger oder Sympathiesanten unter den Bergarbeitern gehabt, so wären kaum 3 Sozialdemokraten als Delegierte gewählt worden, da die katholischen Führer der Bergleute eine recht aktive Verbandspolitik betrieben und vermutlich eigene Anhänger als Delegierte vorgeschlagen hätten.

verhinderte die Herausbildung eines krassen Manchesterliberalismus und ließ scharfe Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern nicht aufkommen. Hinzu kam die starke religiöse Gebundenheit der Bevölkerung, die eher durch den christlich-sozialen Konservativismus Stöckers als durch die klassenkämpferischen Parolen der SPD angesprochen wurde. Bis 1912, also über den Zeitpunkt hinaus, da Stöcker aus der Politik ausschied, wählten die meisten Arbeiter im Kreis Siegen die christlich-soziale Partei. Der SPD gelang es nur mühsam, hier seit 1890 Terrain zu gewinnen, und erst auf dem Parteitag der westfälischen SPD in Unna (1894) entwickelten die Mitglieder ein Agitationsprogramm für das Siegener Industriegebiet<sup>195</sup>.

Auf ähnliche Schwierigkeiten wie in Siegen stieß der ADAV aufgrund der starken konfessionellen Gebundenheit der Arbeiter auch in Minden-Ravensberg. Zwar betonte der Mindener Delegierte, Domeyer, auf der Generalversammlung von 1874, »die Organisation unter den Mitgliedern in Minden sei eine gute«, mußte aber einräumen, daß aufgrund der ständigen Fluktuation der dortigen Arbeiter der ADAV nicht recht zum Zuge komme196. Vor allem die Zigarrenarbeiter beteiligten sich fast gar nicht an der Bewegung. Wie in Siegen die Industriearbeiter, so hatten in Minden die Zigarrenarbeiter, die zum größten Teil als Heimarbeiter auf dem Lande tätig waren, ihre politische Heimat bei den Konservativen gefunden, die hier bewußt auch soziale Ziele verfolgten<sup>197</sup>. Domeyer schlug vor, in Minden einen »stabilen« Agitator einzusetzen. Hierin wurde er von dem Delegierten für Hannover, Meister, unterstützt, der ebenfalls für die Anstellung eines »stabilen« Agitators in Minden und Bielefeld plädierte<sup>198</sup>. Im Gegensatz zu den Zigarrenarbeitern auf dem Lande hatten sich in der Stadt Bielefeld die Zigarrenarbeiter den Sozialdemokraten, und zwar der Eisenacher Gruppe, angeschlossen. Da aber auch die Lassalleaner in Bielefeld agitierten, stellte die Bielefelder Gemeinde auf der Generalversammlung von 1874 den Antrag, in den nächsten Wahlen mit den Eisenachern zusammengehen zu dürfen, um alle sozialdemokratischen Stimmen auf einen Kandidaten zu vereinigen, damit es nicht wieder wie bei der Reichstagswahl von 1874 in Bielefeld zu einer sozialistischen Doppelkandidatur käme. Bei dieser Wahl hatte Bebel als Kandidat der Eisenacher jedoch nur 81 Stimmen gewinnen können<sup>199</sup>. Die Analyse des Wahlerfolgs bzw. Mißerfolgs in Westfalen nach der Reichstagswahl von 1874 fiel auf der Generalversammlung von 1874 unterschiedlich aus. Hasenclever sah für die weitere Entwicklung die besten

<sup>Siehe Helmut Busch, Die Stoeckerbewegung im Siegerland, Siegen 1968, S. 138 ff. Im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf errang die SPD erstmals bei der Reichstagswahl vom 20. 2. 1890 250 (= 1,3 %) Stimmen. Im Landkreis Siegen entfielen auf die SPD 92 (= 0,7 %) Stimmen. Bis zur Reichstagswahl von 1912 gelang es ihr, in diesem Wahlkreis ihre Stimmenzahl auf 2578 (= 7,4 %) zu verbessern, wobei auf den Landkreis Siegen 1217 (= 5,4 %) entfielen (ebd. S. 239 f.).
Protokoll 1874, S. 51.</sup> 

<sup>197</sup> Siehe Erich Hoener, Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866–1896, Bielefeld 1923, S. 42.

<sup>&</sup>lt;sup>198</sup> Protokoll 1874, S. 51 und 114. <sup>199</sup> Ebd. S. 44 und *Hofmann* S. 70.

Chancen für den ADAV in Dortmund, während seiner Meinung nach in Hagen kaum mehr etwas zu gewinnen war. Der Delegierte Dressbach pflichtete ihm hierin bei, der Delegierte Eckert dagegen glaubte, daß immerhin Haspe in der Wahl für den ADAV gewonnen werden könne. Tölcke dagegen sah nach wie vor im Iserlohner-Altenaer Kreis die besten Chancen für den ADAV in Westfalen<sup>200</sup>.

Wahlergebnisse (in 0/0)201

Wahlkreis	1871	1874	1877	
Iserlohn-Altena	8,16	13,70	9,11	
Hagen	10,92	12,73	10,81	
Bielefeld	5,22	7,14	13,51	
Dortmund	0,80	6,49	15,60	
Minden	0,70	6,40	5,24	
Bochum		1,25	5,13	
Regierungsbezir <b>k</b>	1871	1874	1877	
Münster	_	_		
Minden	1,50	2,91	4,98	
Arnsberg	1,96	3,87	5,91	

Das Wahlergebnis zeigt, daß der Stimmenanteil des ADAV gegenüber der Reichstagswahl von 1871 in allen aufgeführten westfälischen Wahlkreisen gestiegen war<sup>202</sup>. Das Kerngebiet des ADAV lag nach wie vor im märkischen Industriegebiet mit Iserlohn und Hagen, wo der ADAV bereits seit 10 Jahren agitierte<sup>203</sup>. Es zeigen sich aber auch bereits die ersten Erfolge der verstärkten Agitation im Ruhrgebiet, besonders in Dortmund, wo sich der Stimmenanteil verachtfachte. Wie in Iserlohn, so mochte auch hier die Popularität Tölckes, der in beiden Wahlkreisen als Kandidat des ADAV aufgestellt worden war, zum Stimmengewinn beigetragen haben<sup>204</sup>. Im

<sup>201</sup> Angaben nach Adolf Neumann, Die Entwicklung der Sozialdemokraten bei den

Wahlen zum Deutschen Reichstage, Berlin 1898, S. 40 ff.

<sup>203</sup> In der Stadt Iserlohn hatte Tölcke 991 (= 40 %) der 2447 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können, im gesamten Wahlkreis 2071 Stimmen (Sta. Ms. Kreis Iserlohn, Nr. 65, Bl. 430).

<sup>204</sup> Im Wahlkreis Dortmund waren die Stimmen von 85 (Reichstagswahl 1871) auf 1227 (Reichstagswahl Januar 1874) angestiegen. Siehe *Umbreit* S. 25; vgl. auch Anm. 176.

<sup>200</sup> Protokoll 1874, S. 63 und 73.

<sup>202</sup> Trotz der Kerngebiete des ADAV in Westfalen lag das Ergebnis für die Sozial-demokratie in dieser Provinz mit 2,26 % weit unter dem Reichsdurchschnitt mit über 6 % der abgegebenen Stimmen. Mehring S. 72 charakterisiert deshalb den Fortschritt der SPD in Rheinland-Westfalen als verhältnismäßig langsam«.
203 In der Stadt Lealah, hatta Tälde 991 (= 40 %) der 2447 abgegebenen Stimmen.

Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen dagegen war dem ADAV der Einbruch noch nicht gelungen. Hier stimmten die Arbeiter nach wie vor je nach ihrer konfessionellen Zugehörigkeit entweder für die Fortschrittspartei oder für das Zentrum. In Minden hatte sich offensichtlich die gute Organisation des ADAV sehr positiv auf das Wahlergebnis ausgewirkt — der ADAV gewann dort 5,70 % —205. Im Wahlkreis Bielefeld konnte zwar der Kandidat der Lassalleaner, Wilhelm Pfannkuch, der seit 1868 führend in der Gewerkschaftsbewegung tätig war, in der Stadt Bielefeld fast ein Viertel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, fiel aber in den ländlichen Bezirken weit zurück, da hier konservativ gewählt wurde<sup>206</sup>. Erstaunlicherweise scheint Hamm keinen ADAV-Kandidaten aufgestellt zu haben, obwohl dort eine ADAV-Gemeinde war.

# Der Zusammenschluß der Lassalleaner und Eisenacher

Bis auf den Wahlkreis Bielefeld waren die Eisennacher in Westfalen nicht in Erscheinung getreten<sup>207</sup>. Sie agitierten hier nur mit geringem Erfolg. Lediglich die Zigarrenarbeiter in Bielefeld hatten sich ihnen angeschlossen und auf dem Eisenacher Gründungskongreß 1869 Wilhelm Bracke aus Braunschweig mit ihrem Mandat betraut<sup>208</sup>. Im Jahr darauf übte es Yorck aus Harburg aus, bis schließlich auf dem zweiten Parteikongreß die Bielefelder mit Heitbrinck einen Mann aus den eigenen Reihen delegierten<sup>209</sup>. Noch weniger als die Lassalleaner konnten die Eisenacher in Westfalen Fuß fassen, obgleich die Partei 1873 die Agitation intensivierte, indem sie Iulius Scheil aus Königsberg auf Agitationsreisen nach Westfalen schickte<sup>210</sup>. Doch war Scheils Auftreten umstritten. Auf dem zweiten Parteikongreß machten ihm seine Parteigenossen Vorwürfe wegen seiner Agitationsweise<sup>211</sup>. Es lag jedoch nicht nur an Scheils Auftreten, daß die Eisenacher in Westfalen kaum Erfolg hatten. Yorck hatte von vornherein die Situation falsch eingeschätzt, als er damit rechnete, daß es in Westfalen noch einige Anhänger der Hatzfeldischen Gruppe gebe, die sich den Eisenachern anschließen würden. Scheil gelang es lediglich, neben der Bielefelder Gruppe eine weitere Gruppe in

<sup>&</sup>lt;sup>205</sup> Insgesamt erhielten die Sozialdemokraten im Wahlkreis Minden-Lübbecke 536 Stimmen, davon 206 in der Stadt Minden (s. Hoener S. 35).

<sup>&</sup>lt;sup>206</sup> Insgesamt errang er 961 (= 7 %) der 13 632 Stimmen. Siehe Hofmann S. 70 und Franz Flaskamp, Die Reichtagswahlen im Kreise Wiedenbrück (1867–1912), Rheda 1960, S. 12.

<sup>&</sup>lt;sup>207</sup> Im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück hatten sie für Bebel nur 81 Stimmen bekommen, davon 35 in Bielefeld.

<sup>&</sup>lt;sup>208</sup> Die 52 Bielefelder Zigarrenarbeiter waren die einzigen westfälischen der insgesamt 155 586 Vereinsmitglieder, die auf diesem Parteitag vertreten waren.

Heitbrinck hatte u. a. mit Dr. Breddenbräker am 14. 9. 1869 den social-demokratischen Arbeiterverein in Bielefeld gegründet (s. Hofmann S. 70).

J. Scheil, geb. 1836, stammte aus Königsberg und war Maschinenbauer von Beruf.
 Siehe Protokoll über den 5. Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1873), S. 24.

Soest einzurichten<sup>212</sup>. Im Ruhrgebiet konnte er nur in Witten eine Gruppe von 68 Mitgliedern gründen, von der allerdings Seelig auf der Generalversammlung der Lassalleaner von 1874 behauptete, die Eisenacher seien von dort »sehr leicht zu vertreiben«213. Scheil hatte zur Bielefelder Gruppe ein ähnliches Verhältnis wie Tölcke zur Iserlohner. Er ließ seine eigenen Vorstellungen und Wünsche zur Anderung des Parteistatuts durch die Bielefelder Gruppe, deren Mandat er auf dem dritten Parteikongreß übertragen bekommen hatte, dem Parteitag vorlegen. Als »alter Centralist«, wie er sich bezeichnete, brachte er einen Bielefelder Antrag ein, der darauf abzielte, »das ganze Territorium der Partei... nach dem Muster der Vereinigten Staaten in Distrikte resp. Bezirke geographisch nach Lage der Provinzen« einzuteilen. Das System, das er entwarf, hätte eine ungeheuere Bürokratisierung der Partei bedeutet, und so ging der Arbeiterkongreß, ohne diesen Antrag näher zu beachten, zur Tagesordnung über. Scheils Einwand, es müsse »eine straffere Organisation geschaffen werden«, fand keine Befürworter.

Obgleich sowohl bei den Eisenachern als auch bei den Lassalleanern die Frage der Organisation und der Abgrenzung in den 70er Jahren eine große Rolle spielte, wurde auf beiden Seiten jedoch auch schon die Frage eines Zusammengehens diskutiert. Nicht nur die Bielefelder stellten auf der Generalversammlung in Hannover 1874 den Antrag, »eine Vereinigung der beiden Parteien (ADAV und Eisenacher) bei den Wahlen... zu ermöglichen«, sondern auch sieben andere Delegierte sprachen sich generell für »die Vereinigung aller sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands« aus<sup>215</sup>. Tölcke, dessen Schrift über >Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins, in der er heftig gegen die Eisenacher zu Felde gezogen war, gerade erst erschienen war, sprach sich noch entschieden dagegen aus. »Wenn wir jetzt von Vereinigung und Versöhnung mit der Eisenacher Partei hören, so bemerke ich, daß dieselben auch zu den Gefahren des Vereins gehören, und daß eine Vereinigung ebensowenig wie ein friedliches Nebeneinander möglich ist«, erklärte er auf der Generalversammlung von 1874216. Aber er war Taktiker genug, in dieser Frage bald seine ideologischen Bedenken hintenanzustellen und angesichts der drohenden Gefahren von seiten der Behörden, die beide Gruppen langsam zu vernichten suchten, wie das Verbot der Bielefelder und Dortmunder ADAV-Gemeinden nach der Wahl von 1874 durch den Staatsanwalt deutlich zeigte, mit Bebel und Liebknecht Kontakt aufzunehmen, um eine Vereinigung herbeizuführen<sup>217</sup>. Auf dem Vereinigungsparteitag in Gotha (1875) trat

<sup>&</sup>lt;sup>212</sup> Siehe Protokoll über den 6. Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1874), S. 103: Bielefeld: 18 Mitglieder; Soest: 15 Mitglieder. <sup>213</sup> Protokoll 1873, S. VII f.

<sup>&</sup>lt;sup>214</sup> Protokoll über den 5. Kongreß . . . (1873), S. 39.

<sup>&</sup>lt;sup>215</sup> Protokoll 1874, S. 17 und 102.

<sup>216</sup> Ebd. S. 34.

<sup>217</sup> W. Hasenclever, der zu dieser Zeit Präsident des ADAV war, erklärte auf dem Einigungsparteitag in Gotha (1875), man sei gegen Tölcke hier und da mißtrauisch gewesen, aber man müsse doch zugeben, daß er den Anstoß zur Ver-

Tölcke jedoch sehr in den Hintergrund, während Hasenclever mit zu den bestimmenden Persönlichkeiten zählte. Obgleich auf diesem Parteitag insgesamt 114 Orte durch 56 Delegierte vertreten waren, erschien bis auf Heitbrinck, der die Eisenacher aus Bielefeld vertrat, niemand aus Westfalen. Offensichtlich stieß die Vereinigung mit den Eisenachern bei den westfälischen Lassalleanern auf Widerstand<sup>218</sup>. Das Wahlergebnis für die Reichstagswahl von 1877 scheint ihrem Widerstand recht zu geben. Das Zusammengehen von Lassalleanern und Eisenachern wirkte sich vor allem für Bielefeld und die Gemeinden im Ruhrgebiet (Dortmund und Bochum), wo nach dem Zusammenschluß von 1875 die Agitation erheblich durch den ehemaligen Eisenacher Scheil intensiviert worden war, positiv aus<sup>219</sup>. Die alten Lassalle-Gemeinden Iserlohn und Hagen dagegen mußten deutliche Verluste hinnehmen, was jedoch nicht nur auf den Widerstand gegen die Vereinigung mit den Lassalleanern zurückzuführen sein dürfte, sondern auch darauf, daß dieser Raum agitatorisch vernachlässigt worden war, seit Tölcke, wie ja bereits erwähnt, gleichzeitig in Dortmund tätig war<sup>220</sup>. Die

einigung gegeben habe. Zitiert nach Mehlich S. 358. Über Tölckes Vorgehen berichtet recht ausführlich August Bebel, Aus meinem Leben, 2. Teil, Stuttgart 1920, S. 312 ff. Wie pragmatisch Tölcke dabei dachte, verrät die Formel, mit der er das Zusammengehen begründete: man müsse »jedem Programm zustimmen..., wenn die Einigung der Parteien davon abhänge, sofern es nicht gegen deren allgemeine Prinzipien verstoße, vund wäre es auch nur ein Stück weißes Papier mit einer geballten Fast darauf«. Zitiert nach Susanne Miller, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionsmusstreit, Frankfurt 1964, S. 74. Um ein Zusammengehen zu ermöglichen, wollte Tölcke auch auf den Lassalle-Kult verzichten, wie er W. Liebknecht gegenüber äußerte: »Überhaupt sei der Lassallekultus rein aus taktischen Gründen getrieben worden«, versicherte er. So W. Liebknecht an A. Bebel (Bebel, Aus meinem Leben, 2. Teil, S. 312).

Widerstand scheint es trotz des Verbots der ADAV-Gemeinde vor allem in Dortmund gegeben zu haben, wo führende Lassalleaner wie Bohn, Seelig u. a. nicht dem sozialdemokratischen Wahlverein beitraten (Umbreit S. 26). Hier war es bereits am 23. 11. 1873 anläßlich einer Veranstaltung der Eisenacher zu einer Auseinandersetzung zwischen ADAV-Mitgliedern und Eisenachern gekommen, die in eine Prügelei ausartete (ebd. S. 21). Dem Einigungskongreß in Gotha (2. bis 27. 5.) ging in Dortmund am 11. 4. 1875 ein Westdeutscher Arbeitertag voraus, der von beiden Gruppen zahlreich beschickt wurde (ebd. S. 22).

219 Im gesamten Reichsgebiet hatte die SDAP über 9 % aller abgegebenen Stimmen erhalten. Insgesamt gab es nur noch 6 preußische Regierungsbezirke, die durch die SDAP »noch nicht »verseucht« waren«. Siehe Mehring S. 108. Im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück erhielt die SDAP 2165 Stimmen, davon 1213 (= 32,2 %) in der Stadt Bielefeld (Hoener S. 37 und Hofmann S. 70). In Bielefeld war es im Wahlkampf zu Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Konservativen gekommen, die unter Leitung von Pfarrer Dietz, dem »kleinen Stoecker«, wie Stoecker in Berlin versuchten, die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen (s. Hoener S. 42 f.). Trotzdem gab es hier unter den Sozialdemokraten keinen politischen Radikalismus. Siehe Vierhaus S. 67. Im Wahlkreis Dortmund war die Zahl der Wähler auf 3536 angestiegen (Umbreit S. 28). Hier hatte am Tag vor der Wahl (9. 1. 1877) Tölcke vor 2000 Personen gesprochen (ebd.).

<sup>220</sup> Im Wahlkreis Altena-Iserlohn hatte Tölcke in erster Linie in den Städten Áltena (266 von 1168 Stimmen = 28 %), in Iserlohn (767 von 2741 Stimmen = 28 %) und in einigen Industriedörfern (z. B. Westig, Evingsen) Erfolg. In Iserlohn war

Stimmenverluste der SPD in Iserlohn kamen ziemlich eindeutig den Liberalen zugute. Ob es sich hier um einen Protest der ehemaligen ADAV-Wähler gegen den Zusammenschluß mit den Eisenachern handelte, oder ob von seiten der Fabrikanten Pressionen auf die Arbeiter ausgeübt worden waren, läßt sich nicht eindeutig klären.

Obwohl die Vereinigung der SDAP in erster Linie Tölckes Verdienst war, geriet er nach 1876 in der Partei immer stärker in die Isolation. Bezeichnenderweise waren es jedoch nicht seine ehemaligen Gegner Bebel und Liebknecht, die ihn nun in den Hintergrund zu drängen versuchten, sondern es war Hasselmann, wie Tölcke in einem Brief an Liebknecht andeutet<sup>221</sup>. Zwar machte er seine Androhung im Brief an Liebknecht, sich »jeder Agitation für die Partei durch Wort und Schrift enthalten zu müssen«, nicht wahr, agitierte jedoch nur anläßlich der Reichstagswahlen von 1877, für die er in Iserlohn und Dortmund von der SDAP als Kandidat aufgestellt worden war222. Für Iserlohn und Dortmund nahm er auch als Delegierter 1877 am Sozialistenkongreß in Gotha teil. Erst im März 1877 trat er wieder aktiv in den Vordergrund. Er übernahm damals als Redakteur die >Westfälische Freie Presses, die seit dem 30. 6. 1875 in Dortmund herausgegeben wurde und für das Ruhrgebiet und südliche Westfalen zum Forum für die Agitation der Partei geworden war. Seit 1875 wurde die Agitation von der SPD intensiv durch den »stabilen« Agitator Scheil im Ruhrgebiet durchgeführt. Offensichtlich war man sich nun in der Parteileitung darüber klar, welche Bedeutung gerade dieses Industriegebiet für die Entwicklung der SDAP in Westfalen besaß, die nun das Agitationszentrum aus dem märkischen Industriegebiet hierher verlegt hatte. Doch geriet auf dem Gothaer Parteitag von 1876 Scheil erneut in den Mittelpunkt einer Kontroverse. Es waren vor allem die Delegierten der bergischen SDAP-Zentren, die sich gegen Scheil stellten, in der Absicht, daß die stabile Agitationsstelle in Dortmund aufgelöst und ins Rheinland verlegt werde, »da es bedeutend bessere Kreise« gebe als Dortmund. Doch die Delegierten Winner und Auer schätzten die Situation objektiver ein als die rheinischen Delegierten. Sie wiesen auf die Schwiergkeiten hin, die der SDAP in Dortmund von seiten der Liberalen entgegengesetzt wurden.

221 Der Brief vom 7. 8. 1876 befindet sich im Nachlaß W. Liebknechts (Nr. 320) im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam.

jedoch sein Stimmenanteil gegenüber 1874 um 12 % gefallen. Ohne Erfolg blieb Tölcke in den katholischen Dörfern und Städten und in den ausgesprochenen Bauerndörfern des Wahlkreises; aber auch in einigen kleinen Industriestädten, Hohenlimburg z. B., war der Erfolg nicht groß (38 von 400 Stimmen = 8,8 %). Sta. Ms. Kreis Iserlohn, Nr. 65, Bl. 522 ff. In Hagen, wo Karl Klein (Elberfeld) kandidierte, hatte die SDAP 1700 Stimmen gewonnen. Ihr Kandidat war u. a. in Hagen, Langerfeld und Haspe gewählt worden, während sie in Gevelsberg und Schwelm »kaum 100 Stimmen« bekam. Die Sozialdemokraten in Hagen zeigten sich dennoch »mit dem Resultate wohl zufrieden«, da man den Wahlkampf »ohne regelrechten Plan und Organisation« geführt hatte. Siehe Westfälische Freie Presse, Nr. 1 (2. 1. 1878).

<sup>222</sup> Siehe Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Hannover 1966, S. 94.

Dortmund sei »der Centralpunkt für Westfalen« und deshalb zum Wohnsitz des Agitators bestimmt. Scheil, den Auer als »ruhigen und brauchbaren Agitator« einschätzte, sollte nach Ansicht der Parteileitung in »Westfalen überhaupt« wirken²²³. »Westfalen überhaupt« bedeutete zunächst jedoch nur das Ruhrgebiet und Bielefeld, da, wie man hervorhob, im Regierungsbezirk Arnsberg die Bevölkerung durchweg katholisch sei und die Aussichten für die SPD dort vorerst sehr schlecht seien, »weil der Kulturkampf dort in vollster Blüte steht«, wie Auer bemerkte. Im Ruhrgebiet war es Scheil immerhin gelungen, neue SDAP-Niederlassungen in Wattenscheid, Eickel und Gelsenkirchen zu errichten, womit der Einbruch in die Reihen der Arbeiter im Ruhrgebiet gelungen war, wie es das Wahlergebnis von 1877 bereits deutlich zeigte.

# Gründe für die langsame Entwicklung der Sozialdemokratie in Westfalen

Verfolgt man die Entwicklung der SPD in Westfalen von 1863 bis 1878, so fällt das langsame Wachstum ins Auge. Obwohl die Partei in einigen Städten über ein Drittel der Stimmen gewinnen konnte, gelang es ihr im Gegensatz zum Rheinland, zu Schleswig-Holstein, Schlesien und vor allem Sachsen nicht, einen Wahlkreis zu erobern; ja nicht einmal in die Stichwahl kam einer ihrer Kandidaten. Die Gründe für diese langsame Entwicklung sind vielschichtig. Primär mag gelten, daß es in Westfalen — auch in den Industriebezirken — Gebiete gab, die durch ihre starke konfessionelle Bindung, vor allem im Kulturkampf, als weiße Flecken für die SDAP gelten mußten. Das trifft für das katholische Münsterland zu, wo die SDAP bis 1884 überhaupt keinen Erfolg verzeichnen konnte, für das Paderborner und ehemalige Kurkölner Gebiet aber auch für das Ruhrgebiet. Die SDAP stieß hier auf entschiedene Ablehnung von seiten des Klerus, wodurch wiederum in der Partei antiklerikale Tendenzen verstärkt wurden, wie die Rede von Seelig auf der Generalversammlung von 1874 beweist. Das wiederum hielt die katholischen Wähler von der Wahl der SDAP ab. Ähnlich stand es in den pietistisch-protestantischen Gebieten Siegen und Minden-Ravensberg, in denen sich die Geistlichen ebenfalls politisch engagierten und durch recht agile Aktionen die Wähler für die Konservativen gewannen. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner bereitete der SDAP in diesen Gebieten selbst in den 90er Jahren noch große Schwierigkeiten, letztlich gelang es ihr hier nie, richtig Fuß zu fassen.

Entsprechend war die Situation in den Gebieten, wo die Fabrikanten, Hüttendirektoren, und andere Unternehmer einen gezielten Wahlterror auf die Arbeiter zugunsten der liberalen Parteien ausübten. Die großen Schwankungen der Mitgliederzahlen in den ADAV-Gemeinden in Hörde, Iserlohn und Hagen mögen hierin einen ihrer Gründe haben. Das Zusammengehen von Liberalen und Regierung zu Beginn der Gründerjahre verstärkte diesen Wahlterror, da nun auch auf lokaler Ebene Behörden und liberale Unter-

<sup>&</sup>lt;sup>223</sup> Protokoll des Sozialistenkongresses zu Gotha (1876), S. 59.

nehmer zusammenwirkten, wie die Aktionen in Iserlohn, vor allem aber die Aktion des ehemaligen Sozialisten und nunmehrigen liberalen Oberbürgermeisters von Dortmund, Hermann Becker, beweisen. Der Widerstand von seiten der Fabrikanten und Behörden ließ zwar vorübergehend die Mitgliederzahl des ADAV in die Höhe steigen, führte aber auf weite Sicht zur Passivität des ADAV da die Solidarität der Arbeiter noch nicht sehr stark entwickelt war. Zudem kam es dann auch noch zur Auseinandersetzung zwischen Lassalleanern und Eisenachern, was vor allem in Dortmund die Aktivität lähmte. Dabei ging es weniger um ideologische, vielmehr um taktische Auseinandersetzungen, wie der Einigungskongreß von Gotha bewies. Auch nach 1875 standen die Lehre Lassalles in Westfalen nicht zur Diskussion. Sie blieb die ideologische Grundlage und wurde auch von den Eisenachern wie Scheil akzeptiert. Dennoch warfen die Gegner der SDAP »kommunistische« Tendenzen vor, was zwar nicht zutraf, aber doch manchen Wähler abgeschreckt haben mag.

Es waren jedoch nicht nur die Schwierigkeiten, die von außen her auf die SDAP einwirkten und die Entwicklung erschwerten, vielmehr traf auch die ADAV- bzw. SDAP-Gruppen in Westfalen selbst manche Schuld an der langsamen Entwicklung. Vor allem verhinderte die Diskussion um die Stellung der Gewerkschaften aber auch eine ungeschickte Agitation häufig den Erfolg. So bleibt unverständlich, warum die SDAP erst nach 1875 ihr Hauptaktionszentrum ins Ruhrgebiet verlegte, warum sie fast gänzlich auf eine Landagitation verzichtete, obgleich in den meisten westfälischen Wahlkreisen, von Dortmund abgesehen, über die Hälfte der Wähler auf dem Lande wohnte. In den einzelnen Wahlkreisen selbst konzentrierte man die Agitation auf die Industriestädte, trieb in den übrigen Orten, selbst wenn auch dort zahlreiche Arbeiter wohnten, einen Wahlkampf »ohne regelrechten Plan und ohne Organisation«, wie es z. B. die Hagener in der Wahl von 1877 taten. Aber im Wahlkampf wurde letztlich nur die Schwäche der ADAV-Gemeinden offenkundig, die sich in den ständig schwankenden Mitgliederzahlen deutlich dokumentiert. Tölcke mochte zwar die Bedeutung der Gewerkschaften falsch einschätzen, aber er hatte recht, wenn er darauf hinwies, daß es vielen Arbeitern nur um eine materielle Verbesserung ihrer Situation ging, nicht aber um eine politische Emanzipation. Da sich die Erfolge nicht umgehend einstellten, traten viele Arbeiter, nachdem die erste Begeisterung verflogen war, wieder aus dem ADAV aus. Hinzu kam, daß die einzelnen ADAV-Gruppen selbst sich nur wenig agitatorisch betätigten, wohl auch die finanzielle Belastung, die dadurch entstand, scheuten und deshalb die Agitation den von der Partei eingesetzten festen, bzw. mobilen Agitatoren überließen, anstatt sich auch selbst zu engagieren. So bildeten diese Agitatoren, vor allem während der Verbotszeit, den eigentlichen Kern der Partei. Hier mag es sich als günstig erwiesen haben, daß in Westfalen die meisten Agitatoren nach 1875 dem Handwerkerstande angehörten und unabhängiger waren als die einzelnen Industrie- bzw. Bergarbeiter, auf die gerade während der Verbotszeit ein immenser Druck von seiten der Unternehmer ausgeübt wurde. All die

Mängel, die hier aufgezeigt wurden und die die Entwicklung der SPD beeinträchtigten, waren reparabel, und die SDAP in Westfalen hat nach 1875, bzw. 1877, aus diesen Fehlern gelernt. Sie hatte erkannt, welche Entwicklungsmöglichkeiten für sie gerade im Ruhrgebiet lagen und hier ihre Agitation durch einen festen Agitator und ein eigenes Presseorgan, das 1878 3700 Abonnenten hatte, erheblich intensiviert. Auch in Hagen hatte man erkannt, daß der Wahlkampf nicht ohne Organisation geführt werden konnte; deshalb war eine Parlamentswahlkasse eingerichtet und versucht worden, durch allgemeine Sozialistenkonferenzen im Wahlkreis die Wähler auch während der Legislaturperiode für die Partei zu gewinnen. In Dortmund war ebenfalls seit 1875 die Zahl der Mitglieder im sozialdemokratischen Wahlverein und die Zahl der Veranstaltungen ständig gestiegen. Die Wahlvereine, die an die Stelle der alten ADAV-Gemeinden traten, stellen eine neue Form der Parteiorganisation und der Agitation nach 1875 dar.

Das Sozialistengesetz warf vor allem im Ruhrgebiet und im märkischen Industriegebiet die Entwicklung der Partei um Jahre zurück. Noch 1887 hatte sie den Wählerstamm von 1877 nicht wieder erreicht, während im Regierungsbezirk Minden, vor allem in Bielefeld, die durch das Sozialistengesetz verursachte Krise bereits 1884 überwunden war und die Zahl der Wähler bei der Reichstagswahl in diesem Jahr größer war als bei der Wahl 1877.

#### III

# Die Verfolgung zur Zeit des Sozialistengesetzes

Noch ehe das Gesetz vom 21. 10. 1878 die Organisation und Agitation der SDAP vernichten konnte, setzten in Westfalen zwei Gegner der SDAP alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein, um die Partei auszuschalten: der Oberstaatsanwalt und die Unternehmer. Der Hammer Oberstaatsanwalt Irgahen wies sogleich am Tage seines Amtsantrittes, am 1. 6. 1878, also noch vor dem zweiten Attentat durch Nobeling (2. 6. 1878), sämtliche Staatsanwälte seines Departments an, »schleunigst die bestehenden Vereine und sonstigen Erscheinungen, sowie die Agitatoren und Führer zu ermitteln und mir anzuzeigen, zu berichten, ob Arbeitgeber infolge des Attentats sich zur Entlassung sozialdemokratischer Arbeiter aufgerafft haben, mit ganzer Aufmerksamkeit und Energie die Handhaben der Gesetze gegen jene Umtriebe in Anwendung zu bringen und von jeder Anklage auf diesem Gebiete mir Anzeige zu erstatten«224. Innerhalb von 14 Tagen wurden in Westfalen an die 90 Personen wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und verurteilt. Die Außerungen der meisten dieser Angeklagten waren nichtssagend gewesen. So wurde z. B. der Schneider Prinz aus Essen zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er geäußert hatte: »Die alten Calviner,

<sup>224</sup> Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 33-35. Gedruckt bei Hellfaier S. 171 f.

wenn der alte Wilhelm nicht Calviner wäre, wäre es gewiß besser mit uns. Der alte calvinische Lump. Ihr dummen Hessen, jetzt haben wir das Ziel erreicht; der Alte hat jetzt seinen Teil«225. Nur wenige der Angeklagten waren Sozialdemokraten, vielmehr handelte es sich um Zentrumsanhänger, Hannoveraner oder z. B. Alt-Lutheraner, wie der eben zitierte Prinz, die häufig aus konfessionellen oder politischen Motiven heraus irgendwann einmal etwas gegen den Kaiser geäußert hatten. Trotzdem wertete der Staatsanwalt die vielen Anzeigen als einen Beweis dafür, »welches ungeheuere Verderbnis die sozialdemokratischen Tendenzen im Volke bereits angerichtet haben und mit wie hohem Maße der Patriotismus und der Sinn für Autorität und Ordnung bereits zerstört ist«226.

Irgahen hoffte, auf diese Art Karriere zu machen. Bezeichnender für die Situation der Arbeiter war es jedoch, daß sich am 24. Juni 1878 die führenden Unternehmer Rheinlands und Westfalens auf einer Versammlung in Düsseldorf fast einstimmig auf eine Resolution einigten, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ und deutlich dokumentierte, daß man bei dieser Gelegenheit, noch ehe Regierung und Parlament die scharfen Bestimmungen des Sozialistengesetzes durchgebracht hatten, gewillt war, jede politische und soziale Emanzipation der Arbeiter vollständig zu unterdrücken, wobei man soweit ging, eine Einschränkung des Wahl- und Vereinsrechtes zu fordern, was im Protokoll jedoch nicht vermerkt, von dem anwesenden Fabrikinspektor Osthues aber in seinem Bericht an den Oberpräsidenten ausdrücklich bestätigt wurde<sup>227</sup>. Die Motivation dieser Resolution, die der ehemalige »48er-Revolutionär« Gustav Natorp in seiner

<sup>225</sup> Ebd. S. 173.

<sup>&</sup>lt;sup>226</sup> Ebd. S. 177.

<sup>&</sup>lt;sup>227</sup> Der Bericht Osthues' in: Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 27 f. Die endgültige Fassung der Resolution lautete:

Die Versammlung erblickt in den entsetzlichen Vorgängen der letzten Wochen einen Ausfluß der Staat und Gesellschaft untergrabenden, Geist und Gemüth vergiftenden socialistischen Umtriebe, denen ein Theil der Bevölkerung, insbesondere die arbeitenden Klassen in unserm Vaterlande seit Jahren ausgesetzt gewesen sind.

<sup>2.</sup> Die Versammlung erachtet es als die unabweisbare Pflicht eines jeden Bürgers, welcher Parteirichtung er auch angehören mag, die Pläne des Umsturzes, wie sie in jenen und zahlreichen anderen Vorgängen der letzten Jahre hervorgetreten sind, mit allen gesetzlich und moralisch zulässigen Mitteln zu bekämpfen.

<sup>3.</sup> Insbesondere ist es Aufgabe der Industriellen und Gewerbetreibenden, geschlossen gegen die socialistischen Umtriebe vorzugehen. Die heute versammelten Vertreter industrieller Werke Rheinland und Westfalens sind im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung gegen sich und ihre Arbeiter gewillt, dieser Pflicht gemäß zu handeln, und so sehr sie nach wie vor bestrebt bleiben werden, die Wohlfahrt ihrer Arbeiter zu fördern, so unnachsichtlich werden sie alle unlauteren Elemente ausmerzen. Sie sprechen zugleich die Überzeugung aus, daß jeder Gewerbetreibende in beiden Provinzen ebenso verfahren wird, und vertrauen, daß die Arbeiter im eigenen Interesse und zum Schutze des deutschen Gewerbefleißes ihren Arbeitgebern in deren Bestrebungen treu zur Seite stehen werden.

Rede, hinter die sich alle Besucher dieser Versammlung stellten, erläuterte, macht deutlich, daß »das freisinnige Bürgertum«, in dessen Namen Natorp zu sprechen glaubte, vom Staat und dem Gesetzgeber noch schärfere Gesetze forderte, um »im Interesse einer gesunden politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres staatlichen Lebens« den Sozialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten<sup>228</sup>. Zwar warf Natorp den Agitatoren dieser Partei vor, den Klassenhaß »mit infernalischer Bosheit« zu schüren und den »Haß gegen das Kapital« und »gegen die Werkbesitzer« zu nähren, doch war seine eigene Rede nichts anderes als eine einzige Aufforderung, iede politische Selbstäußerung der Arbeiter zu unterdrücken, wobei er die SDAP außerhalb der Gesellschaft stellte, indem er zwischen »Nation« und »Sozialdemokratie« unterschied. Die liberalen Traditionen, die diese Unternehmer zu vertreten glaubten, waren nur Fassade, Liberalität galt ausschließlich gegenüber der eigenen Klasse. Zwar erkannte Natorp das Recht der Arbeiter an, »ihre Lage zu verbessern«, da »dieses Streben einem jeden Menschen eingeboren und die Quelle des menschlichen Fortschritts ist«, aber es sollte sich nur um »Verbesserungen und Reformen« handeln, die »auf dem (!) Boden der tatsächlichen Verhältnisse gerichtet sind«, d. h. die von den Industriellen ausgehen sollten. Der Redner vergaß deshalb nicht, die Verdienste der Unternehmer für »das materielle und das geistige Wohl« ihrer Untergebenen zu preisen. Aber selbst der Fabrikinspektor Osthues schenkte diesen Versicherungen keinen Glauben und hob in seinem Bericht hervor, daß die Unternehmer gut daran getan hätten, den Anderungsvorschlag der Bielefelder Industrie- und Handelskammer anzunehmen, der in Punkt 2 sich u. a. dafür einsetzte, »mit Achtung und Schonung alle berechtigten Interessen zu behandeln und die Wohlfahrt derselben (gemeint sind die Arbeiter) zu fördern«229. Zwar akzeptierte selbst Natorp, daß es

<sup>4.</sup> Wie die Gewerbetreibenden aber entschlossen sind, ihrerseits zu thun, was Bürgerpflicht gebietet, so erwarten sie auch von den Organen der Staatsregierung und den berufenen Vertretern der Nation die erforderliche Unterstützung, sowohl durch strenge Handhabung der bestehenden Gesetze, als auch durch Abänderung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche das Schwinden des Rechts- und Pflichtgefühls unter der arbeitenden Bevölkerung und die Neigung zu staats- und kulturfeindlicher Agitation ermöglicht haben. Das Protokoll der Verhandlungen und Reden ist gedruckt in: Mittheilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinwirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Düsseldorf, Juli 1878, S. 203–229. Ein Exemplar davon in: Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 71 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>228</sup> Die Rede Natorps ebd. S. 207-217. Zu G. Natorp siehe Schulte, Westfälische Köpfe S. 220 f.

Sta. Ms. Oberprädium, Nr. 2693, Bd. 1, Bl. 143 (Bericht v. 25. 6. 1878). Als Beweis für seine Äußerung führte er an, daß von den 442 Unfällen mit tödlichem Ausgang, die sich in den letzten 4 Jahren im Bochumer Gieß- und Stahlwerk ereignet hätten, in 4/s aller Fälle keine Versicherungspflicht von seiten des Betriebs übernommen worden sei. Zwei Jahre später (7. 10. 1890) betont der Referent der Regierung in Arnsberg (ebd. Bl. 200) in seinem Bericht über die sozialdemokratischen Umtriebe im Regierungsbezirk, daß die sozialen Maßnahmen der Unternehmer, die das beste Mittel gegen die sozialdemokratischen Umtriebe wären, noch immer auf sich warten ließen.

in der Sozialdemokratie »Schattierungen« gebe, daß »nicht alle ihre Mitglieder von so scheußlichen Mordgedanken erfüllt sind«, aber es stand für ihn fest, daß »der Weg vom Reformer zum Sozialisten, vom Sozialisten zum Anarchisten kein weiter mehr« sei. Und zu den Sozialisten zählte er sogar die Christlich-Sozialen, die in ihren Konsequenzen eben dahin führen, »wohin der nackte Sozialismus führt«. Punkt 3 der Resolution war absichtlich recht vage formuliert, eine generelle Entlassung der SDAP-Anhänger aus ihrem Arbeitsverhältnis nicht vorgesehen, da es sich bei diesen größtenteils um qualifizierte Arbeiter handelte, wie der Fabrikinspektor Osthues feststellte<sup>230</sup>. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand sowohl bei Irgahen als auch bei Natorp die Krise, in die Staat und Gesellschaft geraten waren. Für beide war daran nur die SDAP schuld, der es »um Vernichtung des Staats und der Dynastie« gehe (Irgahen), und die durch ihre »Hetzereien gegen unsern Staat«, »gegen unsere gesamten öffentlichen Einrichtungen, gegen Familie und Religion, gegen jede Autorität und jede Person, gegen alles, was dem noch nicht ganz in sittlicher Verkommenheit untergegangenen Menschen heilig und wert sein muß« zum »Quell der Untaten vom 11. Mai und 2. Juni« geworden sei.

Bei der allgemeinen Verfolgung, die bald nach dem 11. 5. 1878 einsetzte, war die SDAP generell, vor allem aber in Westfalen, kaum in der Lage, diese Anschuldigungen der Gegner zu widerlegen. Tölcke, Kuhl und Seelig versuchten es auf einigen Veranstaltungen im Ruhrgebiet, die aber ständig in Gefahr standen, aufgelöst zu werden<sup>231</sup>. Von seiten der Behörden wurde ein nicht unerheblicher Druck auf die Gastwirte ausgeübt, so daß einige Veranstaltungen abgesagt werden mußten, da die SDAP kein Lokal bekam. Bei der Machtfülle, die ihr Gegner besaß, nutzte es der Partei wenig, wenn ihre Redner betonten, »die Sozialdemokraten wollten Reform... (der) Zustände auf dem loyalen Wege der Diskussion«. Es gehe nur darum, die Gesetze, »welche auf der einen Seite nur Schmerbäuche, auf der anderen nur dürre Armut zuließen«, abzuschaffen. Aber bei der Ignoranz der Gegner half diese Versicherung kaum etwas, da es den Gegnern nicht um Diskussion ging, sondern darum, die Sozialdemokratie zu vernichten. Während die SDAP-Agitatoren noch immer gegen die Vorwürfe der Gegner Argumente ins Feld führten, stand es für diese fest, daß die SDAP beseitigt werden müsse, eine Situation, wie sie sich 55 Jahre später noch einmal wiederholte.

Irgahen gelang es bald, die vorhandenen Parteiorganisationen der SDAP in Westfalen zu zerschlagen und die führenden SDAP-Agitatoren ins Gefängnis zu bringen. Die Arbeiterwahlvereine von Dortmund, Minden und Bielefeld lösten sich im Juni 1878 von selbst auf, jedoch »nur zum

<sup>230</sup> Ebd. In diesem Falle »seien keineswegs nur die schlechteren Arbeiter zu entlassen, vielmehr seien die tüchtigsten gerade an der Spitze«.

<sup>&</sup>lt;sup>231</sup> Der Polizeibericht über diese Reden in: Leo Stern (Hrsg.), Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission in: Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III 1 und 2, Berlin 1956, S. 710–715.

Schein«, wie der Polizeiinspektor von Dortmund vermutete, die anderen sozialistischen Vereine bzw. die Vereine, die der Sozialdemokratie nahestanden, wurden aufgelöst<sup>232</sup>. Tölcke wurde am 18. 6. 1878 wegen »Beleidigung durch die Presse« zu zweimal 6 Monaten Gefängnis, Kuhl »wegen tendenziöser Beleidigung von Unternehmern« zu einem Jahr und 3 Wochen Gefängnis verurteilt<sup>233</sup>. Damit war der »gefährlichste Agitator« (gemeint war Kuhl) nach Ansicht des Oberstaatsanwalts »unschädlich gemacht«. Für die Agitatoren Boensch, Kalbfleisch und Schroeder war, wie auch für Tölcke und Kuhl, die Ausweisung vorgesehen. Die Westfälische Freie Presse muste am 24. 10. 1878 ihr Erscheinen einstellen<sup>234</sup>. Das »rosarote« Nachfolgeblatt >Volksbote für Rheinland und Westfalen konnte sich nur vom 26. 10. 1878 bis zum 12. 11. 1878 behaupten. Selbst Tölckes Agitationsschrift aus dem Jahr 1873 >Zweck, Mittel und Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« wurde am 6. 11. 1878 durch die Polizei verboten. Tölcke protestierte dagegen nur »in prinzipieller Beziehung«, da der Verein schon längst aufgelöst worden war, betonte jedoch in seiner Verteidigungsschrift, daß der Verein friedliche Bestrebungen verfolgt habe, die auf dem Wege der Gesetzgebung verwirklicht werden sollten<sup>235</sup>. Am 29. 10. 1878 wurden sogar der Dortmunder Theaterverein Germania« »wegen seines notorisch sozialdemokratischen Charakters« und der Dortmunder Gesangverein >Liederfreund aufgelöst, weil er am 2. Pfingsttage 1878 »bei dem in Dortmund abgehaltenen sozialdemokratischen Arbeiterfeste hervorragend (sich) in sozialdemokratisch umstürzlerischem Sinne beteiligt hatte«236.

Durch das Verbot der Presse und die Verurteilung der Agitatoren kam die sozialdemokratische Bewegung in Westfalen bis 1885 fast ganz zum Erliegen. Tölcke wurde nach 11 Monaten 1879 als kranker Mann vorzeitig aus der Haft entlassen. Der Rest seiner Strafe wurde wegen seiner Krankheit von Jahr zu Jahr aufgeschoben, bis sie ihm anläßlich der Amnestie bei Regierungsantritt Friedrichs III. schließlich erlassen wurde. Tölcke

Ebd. S. 701-705. Dazu gehörten ferner: Allgemeiner Deutscher Maurer- und Steinhauerbund, Deutscher Zimmererbund, Allgemeiner Deutscher Schuhmacherverein, Berliner Putzerklub und der Verein der Sattler und Berufsgenossen, die alle Zweigvereine in Westfalen hatten. Siehe auch den Bericht des Oberstaatsanwalts bei Hellfaier S. 171. Nach Anzeige im Reichsanzeiger (Mitteilung in der Westfälischen Zeitung v. 29. 10. 1878) wurden folgende Arbeiter-Wahlvereine verboten: Hagen, Bochum, Langerfeld und Dortmund. Siehe Kurt Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung der sozialdemokratischen Presse im Ruhrgebiet (1875 bis 1908), in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark (50) 1953), S. 32

<sup>&</sup>lt;sup>233</sup> Die »Nachweisung der sozialdemokratischen Agitatoren, welche im Bezirke (Arnsberg) wohnen oder sich daselbst aufgehalten haben«, Arnsberg, den 11. 8. 1878); Stern S. 706–709, nennt folgende Agitatoren: C. W. Tölcke, J. Kuhl, J. Bönsch, H. Kalbfleisch und L. Schröder.

<sup>&</sup>lt;sup>234</sup> Dazu ausführlich Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung S. 30 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>235</sup> Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Nachlaß Motteler, Nr. 2648.

<sup>&</sup>lt;sup>236</sup> Stern S. 735 ff.

sagte über die Folgen seiner Haft auf dem Parteitag in Halle/Saale 1890: »Ich war früher einer der stärksten Männer Deutschlands, und nach dem Gutachten meiner Ärzte hätte ich vielleicht 100 Jahre alt werden können, wenn nicht, eine Folge der Haft, mein Körper vollständig ruiniert wäre«237. Er behielt aber weiter als Volksanwalt mit der Arbeiterschaft Kontakt, vor allem mit der Bergarbeiterschaft, die durch Schroeder immer stärker für die SDAP gewonnen wurde. In den einzelnen westfälischen Orten bestanden zwar weiterhin Gruppen, die zur SDAP hielten, aber kaum durch illegale Aktionen in Erscheinung traten. Der ›Sozialdemokrat‹, der durch die »Rote Feldpost« aus der Schweiz bzw. England nach Deutschland eingeschmuggelt wurde, hatte in Westfalen, verglichen mit anderen Gebieten in Deutschland, relativ wenig Abonnenten. Überdies nahm die Abonnentenzahl nach 1887 ab, nachdem seit dem 1. 9. 1888 die >Westfälische-Arbeiterzeitung in Dortmund als Organ »des arbeitenden Volkes « erschien. Auch der Kontakt Mottelers mit westfälischen Vertrauensleuten war bis 1887 nicht sehr stark<sup>238</sup>.

# Die Agitation durch die rheinische SDAP

Die darniederliegende Agitation in Westfalen wurde seit 1885 vom Rheinland her wieder aktiviert<sup>239</sup>. Am 28. 6. 1885 fand in Hattingen ein geheimes Treffen von Sozialdemokraten aus der Rheinprovinz (Elberfeld, Barmen) und Westfalen (Annen, Hattingen, Witten, Gelsenkirchen) statt.

237 Protokoll S. 296. Kuhl kam erst im September 1879 frei. Er wanderte nach Amerika aus. Siehe Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung S. 33.

<sup>239</sup> Bericht der Regierung in Arnsberg an den Oberpräsidenten vom 3. 7. 1885 in: Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, 1. Bd., Bl. 263-67; gedruckt bei Hellfaier S. 181 ff.

<sup>238</sup> Die Abonnentenzahlen des >Sozialdemokrat« für Westfalen (1887-1890) siehe bei Hellfaier S. 167. Zum Kontakt der einzelnen SDAP-Vertrauensleute mit Motteler siehe Nachlaß, a. a. O.; genannt werden hier: unter dem Decknamen »Rother Distelfink« der Vertrauensmann aus Hagen (1889), Nr. 506; Genossen aus Gelsenkirchen (1890), Nr. 523; »Wilhelm« aus Dortmund (1885-1886), Nr. 583; »Wilhelm vom Hey« aus Iserlohn (1889/90), Nr. 646; »Der rothe Sauerländer« aus Lüdenscheid (1887-89), Nr. 970; »Wolfgang Wunderlich« aus Bochum (1887/90), Nr. 1251; »Pumpernickel« aus Dortmund (1883), Nr. 1262; Ein Vertrauensmann aus Bielefeld (1883) (s. Hellfaier S. 168). An den Parteikongressen in der Schweiz nahm aus Westfalen lediglich in St. Gallen (1887) Hegemann aus Bielefeld teil (ebd. S. 169). In den Dbersichten über die allgemeine Lage der socialdemokratischen und revolutionären Bewegung im Reich (1878/94), (Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2694, Bd. 1) werden kaum sozialdemokratische Aktionen aus Westfalen genannt, erwähnt wird lediglich: Am Geburtstag Lassalles wurde 1883 in Hagen an Türmen, Fabrikschloten, Symphatiebeweise angebracht (S. 171); am 1. 9. 1883 wurde auf einem Berg bei Iserlohn eine rote Fahne gehißt (S. 197); in Dortmund fand am 18. 3. 1884 ein Ausflug mit roten Fahnen statt (S. 227); in Bielefeld vermuteten die Behörden hinter dem Streik im März 1888 sozialdemokratische Umtriebe. Sie verhängten deshalb den Belagerungszustand (S. 225). In Witten glaubte die Polizei, 1879 einer »heimlichen socialdemokratischen Gesellschaft auf die Spur« gekommen zu sein (zitiert nach Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung S. 33).

Die Teilnehmer mußten alle Tricks, zum Beispiel Vorgabe einer Geburtstagsfeier, anwenden, um die Polizei nicht auf sich aufmerksam zu machen. Trotzdem war diese über die Vortragsthemen der einzelnen Redner und die Beschlüsse der Versammlung unterrichtet. Im Vordergrund der Besprechung stand die Frage der Organisation der SDAP in Rheinland und Westfalen. Die rheinischen Gemeinden sollten Redner nach Westfalen senden und auch in Zukunft ähnliche Zusammenkünfte wie diese in Hattingen durchführen. Es überrascht nicht, daß bei diesem Treffen primär Fragen der Organisation und der Agitation im Vordergrund standen und nur sekundär über programmatische Themen gesprochen wurde. Soweit diese jedoch zur Sprache kamen, wird deutlich, daß auch die rheinischen Agitatoren nach wie vor Lassalles Programm vertraten. So hielt der rheinische Agitator Heppe einen Vortrag über die Produktivassoziationen. Auch der Streit in der SDAP-Reichstagsfraktion um die Subventionen der Postdampferschiffsverbindung mit den Kolonien, der zu heftigen Debatten in der Partei führte, kam zur Sprache, wobei sich die Hattinger Versammlung auf die Seite der Minderheitsgruppe um Bebel stellte, die die Subvention ablehnte240.

Die Agitation in Westfalen durch die Agitatoren aus den rheinischen SDAP-Zentren Elberfeld und Barmen wurde in den folgenden Jahren noch stärker intensiviert. Man wandte nun eine neue Taktik an. Die Agitatoren beschränkten sich nun nicht mehr nur auf die alten SDAP-Zentren in Westfalen, sondern agitierten auch in den Orten, die bis dahin als aussichtslos für die Sozialdemokratie gegolten hatten, wie z. B. Neheim. Hierher schickten sie einen Agitator, der als Fabrikarbeiter eine kleine Gruppe SDAP-Anhänger sammelte. Sobald die Gruppe intakt war, zog er an einen anderen Ort. Der Wahlerfolg von 1890 macht deutlich, daß diese Form der Agitation wesentlich wirksamer war als die früher praktizierte. Auch den Behörden war diese neue Form der Agitation nicht verborgen geblieben, und die Erfolge im Wahlkreis Arnsberg waren für sie der Beweis, daß »die Sozialdemokratie auch unter den Fabrikarbeitern, welche in ländlichen Bezirken wohnen, schnell um sich greift«<sup>241</sup>.

Die Haltung der Minderheit in der Dampfersubventionsvorlage wurde allgemein als »marxistisch« angesehen, obgleich auch Engels sich nicht gegen die Subvention aussprach, sondern das Ganze unter dem Aspekt der Zweckmäßigkeit sah. Siehe Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg, Hannover 1967, S. 33 f. Es ist anzunehmen, daß auf dem Hattinger Treffen die Entscheidung kaum aufgrund von ideologischen, vielmehr aufgrund von taktischen Überlieferungen so ausfiel. Bebel galt auch in Westfalen als unangefochtener Parteiführer.

<sup>&</sup>lt;sup>241</sup> Bericht der Regierung in Arnsberg vom 27. 5. 1890 an den Oberpräsidenten über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung, St. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, 2. Bd., Bl. 123–38, gedruckt bei Hellfaier S. 186–206, S. 198. Die Agitation im Wahlkreis Arnsberg-Olpe sei vor der Wahl 1887 ausschließlich durch die Agitatoren aus Elberfeld betrieben worden, erklärte Lehmann auf dem Parteitag in Hagen (1893). Siehe Bericht in: Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, 2. Jg., Nr. 177 (1. 8. 1893).

Wahlergebnisse (in %)								
Wahlkreis	1878	1881	1884	1887	1890			
Iserlohn-Altena	3,22	1,19	5,42	6,65	18,93			
Hagen	2,86	1,82	5,70	11,70	23,83			
Bielefeld	5,29	8,84	17,22	1,95	22,96			
Dortmund	6,95	3,52	5,99	5,66	26,73			
Minden	1,14	0,84	6,06	8,08	17,19			
Bochum	2,21			2,17	14,94			
Hamm			_		1,70			
Münster				0,62	2,69			
Lüdinghausen	-		0,24	0,20	0,25			
Lippstadt					2,07			
Siegen					1,26			
Arnsberg	0,20	promising.		0,42	4,72			
Regierungsbezirk								
Münster		_	0,11	0,30	3,40			
Minden	1,52	2,16	7,03	6,20	13,33			
Arnsberg	2,40	0,97	2,17	3,61	14,34			

Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten war bei den sogenannten Attentatswahlen (1878) gegenüber der Wahl von 1877 in Westfalen stärker zurückgegangen als im Reich²4². Während im Ruhrgebiet auch nach 1878 aufgrund der fehlenden Agitation und des Drucks von seiten der Unternehmer der Stimmenanteil der SDAP noch weiter zurückging, kam es in Bielefeld bereits 1881 zur Solidarisierung der Arbeiterschaft mit der verfolgten SDAP, da hier die Agitation nicht so stark beeinträchtigt worden war wie im Ruhrgebiet, bzw. im märkischen Industriegebiet²⁴³. Die nach 1885 auch im westlichen Westfalen wieder stärker einsetzende Agitation ist bereits bei der Wahl von 1887 erkennbar. Sie führte zum Erfolg bei der Wahl von 1890. In Bielefeld und in Dortmund kamen die Kandidaten der SDAP zum ersten Mal in Westfalen in die Stichwahl. Tölcke gewann dabei 1714 Stimmen und wurde nur mit 3000 Stimmen Vorsprung durch den nationalliberalen Gegenkandidaten geschlagen.

Durch die Agitatoren aus dem Rheinland wurde vermutlich auch die >Westfälische Arbeiterzeitung« initiiert, die seit dem 1. 9. 1888 als Kopfblatt der >Freien Presse« (Elberfeld) von August Bölger in Dortmund in einer Auflage von zunächst 400, später 800 Exemplaren herausgegeben, jedoch am 23. 8. 1889 von den Behörden verboten wurde<sup>244</sup>. Mit der >Westfälischen Arbeiterzeitung« wurden zum ersten Mal auch marxistische

<sup>&</sup>lt;sup>242</sup> Siehe Mehring, 5. Buch, S. 145. Während im gesamten Reich die SDAP nur knapp 2% ihres Stimmenanteils einbüßte, verlor sie im Regierungsbezirk Minden 3,47%, im Regierungsbezirk Arnsberg 3,51%.

<sup>243</sup> Siehe Hofmann S. 70.

<sup>&</sup>lt;sup>244</sup> August Bölger war von Beruf Hüttenarbeiter. Er übernahm die Redaktion am 1. 8. 1888. Zur Geschichte der Zeitung siehe Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung S. 38 ff.

Ideen in die westfälische SDAP hineingetragen. Die Zeitung übernahm diese Artikel aus anderen Zeitungen, so z. B. aus dem Berliner > Volksblatt. Betont wurde hier stärker als bisher in den westfälischen SDAP-Zeitungen die Notwendigkeit des Klassenkampfes, der Überführung der Produktionsmittel in Gemeinbesitz des ganzen Volkes, herausgestellt wurde die Armut als Folge der »verkehrten gesellschaftlichen Einrichtungen«, gefordert die »Umwendung der privatkapitalistische(n) Produktion in eine gemeinschaftliche«, und daß »der Mehrwert der Arbeit, der zum Wohlstand des ganzen Volks da ist, ... sich nicht in den Händen eines einzelnen konzentrieren« dürfe, ferner die »Verdrängung der kapitalistischen Produktionsform« in eine »höhere Form der Gütererzeugung«. Hervorgehoben wurde, daß die Arbeiterbewegung nicht Gegner des Eigentums sei, sondern nur Gegnerin des durch Arbeit geschaffenen zum Fremdeigentum gewordenen Kapitals«. Die Ziele der sozialdemokratischen Bestrebungen seien »nur auf gewaltsame Weise im Klassenkampfe und durch völlige Niederwerfung der besitzenden Klassen« zu erreichen. Deutlich wurden in einem Artikel die Geschichte als Geschichte des Klassenkampfes, der Streik als ein Mittel des Klassenkampfes und als Zeichen für das »Klassenbewußtsein« dargestellt<sup>245</sup>.

Die Fortsetzung der lassalleanischen Tradition nach Aufhebung des Sozialistengesetzes

Doch scheint das marxistische Gedankengut kaum Anklang gefunden zu haben, solange noch die alten lassalleanischen Agitatoren in Westfalen, allen voran Tölcke, das Feld behaupteten. Im Wahlkampf von 1890 wurden zwar Flugblätter verteilt, in denen »eine äußerst heftige Sprache gegen die besitzenden Klassen, die Tätigkeit des letzten Reichstages und die herrschende Produktionsweise geführt wurde«, aber selbst die Behörden mußten zugeben, daß sie »als auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung d. i. den gewaltsamen Umsturz im Gegensatz zur Reform auf gesetzmäßigem Wege gerichtet nicht angesehen werden« können. Zwar wurde im Wahlkampf auch einmal »Nieder mit Kaiser und Reich. Es lebe die Republik!« gerufen, aber typischer scheint die Parole zu sein, die man in Bochum in der Nähe des Amtsgerichts an die Wand malte: »Hoch lebe Lassalle! Nieder mit der Monarchie! Hoch lebe die Sozialdemokratie!«246 In der Ideologie der westfälischen SDAP hatte sich seit 1865 nicht viel geändert. Das zeigt deutlich eine Resolution, die 1890 auf einer Bergarbeiterversammlung angenommen und in der gefordert wurde, »in Gemeinschaft mit dem gesamten deutschen Bergmannsstande bei den Reichstagswahlen, bei dem Reichstage, dem Bundesrat und bei Sr. Majestät hierauf hinzuwirken, daß sämtliche deutschen Bergwerksunternehmen durch Enteignung der bisherigen Besitzer in das dauernde, gemeinschaftliche und

<sup>245</sup> Die Zitate sind entnommen dem Bericht des Arnsberger Regierungspräsidenten vom 23. 8. 1889 an die Reichs-Commission, in: *Stern S.* 342–351.

<sup>&</sup>lt;sup>246</sup> Bericht des Regierungspräsidenten von Arnsberg vom 27. 5. 1890 zitiert nach Hellfaier S. 200. Zur Rezeption des Marxismus zur Zeit des Sozialistengesetzes siehe Steinberg S. 27 ff.

unveräußerliche Eigentum der in denselben selbsttätigen Leiter, Beamten und selbständigen Arbeiter übergehen«. Die Verfasser dieser Resolution bemühten sich um den Nachweis der Legalität dieser Forderung, indem sie darauf hinwiesen, »daß diese und ähnliche Eigentumsumwandlungen in größerem Umfange, wie insbesondere bei der Befreiung des Bauernstandes und bei dem Übergange der Eisenbahnen auf den Staat, wiederholt durch Enteignung vorgenommen sind und in kleinerem Maßstabe, wie bei der Anlegung von Wegen, Straßen, Kanälen, Festungen, Wasserwerken, öffentlichen Gebäuden usw. auf dieselbe Weise fast alltäglich vollzogen werden«. Auf ähnliche Modelle »legaler Art der Eigentumswandlungen« hatte

bereits Tölcke in seiner Hagener Rede von 1865 hingewiesen<sup>247</sup>.

Tölcke verfocht nach wie vor, wenn auch in modifizierter Form, die Lehren Lassalles, und er wurde auf dem Parteitag in Erfurt (1891) zum Sprecher des Lassalle-Flügels in der Patrei, als es darum ging, Lassalle gegen Bernsteins Kritik zu verteidigen. In seiner Rede, die er auf diesem Parteitag hielt, stellte er Lassalles Bedeutung für die damalige Zeit heraus<sup>248</sup>. Dabei zeigte er sich kompromißbereit und durchaus damit einverstanden, daß in dem neuen Parteiprogramm die Forderung nach Produktivgenossenschaften wegfallen sollte, womit, wie er ausführte, »bei dem heutigen Stand der Wissenschaft auch Lassalle . . . einverstanden wäre«. Aber er gab auch den »Jungen«, gemeint waren Kautsky, Bernstein u. a., die nun die Rezeption des Marxismus befürworteten, zu bedenken, daß es »falsch gewesen (wäre), wenn man von vornherein mit dem wissenschaftlichen Sozialismus begonnen hätte, weil man keinen einzigen Arbeiter mit wissenschaftlichen Deduktionen hinter seiner Feueresse hätte hervorlocken können. Es mußte an die tatsächlichen Verhältnisse angeknüpft werden.« Hätte es Lassalle, so führte er weiter aus, nicht getan, »dann wäre es ihm gerade so gegangen wie Marx und Engels in London; sie werden auch da mit den schönsten wissenschaftlichen Beweisen und Postulaten keinen einzigen Arbeiter von seinen Verbindungen ablocken können.« Das Protokoll vermerkt am Ende seiner Rede: »Lebhafter Beifall und Händeklatschen«, was erkennen läßt, daß die Lassalleaner in der Partei doch noch stark vertreten waren. Kautsky glaubte deshalb, in einem Brief an Engels in London die Bedeutung von Tölckes Rede und den Applaus herunterspielen zu müssen, indem er nur von »20 Leuten« spricht, die »sehr richtig« riefen. Mit Interesse verfolgte auch Engels Tölckes Erfurter Rede, glaubte aber, daß durch die Veröffentlichung von Marx' >Randglossen zum Gothaer Programm aus dem Jahr 1875, die erst 1890/91 erfolgte, »die Altlassalleaner... aus der Gemütsruhe der obligatorischen Lassallevergötterung aufgeschreckt« seien<sup>249</sup>.

<sup>249</sup> Der Brief Kautskys und die Antwort von Engels (3. 12. 1891) in: Benedikt Kautsky, Friedrich Engels Briefwechsel mit Karl Kautsky, Wien 1955, S. 315 ff.

<sup>247</sup> Ebd. S. 192.

<sup>&</sup>lt;sup>248</sup> Die Rede im Protokoll, S. 211-15. Zur Programmdiskussion auf diesem Parteitag siehe Miller S. 199-226 sowie Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1970, S. 108 ff.

Die Grundsatzdiskussion, die nach 1890 in der SDAP einsetzte, und die ihren ersten Höhepunkt auf dem Parteitag in Erfurt (1891) fand, hat die Parteimitglieder in Westfalen kaum beschäftigt. Zwar erschütterten hier die Partei nach 1890 zahlreiche interne Streitigkeiten, aber es ging dabei nie um ideologische Fragen. Nur am Rande tauchte auf dem Hagener Parteitag für das westliche Westfalen (30. 7. 1893) zum Beispiel die Frage auf, ob an dem Züricher Arbeiterkongreß auch Anarchisten teilnehmen dürften. Für ihre Zulassung stimmten 38, dagegen 10 Mitglieder. Der Dortmunder Agitator Lehmann setzte sich für eine Zulassung mit dem Argument ein, daß man nicht einfach jeden ausschließen könne, »der nicht auf Karl Marx und seine Werttheorie« schwöre<sup>251</sup>. Aber auch dieser allgemeinen Entscheidung lagen rein taktische Motive zugrunde. Der Bochumer Delegierte auf dem Erfurter Parteitag, Jeup, der als Herausgeber mehrerer SPD-Zeitungen im Ruhrgebiet eine einflußreiche Position besaß, hatte sich in Erfurt den Radikalen um Wilhelm Werner angeschlossen, die zum Anarchismus tendierten. Jeup war damit in Bochum auf Ablehnung gestoßen<sup>252</sup>. Der Antrag des Bochumer Delegierten Schütz auf dem Hagener Parteitag, den Anarchisten eine Teilnahme in Zürich zu ermöglichen, war vermutlich ein Versuch, Jeups Haltung in Erfurt nachträglich gegen seine Kritiker zu rechtfertigen. Der Beschluß dieses Parteitags war keineswegs eine Präventivmaßnahme gegen zum Anarchismus neigende jüngere Parteigenossen in Westfalen. Hier reagierte man lediglich auf die ideologischen Differenzen, die in Berlin durch die »Jüngeren« zur Diskussion gestellt wurden. Wenn Tölcke sich im Wahlkampf 1891 entschieden für den Parlamentarismus einsetzte und dabei alle Bestrebungen in der Partei ablehnte, die sich dagegen aussprachen, so geschah das in der Auseinandersetzung mit »den jüngeren Genossen« in Berlin, nicht aber mit den jüngeren Genossen in Westfalen<sup>253</sup>. Seine Position und das Programm, das er vertrat, blieben nach wie vor unbestritten<sup>254</sup>. Die Partei in Westfalen folgte ihm bedingungslos, und als 1893 bei seiner Nominierung zum SPD-Kandidaten für den Wahlkreis Dortmund eine kleine Gruppe sich gegen seine Kandidatur

<sup>&</sup>lt;sup>250</sup> Zur Diskussion des Erfurter Programms siehe Miller S. 199 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>251</sup> Der Bericht über den Parteitag in: Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung, Nr. 160 (12. 7. 1893).

<sup>&</sup>lt;sup>252</sup> Siehe Koszyk, Die Anfänge und frühe Entwicklung S. 60.

<sup>253</sup> Die Rede Tölckes in: Gelsenkirchener Arbeiter-Zeitung vom 7. 10. 1890. Mit der Neufassung des SPD-Grundsatzprogramms erklärten sich die westfälischen SPD-Mitglieder bereits vor dem Parteitag in Erfurt einverstanden (Vorwärts Nr. 223 vom 24. 9. 1891). Heftige Anklagen erhob man jedoch gegen die sog. Berliner Opposition, einer kleinen Gruppe um Werner und Wildberger, die auf Tölckes Antrag aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, was auf dem Erfurter Parteitag schließlich auch geschah. Tölckes Resolution im: Vorwärts Nr. 230 vom 2. 10. 1891. Für Tölcke war nach wie vor die Geschlossenheit der Partei wichtiger als jede Grundsatzdiskussion, die von Vertretern kleinerer Oppositionsgruppen in die Partei hineingetragen wurde.

<sup>&</sup>lt;sup>254</sup> Trotz seines hohen Alters wurde Tölcke 1890 in Dortmund zum Delegierten für den Parteitag in Halle/Saale und 1891 zum Delegierten für den Parteitag in Erfurt gewählt.

aussprach, geschah das nicht aufgrund ideologischer Streitigkeiten, sondern weil die jüngere Generation Tölcke für zu alt hielt. Tölcke reagierte auf den Vorschlag dieser kleinen Gruppe mit einer ungeahnten Schärfe. Den jüngeren Genossen hielt er vor: »Ich bin nie so blödsinnig eitel gewesen, in der Partei einen Vertrauensposten zu übernehmen, dem ich nicht in jeder Beziehung, also auch auf mein Alter, vollständig gewachsen gewesen wäre, wie ich insbesondere während der letzten Wahlkämpfe im hiesigen Kreise genügend bewiesen zu haben glaube. Zudem lasse ich mich, solange ich nicht selbst von meiner Invalidität überzeugt bin, von Niemand abhalten, in der Partei weiter tätig zu sein, auch nicht von jungen Leuten, welche froh sein sollten, daß in der Partei alte erfahrene Personen vorhanden sind, von denen sie selbst noch Vieles lernen können<sup>255</sup>.« Sein Altersstarrsinn ist unverkennbar, und der Wunsch der Vertreter der jüngeren Generation, denen er einmal gedroht hatte, »mit euren Knochen werfe ich noch Apfel von den Bäumen!«256, war durchaus verständlich. Jedoch hatte dieser Generationskonflikt, der 1893 in der westfälischen SPD zutage trat, keine ideologischen Gründe. Es ging dabei um die Frage der Organisation und der Agitation, dem wichtigsten Problem der westfälischen Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert. Die alten Fehler, die die Partei in dieser Beziehung bereits vor dem Sozialistengesetz gemacht hatte, traten auch jetzt wieder auf, obgleich sich gerade in der 2. Hälfte der 80er Jahre mit Hilfe der rheinischen SPD ein Neuansatz geboten hätte<sup>257</sup>.

# Die Agitation nach Aufhebung des Sozialistengesetzes

Für die sozialdemokratischen Agitatoren bot sich in den letzten Jahren unter dem Sozialistengesetz im Wahlkampf und in den zahlreichen Vereinen ein weites Agitationsfeld. In dem bedeutendsten Regierungsbezirk der Provinz, Arnsberg, waren es 5 größere Gruppen von Vereinen, in denen die Agitatoren tätig waren<sup>258</sup>:

a) die Handwerkervereine: sie überwiegen bei weitem und machen deutlich, daß auch nach dem Sozialistengesetz die Handwerker neben den Bergleuten in der westfälischen SPD dominieren<sup>259</sup>;

<sup>&</sup>lt;sup>255</sup> Der Streit wurde in der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung ausgetragen: Nr. 169 (22. 7. 1893), Nr. 171 (25. 7. 1893). Tölckes Zitat in: Nr. 181 (5. 8. 1893).

<sup>&</sup>lt;sup>256</sup> Zitiert nach Koszyk, Die Anfänge und frühe Entwicklung S. 79.

<sup>&</sup>lt;sup>257</sup> Zur Agitation rheinischer Agitatoren in Westfalen siehe den Bericht des Arnsberger Regierungspräsidenten 27. 5. 1890 (Zitat bei Hellfaier S. 197). In dem Wuppertaler Geheimbundprozeß von 1889 wurden auch einige westfälische Agitatoren angeklagt, u. a. Iserloh aus Lüdenscheid und Hagedorn aus Dortmund.

<sup>&</sup>lt;sup>258</sup> Siehe Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, Bd. 2, Bl. 178 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>259</sup> Insgesamt 17 Vereine. Führend die Tischler mit 5 Vereinen, davon 2 in Dortmund, es folgen die Schuhmacher mit 3 Vereinen, die Schneider, Maler und Maurer mit 2, die Zimmerleute, Böttcher und Kupferschmiede mit je 1 Verein.

- b) die Fabrikarbeitervereine: vermutlich stand ihrer politischen Betätigung nach wie vor der Druck von seiten der Fabrikanten entgegen; hinzu kam, daß sich unter den Arbeitern nie eine so rege Vereinstätigkeit entfaltet hatte wie unter den Handwerkern<sup>260</sup>;
- c) die Knappenvereine: obgleich die Bergleute das größte Kontingent unter den sozialdemokratischen Agitatoren stellten, war jedoch nur ein kleiner Teil dieser Vereine sozialistischer Tendenzen verdächtig; vermutlich standen sie auch nach dem Streik von 1889 noch unter kirchlichem Einfluß<sup>261</sup>;
- d) Bildungs-, Lese- bzw. Unterhaltungsvereine: laut Statuten hatten sie zur Aufgabe, humanistisches Gedankengut zu propagieren; da sie jedoch häufig freidenkerische Ideen vertraten und manche ihrer Mitglieder der SPD angehörten, waren sie für die Behörden sozialistischer Tendenzen verdächtig;
- e) die Wahlvereine: sie entstanden vor allem vor den Reichstagswahlen und machten unter der Bezeichnung »Vereine für volkstümliche Wahlen« für den SPD-Kandidaten Propaganda.

Im Gegensatz zum Regierungsbezirk Arnsberg sind im Regierungsbezirk Münster um 1890 nur Ansätze einer sozialistischen Agitation in den Vereinen festzustellen. Nach Ansicht der Behörden machten sich vor allem im Westen »von Holland aus sozialistische Einflüsse bemerkbar«, gegen die die Fabrikanten u. a. mit Entlassungen vorgingen. In diesem Regierungsbezirk beschränkte sich die Agitation auf die Zigarrenarbeiter in Burgsteinfurt, die Weber und Glasmacher in Ibbenbüren. Die Handwerker dagegen zeigten hier wenig Neigung für die Sozialdemokratie. Den bedeutendsten Anhang besaß die Partei unter den Bergarbeitern in Recklinghausen<sup>262</sup>.

Noch stärker als im Regierungsbezirk Arnsberg ist im Regierungsbezirk Minden vor Aufhebung des Sozialistengesetzes die SDAP-Agitation in den Handwerkervereinen festzustellen, während die Industriearbeitervereine hier fast überhaupt nicht in Erscheinung traten. Eine gesonderte Stellung nahmen die Tabakarbeiter ein, die unter allen Vereinen, die der »sozialdemokratischen Umtriebe« verdächtig waren, mit 5 Zweigvereinen am stärksten vertreten waren und auch eine intensive Agitation betrieben. Die Bildungsvereine mit sozialistischer Tendenz waren hier nur schwach vertreten. Eine Besonderheit für ganz Westfalen stellte in Bielefeld die »Freie Vereinigung der Frauen und Mädchen« dar, die von dem alten SDAP-Agitator, dem Schneidermeister Zwiener, offensichtlich initiiert worden war<sup>263</sup>.

Darunter 3 Former-, 3 Metallarbeiter-, 2 Schleifer- und je ein Dreher-, Maschinen- arbeiter- und Gießerverein.
 Insgesamt nur vier Vereine.

 <sup>&</sup>lt;sup>262</sup> Bericht der Regierung in Münster vom 22. 6. 1890, gedruckt bei Hellfaier S. 211 f.
 <sup>263</sup> Bericht der Regierung in Minden vom 25. 6. und 18. 7. 1890 (ebd. S. 213 ff.).
 Insgesamt sind es 22 Handwerker-, 4 Industriearbeitervereine und 1 Bildungsverein.

Neben den Handwerkervereinen konzentrierte sich um 1890 die Aktivität der SDAP im Ruhrgebiet auf die Bergleute. Der Streik von 1889 hatte der Partei den Einbruch in die Reihen der Bergarbeiter ermöglicht. Von den ca. 260 Agitatoren, die 1891 im Regierungsbezirk Arnsberg für die SPD tätig waren, waren 118 Bergleute, die im Durchschnitt 30 Jahre alt waren. Wenn auch nicht alle 29153 Mitglieder des sogenannten »Alten Verbandes« (Frühjahr 1890) als heimliche Mitglieder der SDAP anzusehen sind, so stand der Verband doch unter dem Einfluß der Partei, was sich u. a. darin zeigte, daß der Verband die Reichstagskandidaten der SDAP für den Wahlkreis Dortmund (Tölcke) und Bochum (Lehmann) unterstützte und daß fast

alle Delegierten der SDAP angehörten.

Eine neue Zielgruppe, die durch die Agitation der SDAP in Westfalen nach 1890 angesprochen wurde, war die Landbevölkerung. Bereits 1878 hatte Tölcke nach Angaben des Regierungspräsidenten von Arnsberg Landagitation betrieben<sup>264</sup>. Noch bevor auf dem Parteitag in Frankfurt 1894 die SPD sich der Agrarfrage zuwandte, glaubte man in Westfalen durch eine gezielte Landagitation Mitglieder für die SPD gewinnen zu können. Die ›Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung wandte sich in ihren Leitartikeln vor allem an die Kleinbauern, die der Konkurrenz der landwirtschaftlichen Großbetriebe nicht gewachsen waren und denen sie versicherte, daß ihr Heil nicht in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liege, sondern daß nur die sozialistische Gesellschaftsordnung ihnen größere Erfolge garantiere<sup>265</sup>. Der Widerstand von seiten der Landbevölkerung gegen die Landagitation der SPD war recht groß. Nicht selten hetzten die Bauern die Hunde auf die Agitatoren. Der Bischof von Münster wandte sich in einem Hirtenbrief gegen die SPD-Landagitation<sup>266</sup>, verständlicherweise auch der Agrarierflügel des Zentrum unter dem »Bauernführer« von Schorlemer-Alst, der offensichtlich nach dem Einbruch der SPD in die Bergarbeiterschaft nun auch ihren Erfolg bei der katholischen Landbevölkerung befürchtete<sup>267</sup>. Noch heftiger aber wandten sich die Konservativen in Minden-Ravensberg gegen die Landagitation der SPD. Seit 1890 hatte hier der evangelische Pfarrer Iskraut die Konservativen gesammelt und gegen die SPD aufgehetzt<sup>268</sup>. Iskraut, der sich im Reichstag als radikaler Antisemit der Gruppe von Dr. Böckel anschloß, ist eine negative Erscheinung unter den »politischen Pastören« in Ravensberg. In der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern schreckte er vor rüden Methoden nicht zurück, die ihren Höhepunkt in der sogenannten »Schlacht bei Spenge« fanden. Die Bielefelder SPD-Mitglieder,

<sup>265</sup> Nr. 168 (21. 7. 1893).

<sup>&</sup>lt;sup>264</sup> Siehe Stern S. 709.

Abgedruckt in der Germania vom 2. 12. 1890.
 Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, Bd. 2, Bl. 248 ff.

<sup>268</sup> Ebd. Bl. 296. Die SPD war in Westfalen die einzige Partei, die entschieden die Antisemiten bekämpfte und nicht wie die anderen Parteien mit diesen Wahlkoalitionen einging. Noch zur Zeit des Sozialistengesetzes sprengten Sozialdemokraten Wahlversammlungen der Antisemiten im Ruhrgebiet. Als wichtigste Boykottmaßnahme gegen Wahlveranstaltungen der Antisemiten erwiesen sich Gegenveranstaltungen der SPD.

die auf einem Ausflug in Spenge eine Versammlung halten wollten, wurden von den Bauern mit Dreschflegeln vertrieben, wobei es einige Verletzte gab, darunter auch Frauen und Kinder. Das Ereignis fand sogar in der ausländischen Presse Beachtung, wurde aber von den Behörden bewußt heruntergespielt<sup>269</sup>. Eine Messerstecherei in Buer, die sich zur selben Zeit ereignete und in die angeblich auch einige Sozialdemokraten verwickelt gewesen sein sollten, bot der gegnerischen Presse Gelegenheit, die »Schlacht bei Spenge« angesichts der sozialdemokratischen Gefahren zu verteidigen. Trotz der Widerstände, die sich der Landagitation in den Weg stellten, konnte die sozialdemokratische Presse 1894 von Fortschritten berichten: Die Wurzeln der alten Parteien begännen auf dem Lande abzusterben<sup>270</sup>.

# Organisation und Struktur der SPD

Trotz der Erfolge, die die SPD nach 1890 in Westfalen zu verzeichnen hatte, blieb ihre Organisation unzulänglich. Tölcke hatte in seiner Gelsenkirchener Rede im Oktober 1890 eine neue Organisation der Partei befürwortet. Auf dem ersten westfälischen Provinzial-Parteitag, der am 6. 12. 1891 in Dortmund stattfand, war zwar ein zentrales Agitationszentrum für das westliche Westfalen eingerichtet worden, das sich allerdings fast nur um die tiefgehenden Streitigkeiten über die sozialdemokratische Presse in Westfalen kümmern konnte. Im Gegensatz zum Rheinland konnte sich dieses Agitationskomitee kaum entfalten, so daß auf dem Hagener Provinzialparteitag (1893) die Schwelmer Delegierten drohten, sie würden sich dem Elberfelder Agitationskomitee anschließen. Auch von anderen Delegierten wurde Kritik am Dortmunder Komitee geübt. Lehmann, der auf diesem Parteitag das Grundsatzreferat hielt, stellte fest, daß der Mangel einer gemeinsamen Agitation zu schweren Fehlern im Wahlkampf geführt habe. Eine rege Agitation sei nur in Dortmund und Bochum betrieben worden, und so seien die Erfolge, die die SPD bei der Reichstagswahl 1893 erzielen konnte, nicht das Ergebnis einer intensiven Agitation, sondern die Folge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse gewesen. Der Parteitag beschloß deshalb, das Agitationskomitee zu reaktivieren und für seine Kostendeckung von jedem Wahlkreis eine bestimmte Quote zu erheben. Aber auch dieses Komitee brachte nicht den erwünschten Erfolg, wie sich auf dem Provinzialparteitag in Unna (1894) herausstellte. Insgesamt standen dem Komitee für das Jahr 1893/94 109 Mark zur Verfügung. Die Beiträge

Siehe Hoener S. 78 und 90 und Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. 1, Köln 1950, S. 26 ff. Die Berichte der Behörden in: Sta. Ms. Oberpräsidium, Nr. 2693, Bd. 3, Bl. 17 ff.

<sup>51. 17</sup> ft.

270 Siehe Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung S. 97. Der Provinzialparteitag in Unna (1894) beschloß, die Wahlkreise in Bezirke aufzuteilen, die einen Vertrauensmann wählen sollten, der die Agitation regeln sollte. Auf diese Weise hoffte man, vor allem die Landagitation stärker zu aktivieren. Protokoll des Parteitags in: Sta. Ms. Kreis Hamm (Unna), Nr. 455. Weitere Zielgruppen, deren Agitation auf diesem Parteitag diskutiert wurde, waren die Frauen und die Polen im Ruhrgebiet.

der einzelnen Gemeinden flossen nur recht spärlich, Iserlohn hatte überhaupt

nichts gezahlt271.

Auch im östlichen Westfalen stand der Wahlerfolg der SPD in krassem Gegensatz zur Agitation und Organisation der Partei. Zwar bemühte sich die SPD in Bielefeld um regelmäßige Parteiversammlungen, bot auch den Arbeitern einen Rahmen für gesellige, bildende und erzieherische Veranstaltungen, aber die »Dürftigkeit und Langeweile«, die hier herrschte<sup>272</sup>, macht deutlich, daß es der Partei an Ideen und Initiative fehlte. Die Fehler, die die SPD machte, wurden jedoch nicht in den Reichstagswahlen, vielmehr in den mangelnden Erfolgen bei den Gemeindewahlen deutlich<sup>273</sup>. Im westlichen Westfalen wurde zudem die Aktivität der Parteimitglieder durch den unerquicklichen Streit um ein einheitliches Presseorgan gelähmt<sup>274</sup>. Trotz dieser Schwächen ist nicht zu verkennen, daß seit 1890 in den einzelnen Gemeinden die Agitation erheblich verdichtet und die Zahl der Agitatoren gegenüber der Zeit vor dem Sozialistengesetz beträchtlich erhöht worden war.

Die detaillierten Aufzeichnungen der Behörden über die Agitatoren in Westfalen, vor allem im Regierungsbezirk Arnsberg, bieten einen guten Einblick in die Sozialstruktur der Partei. In einer Aufstellung des Arnsberger Regierungspräsidenten vom 17. 2. 1891, in der annähernd 260 Agitatoren mit Namen, Alter und Beruf aufgeführt werden, dominieren die Bergleute mit ca. 46%, an zweiter Stelle stehen die Fabrikarbeiter mit 25,5%. Dem gegenüber war der Einfluß der Handwerker (23%), die zur Zeit des Sozialistengesetzes durch ihre Vereinstätigkeit gleichsam das Rückgrat der illegalen Partei gebildet hatten, nach 1890 gegenüber den Bergleuten und Fabrikarbeitern zurückgegangen. Nicht ins Gewicht fallen die Zigarrenmacher, Taglöhner und Kleinhändler mit insgesamt 5%. Agitatoren, die aus der Landbevölkerung stammten, gab es offensichtlich noch nicht. Die Statistik macht deutlich, daß vor allem die Agitatoren unter den Bergleuten

<sup>272</sup> So Severing in seinen Erinnerungen (Mein Lebensweg S. 40 f.). Dazu auch Vierhaus S. 67.

Protokoll des Unnaer Parteitags Bl. 31. Zur Organisation des Provinzial-Parteitags: Der Parteitag in Hagen (1893) war für die Delegierten aus den Wahlkreisen Dortmund, Bochum, Essen, Mörs-Rees, Borken-Recklinghausen, Hamm-Soest, Lippstadt-Brilon, Arnsberg-Olpe-Meschede, Altena-Iserlohn, Hagen-Schwelm und Siegen-Wittgenstein einberufen worden. Die Agitation richtete sich nicht nach politischen Grenzen, wie in einem Grundsatzreferat auf diesem Parteitag betont wurde, sondern nach »wirtschaftlichen Verhältnissen«. Der Parteitag war einberufen worden »von Parteigenossen aus dem westlichen Westfalen«, die am 9. 7. 1893 in Dortmund zusammengekommen waren. Demnach fehlte eine Parteispitze auf regionaler Ebene, wodurch den Delegierten und Vorsitzenden der einzelnen Ortsvereine eine relativ große Machtfülle eingeräumt wurde. Um auf dem Parteitag einer Majorisierung durch einzelne Kreise vorzubeugen, sollten die großen Wahlvereine Dortmund und Bochum je 10, die übrigen 6 Delegierte schicken.

<sup>&</sup>lt;sup>273</sup> Lehmann nannte das ausdrücklich als Kriterium auf dem Hagener Parteitag (1893).

<sup>&</sup>lt;sup>274</sup> Dazu ausführlich Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung S. 48 ff.

<sup>275</sup> Sta. Ms. Oberpräsidium, Bd. 2, Bl. 270 ff.

häufig ihren Beruf aufgeben und vermutlich aufgrund von Pressionen sich selbständig machen mußten. Von den 118 Agitatoren unter den Bergleuten trifft das für 34 zu. Die meisten von ihnen schufen sich eine neue Existenz als Kleinhändler (Tabakwaren, Flaschenbier) oder Hausierer. Die Agitatoren der SPD in Westfalen waren 1891 im Durchschnitt 35 Jahre alt. Die Partei besaß also ein recht junges Agitationskader. Die Führungsgruppe der Agitatoren wirkte in Dortmund, vor allem bei der Presse. Das Durchschnittsalter dieser Agitatorengruppe liegt mit 40 Jahren über dem Durchschnitt; immerhin war Tölcke, der seit 1878 in Dortmund wohnte, schon 74 Jahre alt.

#### Ansätze einer Marxismus-Rezeption

Das Selbstverständnis der SPD in Westfalen zu dieser Zeit spiegelt sich wider in ihrer Auseinandersetzung mit den anderen Parteien und den Kirchen. Nach Tölckes Tod (30. 11. 1893) machen sich in der Partei neue Tendenzen bemerkbar. Es kommt zu einer allmählichen Rezeption marxistischer Grundsätze, die durch den neuen führenden Kopf der SPD in Westfalen, den Redakteur und Reichstagsabgeordneten (seit 1895 für den Wahlkreis Dortmund) Dr. Lütgenau auf dem Provinzialparteitag in Unna (1894) vorgetragen wurden<sup>276</sup>. Inwieweit diese durch die einzelnen örtlichen Agitatoren auch in die Ortsgruppen der SPD hineingetragen wurden, bleibt freilich offen. Obwohl Dr. Lütgenau in der Nachwahl von 1895 24632 Stimmen erhielt<sup>277</sup>, genoß er in der Partei doch nicht das Ansehen Tölckes, zumal sein Redestil weitaus akademischer war als dessen volkstümliche Sprache. Waren für Tölcke und die Agitatoren, die unter seinem Einfluß standen, alle anderen Parteien und Gruppen nach wie vor »eine reaktionäre Masse«278, so weiß Lütgenau als Marxist doch genauer zu differenzieren: Parteien entständen aufgrund wirtschaftlicher Interessen und unterschieden sich deshalb in ihrer politischen Zielsetzung, die es richtig einzuschätzen gelte. Die Anhängerschaft der SPD rekrutierte sich nach seiner Meinung nicht ohne weite-

Über den Zuwachs der SPD-Stimmen im Wahlkreis Dortmund siehe Hans Graf,
 Die Wahlen in Dortmund, Hannover und Frankfurt/Main 1958, S. 184 f.
 Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, Nr. 168 (21. 7. 1893).

Dr. phil. Franz Lütgenau wurde am 22. 10. 1857 in Rheindorf, Kreis Solingen, geboren. Seit dem 2. 9. 1893 zeichnete er für die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung verantwortlich. Zu seinem Werdegang siehe Koszyk, Anfänge und frühe Entwicklung S. 82. Bevor Dr. Lütgenau nach Dortmund kam, war er Redakteur in Berlin. Bezeichnend für seine ideologische Position ist eine Lassalle-Rede, die er hier 1891 zu Lassalles Todestag hielt. In der darauffolgenden Diskussion machte ein Arbeiter den Vorwurf, Lütgenau sei Lassalle nicht gerecht geworden, »da er Marxist sei«. Lütgenau gab daraufhin zu, er sei sich bewußt gewesen, »daß er durch die stärkere Hervorhebung von Marx einige unangenehm berühren werde, aber niemand könne aus seinem Standpunkt heraustreten«. Bericht über die Rede und die Diskussion im: Vorwärts Nr. 205 vom 3. 9. 1891. Lütgenau und Dr. Franz Diederich, der seit September 1891 für die Westfälische Freie Presse in Dortmund arbeitete, waren die ersten Intellektuellen, die für die Partei in Westfalen agitierten. Bis dahin kamen die Agitatoren und Redakteure aus dem Arbeiterstande.

res aus den »96 % der Beherrschten«, wie es noch für Tölcke und die anderen Lassalleaner feststand, sondern sie sei zunächst die politische Organisation der klassenbewußten Industriearbeiter. Durch die Konzentration des Kapitals werde diese Klasse aber immer größer. Das Ziel der SPD sei deshalb: die Aufhebung der Ausbeutung, die Verhinderung der Konzentration des Mehrwerts in den Händen weniger. Schon Tölcke hatte 1891 in Erfurt auf die Forderung nach Produktivassoziationen verzichtet. Lütgenau erwähnt diese einst wichtige Forderung für die SPD in Westfalen, die noch 1890 eine Rolle spielte, überhaupt nicht mehr. Als Marxist kam es ihm darauf an, den Widerspruch zwischen »Produktion« und »Technik« aufzuheben, indem die widersinnige Ansammlung der Produktionsmittel in den Händen weniger aufgehoben werden und das Volk allgemein in den Besitz der Produktionsmittel gelangen müsse. In dieser Vorstellung liegt seine Hoffnung begründet, daß sich immer mehr Ausgebeutete der SPD anschließen würden<sup>279</sup>. Nicht nur für Lütgenau, sondern auch für Theodor von Wächter, der auf dem Unnaer Parteitag das zweite Grundsatzreferat zum Thema »Die SPD und ihre Gegner« hielt280, gab es nur zwei Gegner der SPD: die Gegner, denen die bestehende Ordnung ihre Herrschaft garantiere, also die Kapitalisten und den Unverstand der Massen, die aufgrund ihrer Erziehung und ihrer Autoritätsgläubigkeit an einer Veränderung der bestehenden Gesellschaft nicht interessiert seien. Damit rückte ein Problem in den Mittelpunkt, das zu dieser Zeit in der Partei heftig diskutiert wurde, wofür es aber letztlch keine klare Lösung gab: die Frage nach der Revolution. Kautsky hatte erklärt, daß die Sozialdemokratie zwar »eine revolutionäre, nicht aber Revolution machende Partei« sei<sup>281</sup>. Wächter kleidete diesen Widerspruch in die Formel: Die SPD sei »Umsturzpartei« im Sinne einer »Entwicklungspartei«. Der Vergleich, den er dazu aus der Biologie heranzog, präzisierte allerdings seine Aussage nicht sehr: auch der Apfelbaum vernichte seine Blüten, aber er tue es gleichsam als Durchgang zu den Früchten. Ähnlich müsse auch die bestehende Gesellschaftsordnung vernichtet werden, damit an ihre Stelle eine bessere Ordnung treten könne. So sei die bestehende Zeit gekennzeichnet durch den Klassenkampf der Lohnknechte gegen diejenigen, die die Mittel in den Händen hätten, eine Gruppe, die aufgrund der Kapitalkonzentration immer kleiner würde. Sowohl Lütgenau als auch von Wächter scheinen letztlich daran geglaubt zu haben, daß die immer weiter fortschreitende Konzentration des Kapitals eine Revolution erübrige. Damit stellte sich für Lütgenau die Frage nach der Funktion des Staates anders als für Tölcke, der als Lassalleaner dem Staat eine ethische Funktion beimaß. Für Lütgenau war der Staat ein Produkt der Klassengesellschaft, dessen Funktion darin bestehe, durch seine Gesetze die herrschende Klasse und ihr Eigentum zu schützen. Der Staat war also eine »historische Kategorie«, es werde ihn in einer sozialistischen Gesellschaft nicht mehr geben. Und so hatte er bereits auf dem Gesamtparteitag in Berlin (1892) vorgeschlagen, in

<sup>&</sup>lt;sup>279</sup> Die SPD und ihre Gegner, Rede auf dem Unnaer Parteitag (1894), Protokoll, S. 115 ff.

<sup>280</sup> Ebd. S. 110 ff.

<sup>281</sup> Siehe Grebing S. 108 ff.

der Resolution statt von »der sozialistischen Neugestaltung des Staats und der Gesellschaft« nur von der »sozialistischen Neugestaltung der Gesellschaft« zu sprechen. An die Stelle des Staates müsse eine neue Ordnung treten²8². Lütgenau ging hierbei weiter als Bebel und Liebknecht und beseitigte mit dieser Forderung ein wesentliches Relikt lassalleanischen Gedankenguts aus dem Programm der SPD. Dennoch stieß er damit auf dem Unnaer Parteitag nicht auf Widerspruch.

# Die Haltung der SPD zu den Kirchen

Neben der marxistischen Ideologie, die nun durch Lütgenau in Übereinstimmung mit dem Erfurter Parteiprogramm in die westfälische SPD hineingetragen wurde, gab es nach 1890 einen weiteren Programmpunkt, der bis dahin die SPD in Westfalen nicht berührt hatte, nun aber zur Diskussion stand: die Stellung der SPD zur Religion. Auch dieses Problem war in Erfurt diskutiert worden. Bis zu Tölckes Tod hatte diese Frage in der westfälischen SPD keine Rolle gespielt. Tölcke schimpfte zwar — wie auch die anderen westfälischen Agitatoren - bisweilen gegen die »Pfaffen«, versuchte aber trotzdem, wenn es die Taktik erforderte, die Zentrumsanhänger für sich zu gewinnen, so zum Beispiel bei den Reichstagswahlen. Die SPD verhielt sich in Westfalen bis dahin allgemein a-religiös. Als man aber nach 1890 versuchte, auch unter der noch stark konfessionell bestimmten Bergarbeiterschaft und Landbevölkerung Anhänger zu finden, konnte man der Frage der Religion nicht mehr aus dem Weg gehen. Der westfälischen SPD kam es deshalb nicht ungelegen, daß 1893 der von der Landeskirche relegierte evangelische Pastor Theodor von Wächter, der in Laer bei Bochum wohnte, als Mitglied der SPD auf Agitationsreise ging und dabei gute Erfolge für die SPD erzielen konnte<sup>283</sup>. Wächter vertrat die These, daß die christlichen Religionen und die SPD sich durchaus nicht feindlich gegenüberstehen müßten, daß vielmehr die Grundforderungen der Sozialdemokratie und des Christentums identisch seien. Freilich lehnte er die Kirche in ihrer damaligen Form als »Staatskirche« ab, sie würde sich in einer sozialistischen Gesellschaft wandeln. Die übrigen Parteimitglieder, die vielfach Atheisten waren, beriefen sich zwar auf Bebels Ausspruch, daß das Ziel des Sozialismus der Atheismus sei, aber sie akzeptierten durchaus die Agitation Wächters, der allgemein als »Zugpflaster« für die Partei galt.

<sup>&</sup>lt;sup>282</sup> Protokoll, S. 193.

<sup>&</sup>lt;sup>283</sup> Theodor von Wächter stammte aus einer württembergischen Beamtenfamilie. Über seine Agitationsreise in Westfalen (1893) berichtet recht ausführlich die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung. Siehe auch Severing S. 34 ff. Bebel kommentierte Wächters Agitation in einem Brief an Engels (26. 8. 1894) wie folgt: »In der deutschen Presse hat man jetzt glücklich herausbekommen, daß die deutsche Partei eigentlich in drei Fraktionen gespalten ist, in die offizielle Soz(ial)-demokratie – die radikale –, in die Vollmarsche und die christliche Wächtersche Observanz. « Zitiert nach W. Blumenberg (Hrsg.), August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, Den Haag 1965, S. 775. W. war Delegierter für den Wahlkreis Essen auf dem Frankfurter Parteitag (1894), nahm dort allerdings nur zur Gehaltsfrage für die Redakteure Stellung (Protokoll, S. 81).

Auch sein Standpunkt, daß die SPD sich tolerant gegenüber den Religionen verhalten müsse, wie man umgekehrt von den Religionen auch Duldsamkeit gegenüber den Atheisten fordern müsse, wurde akzeptiert. Wie Carl Severing, der aus Herford stammte, in seinen Erinnerungen schreibt, hatte Wächter in Westfalen durchaus eine große Gruppe von Sozialdemokraten hinter sich, vor allem im Bielefelder Raum, wo die SPD nie religionsfeindlich eingestellt war<sup>284</sup>.

Bei den Kirchen stieß die SPD in Westfalen jedoch auf heftigen Widerstand. Auch wenn eine Figur wie der Bielefelder Pastor Iskraut eine Ausnahmeerscheinung blieb, so war allgemein auf Seiten der evangelischen Synoden in Westfalen wenig Verständnis für die Sozialdemokratie in Westfalen zu finden. Die Synode in Soest erklärte 1890 ihr Bedauern über die Aufhebung des Sozialistengesetzes und erwartete nun einen Kampf »auf Leben und Tod gegen die evangelische Kirche «285. Aber die evangelische Kirche war viel zu stark mit dem bestehenden politischen und gesellschaftlichen System verbunden, als daß sie in der Lage gewesen wäre, ein befriedigendes Gegenkonzept zu den sozialistischen Forderungen der SPD zu entwickeln. So versuchte die Synode in Soest lediglich, gegen »die vaterlandslose Gesinnung« durch Förderung der »patriotischen und friedfertigen Gesinnung der evangelischen Arbeitervereine« vorzugehen. Eine ähnliche Abfuhr erhielt die SPD auch von der katholischen Kirche in Westfalen. In der Enzyklika Rerum novarum, die 5 Monate vor Verabschiedung des Erfurter Programms (1891) publiziert worden war, hatte Papst Leo XIII. den Sozialismus als Irrweg und Irrlehre abgelehnt. Nicht viel anders stellte sich deshalb das Problem für den Bischof von Münster, der durch die Sozialdemokratie »die gänzliche Auflösung der bestehenden Ordnung, den Umsturz der Throne und die Ausrottung des Christentums mit allen seinen Einrichtungen und Schöpfungen..., die Beseitigung der Ehe, die Aufhebung des Eigentums und des Privatbesitzes und die Einführung der sozialen Republik« befürchtete<sup>286</sup>. So war eine Diskussion zwischen den Kirchen und der Sozialdemokratie nicht möglich, obgleich sie sich gerade durch den westfälischen Theologen Wilhelm Hohoff nach 1900 eine Revision des von der katholischen Kirche vertretenen Sozialismusbildes anbahnte<sup>287</sup>.

Mit dem Tod Tölckes und dem Parteitag von Unna tritt die westfälische SPD in eine neue Phase ihrer Entwicklung, die gekennzeichnet ist durch immer größere Erfolge bei den Reichstagswahlen, so daß — trotz allmählicher Rezeption marxistischer Ideen — sich unter den westfälischen Arbeitern allgemein die Ansicht durchsetzte, die Th. von Wächter in seiner Rede in Unna äußerte und in der lassalleanisches Gedankengut mit den neuen reformistischen Ideen zusammenging: »Es hat keinen Wert, daß wir mit Gewalt vorgehen, wenn wir die Mehrheit haben, brauchen wir keine Gewalt!«

<sup>&</sup>lt;sup>284</sup> S. 34 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>285</sup> Sta. Ms. Oberpräsidium, Bd. 2, Bl. 212 f.

<sup>&</sup>lt;sup>286</sup> Germania vom 2. 12. 1890.

<sup>&</sup>lt;sup>287</sup> Zu W. Hohoff s. Schulte, Westfälische Köpfe S. 123 f.